

Hinterland

56/2024 9,00 euro



geld

Kartentausch

Du bekommst dein Geld auf eine Bezahlkarte und kannst nur 50 € im Monat bar abheben? Du brauchst mehr Bargeld? Dann lass uns tauschen!

1

Gehe in ein Geschäft und kaufe einen **GUTSCHEIN** von Aldi, Lidl, Edeka, Rewe, Alnatura oder dm für maximal 50 €. Diese **GUTSCHEINE** findest du immer an der Kasse.



2

Bring den **GUTSCHEIN** zu uns.

Wir kaufen den **GUTSCHEIN** von dir und du bekommst dafür Bargeld.



3

Wann und wo wir tauschen, erfährst du hier:



OFFEN!

für eine solidarische
Gesellschaft

*„Ich habe drei Kinder und kein Geld.
Warum kann ich nicht keine Kinder haben und drei Geld?“*

Homer Simpson

*Liebe Leser*innen*

über Geld spricht man hierzulande bekanntlich ja nicht, was von großem Vorteil für all diejenigen ist, die viel haben und nichts davon abgeben wollen. Diejenigen, die nichts haben, leben dafür in einer Welt, in der es ständig um Geld geht, sie aber bitte zu ihrer eigenen Armut die Klappe halten sollen. Eine erstaunliche kulturelle Maxime eigentlich für ein Land, das schon lange sehr erfolgreich in Sachen Kapitalismus und Geldanhäufung ist und den Wert des Menschen nicht selten an dessen Gehalt bemessen hat. Der Soziologe Max Weber erklärte das mit dem puritanischen Protestantismus in diesen Breitengraden. Darin herrscht nämlich die Vorstellung, dass man an den irdischen Reichtümern eines Menschen ablesen kann, ob dieser nach seinem Ableben in den Himmel auf-fahren würde. Also verkürzt: finanzieller Erfolg als ein Zeichen göttlicher Erwählung. Falls die Puritaner am Ende Recht behalten sollten, wird's auf jeden Fall ziemlich fad im Himmel, denn die Mehrheit dieser Gesellschaft würde direkt aus der irdischen Hölle der Armut in die jenseitliche Hölle der Armen hinabfahren. Und damit sich daran was ändert, tun wir's jetzt einfach: Wir reden über Geld.

*Zum einen reden wir darüber, wer das Geld hat: das Syrische Regime zum Beispiel, und das nicht zu knapp. Unsere Autorin Marisa Raiser berichtet davon, wie jedes Jahr bis zu 100 Millionen Euro von syrischen Geflüchteten in Deutschland an den syrischen Staat gehen und so Assads Krieg gegen ihre eigenen Leute finanzieren – und warum diese nichts dagegen tun können. Die Antisexistische Aktion München wiederum berichtet, woher militante Abtreibungsgegner*innen in Deutschland die Gelder für ihre frauen*-verachtende Propaganda beziehen und wie sie von einem weltweiten Netzwerk von antifeministischen und LGBTIQ*-feindlichen Akteur*innen profitieren.*

Wir reden auch darüber, wer kein Geld hat: Menschen etwa, die keine Mittel haben um sich während ihrer Menstruation mit Hygieneprodukten zu versorgen. Von der sogenannten Periodenarmut erzählt Felicia Höchsmann. Der Passauer Rechtsanwalt Klaus Schank wiederum vertritt Geflüchtete, deren Sozialleistungen auf fast Null gekürzt werden. Unsere Autorin Franziska Schmid erklärt uns das ganze Elend der geplanten Bezahlkarte und welche fatalen Folgen dies für die Rechte von Geflüchteten haben wird. Und von einer ganz neuen Form der Hölle auf Erden berichtet Laura Romeis: Ihr Bericht von dem von der EU-Finanzierten und auf Lesbos geplanten High-Tech-Lager hat unsere Redaktion in seinem geradezu dystopischen Horror erschüttert zurückgelassen.

Und dann reden wir noch darüber, wie wir es künftig anders machen können: Mit einem kleinen Kollektiv, das seine Konten zusammengeschmissen hat und ab jetzt gemeinsame Wirtschaft macht. Mit der kommunistischen Bürgermeisterin von Graz, Elke Kabr, deren Fraktion nicht nur die Finanzen der Kommune, sondern auch die der Partei gegen den Strich bürstet.

Und mit der Wienerin Marlene Engelborn, die bald ein paar Millionen verschenken wird. Sie erzählt uns, warum das mehr Menschen machen sollten.

Bis dahin. Und nicht alles auf einmal ausgeben, gell. Euer Geldadel von der Hinterland-Redaktion



Hinterland unterwegs...

Krass. Aber nicht nur Gold wird im Schweizer Boden vergraben – auch geflüchtete Menschen finden sich dort. So werden einige der zahlreichen Bunkeranlagen, welche die Schweiz für ihren Zivilschutz im ganzen Land errichtet hat, mittlerweile für die Unterbringung von Menschen im Asylverfahren genutzt. Beide – also Gold und Menschen blicken unter der Oberfläche und fern dem Tageslicht einer ungewissen Zukunft entgegen.

Apropos Tageslicht: Vergeblich haben wir nach Männern mit verspiegelten Sonnenbrillen und Aktenkoffern voller Schwarzgeld auf ihrem Weg zum nächsten Nummernkonto Ausschau gehalten. Dafür entdeckten wir auf dem Gelände einer ehemaligen Kaserne eine Vielzahl von aktivistischen, linken und migrantischen Menschen beim Feiern (und Grillen) auf dem Mais Qui Festival. Wir waren ehrlich gesagt baff, wie groß und undogmatisch und vielfältig die Szene hier in Zürich, verglichen mit der leicht piefigen und verschlafenen in unserer doch so viel größeren Heimatstadt ist. Die Redaktion integrierte sich prompt und erfolgreich in diese Festivitäten und erschien am folgenden Tag zum kritischen Stadtrundgang zum Finanzplatz Zürich nur geringfügig lädiert.

Viel ist passiert an diesen drei Tagen – ein paar Schnappschüsse unserer Zürcher Tage haben es in dieses Heft geschafft und mögen Euch einen kleinen Eindruck vermitteln. Dass unsere Dauerschwerpunktthemen Flucht und Migration auch in der Schweiz keine Pause machte, musste der Verfasser dieser Zeilen am Ende des Zürchaufenthaltes am eigenen Leib erfahren. Als wir für die Heimreise den Flixbus besteigen wollten, musste er nämlich feststellen, dass ohne einen Personalausweis (den hatte er zu Hause liegen lassen) keine Mitnahme möglich war. Da war der Flixbusfahrer eisern. Auch eine hektisch hervorgekramte Gesundheitskarte konnte da keine Abhilfe schaffen. Für mich war diese Episode mit der Heimreise per Zug und etwas Anspannung beim Auftauchen von Grenzpolizisten schnell überstanden – für die meisten anderen fängt sie da wohl erst an ...

Was wir mit unserer Züri Reise erzählen wollen? Na, das Redaktionsreisen hilfreich sind bei Anfällen von Neugier und das unsere Arbeit nicht nur Sinn stiftet sondern auch jede Menge Spaß macht.

Ach und unser Dampfer hat jede Menge Platz – also auch für Dich. Meldet Euch jederzeit gerne bei redaktion@hinterland-magazin.de wenn ihr einsteigen möchtet. Ihr dürft vieles erwarten – nur eines nicht – Geld. *Matthias Weinzierl*

Little Big City

einmal im Jahr packt die Hinterland-Redaktion die Reiselust. Spätestens als wir uns für das Schwerpunktthema dieser Ausgabe, also „Geld“ entschieden haben stand unser Wunsch Reiseziel fest: Zürich! Keine andere europäische Stadt steht beispielhaft für internationale Geldströme, Banken und unglaublichen Reichtum – also Geld. Aber man braucht auch einen halbwegs prall gefüllten Beutel davon, um sich diese Stadt leisten zu können. Wir haben ein paar Unterkünfte preislich gecheckt und dann haben wir den Plan schnell wieder über den Haufen geworfen und uns nach preisgünstigeren Metropolen umgeschaut.

Aber es sollte alles anders kommen: Ein Redaktionsmitglied verfügt nämlich über einen sehr netten Kontakt nach Zürich und so gelangten wir an die Leute vom unabhängigen Recherchekollektiv WAV und die haben uns wiederum ihre Büroräumlichkeiten für ein Wochenende im Mai überlassen – welches wir mit Isomatten und Schlafsäcken zu unserem Züricher Hinterland Domizil umfunktionierten. Die Reise konnte also stattfinden. Yippieh!

Die Leute von WAV entpuppten sich nicht nur als exzellente Gastgeber*innen sondern auch als ergiebige und interessante Interviewpartner*innen (siehe S. 40), die uns mit den ersten Geld Anekdoten zu Zürich versorgten. So erfuhren wir, dass unter der Schweizer Nationalbank soviel Goldreserven lagern, dass das Gebäude zeitweise drohte im Boden zu versinken und mit Beton unterspritzt werden musste. Irre Vorstellung, dass enormer Reichtum zu so einem Absturz führen kann. Diese Nationalbank nennt im Übrigen ein Vermögen von knapp einer Billion Schweizer Franken ihr eigen, also mehr als 100.000 Franken pro Schweizer Einwohner*in.

6	zitiert & kommentiert Von Hubert Heinhold	49	Echte Philanthropie muss immer an der eigenen Abschaffung arbeiten <i>Interview mit Millionenerbin Marlene Engelhorn über Privilegien und Verantwortung von Reichen</i>	86	Eine Frage der Unzumutbarkeit <i>Interview mit Marisa Raiser von der #DefundAssad-Kampagne über hundert Millionen Euro, die jährlich an den syrischen Staat für Passbeschaffung fließen</i>	„Wir haben nichts zu verlieren außer unserer Angst ...“ <i>(Tonsteinescherben, Der Traum ist aus)</i>
g e l d		57	Remesas, Remittances, Remissen, Rücküberweisungen Eine Quelle der Hoffnung und Sicherheit? <i>Geldtransfers als riskante Bekämpfung von Armut</i> Von Andrea Lammers	90	Eintritt frei! <i>Interview mit Sabine Ruchlinski von KulturRaum München e.V. über die Bedeutung von Zugang zur Kultur für alle</i>	Hinterland #57 Paroli Herbst 2024 <i>Liebe Freund*innen, liebe Autor*innen,</i> <i>jetzt reicht's! Wir haben uns die Scheiße lange genug mitangesehen, aber irgendwann ist auch mal Schluss. Hinterland hat die Schnauze voll. Jetzt wird Porzellan zerschlagen!</i>
7	Ausgelagert am Rand Europas <i>Knastinsel Lesbos – eine EU-finanzierte Goldgrube für Rüstungskonzerne</i> Von Laura Romeis	62	Die Gemeinsame Ökonomie ist eine politische Entscheidung <i>Ein Interview mit Emma und Felix über Einnehmen, Ausgeben, Sparen und Spenden zu sechst</i>	l y r i k		<i>Wir finden, dass wir uns in letzter Zeit zu viel haben gefallen lassen. Der immer weiter vorangetriebene Abbau der Menschenrechte beim Flüchtlingsschutz, die Einführung von Bezahlkarten für Schutzsuchende, die voranschreitende Faschisierung Europas, Genderverbot in der Schule und dann erlauben sie uns endlich zu kiffen – aber nicht im Biergarten. Und wenn nach Jahren des Neoliberalismus endlich mal wieder eine Gewerkschaft ordentlich streikt, beschweren sich politische Entscheidungsträger*innen, die Lokführer*innen würden unsere Gesellschaft in Geiselschaft nehmen. Fragt sich nur, seit wann wir alle im Bahnhof wohnen. Dabei wird es immer wichtiger Widerstand zu leisten: Für uns selbst, die wir unter dem aktuellen Zustand leiden, aber vor allem auch für diejenigen, die bereits so marginalisiert sind, dass sie nur noch unter größten Gefahren aufbegehren können.</i>
17	Was Elijah zahlte, um nach Deutschland zu kommen Ein Protokoll von Ulla Hildebrandt	71	Sharing is caring <i>Ein Ansatz zur Bekämpfung von Periodenarmut</i> Von Felicia Höchsmann	94	Flüchtlingsgespräche Von Human	<i>Das nächste Heft lässt sich deshalb nichts mehr bieten. Wir wollen von euch hören, wann und wo ihr euch auf eure Hinterbeine gestellt habt. Und ob ihr gleich wieder auf eurem Hintern gelandet seid. Wir wollen Interviews mit Systemsprenger*innen, Anleitungen zum Zivilen Ungehorsam, Geschichten von Trotz, Streik und Wagemut. Wir wollen vom kleinen und vom großen Widerstand lesen, von Menschen, die hier und jetzt für uns kämpfen und von denen, die damals mutig für uns waren. Damit wir es sein können. Denn so wie es derzeit aussieht, werden wir viel Mut gebrauchen können.</i>
21	Für mehr Druck auf dem Kessel <i>Interview mit Rechtsanwalt Klaus Schank, der Geflüchtete bei absurden Leistungskürzungen vertritt</i>	73	Wenn Gewaltschutz ein finanzieller Flickenteppich ist <i>Interview mit Sylvia Haller von der Zentralen Informationsstelle autonomer Frauenhäuser über Barrieren für geflüchtete Frauen beim Zugang zu Frauenhäusern</i>	l e s e n		
25	Schlechte Karten für alle <i>Bezahlkarte: Ein autoritärer Traum von Überwachung und Kontrolle wird wahr</i> Von Franziska Schmid	80	Die Finanzierung der Fundis <i>Ein Blick auf die Finanzquellen und Strategien der Anti-Choice-Szene</i> Von Antisexistische Aktion München	98	Öffentlicher Luxus Von Pezi Novi	
33	„Ich habe eine Haltung und diese Haltung bedeutet, alles zu tun, dass es möglichst allen Menschen zugutekommt“ <i>Interview mit Bürgermeisterin Elke Kahr über kommunistische Lichtblicke aus Graz</i>					
40	Mit WAV gegen die Krise des Schweizer Journalismus <i>Interview mit dem Züricher Recherbekollektiv WAV</i>					
47	fünfundmarkgedicht Von Thomas Glatz					

Piepen – Knete – Moos – Dire-Dare – Flins – CASH – Öken – Schotter – Knete – Bimbos

Von Hubert Heinhold



Hubert Heinhold
*ist Rechtsanwalt
und im Vorstand
von Pro Asyl*

lauten einige Ausdrücke für das Bare. Die fast liebevollen Bezeichnungen erinnern an die Kindheit, als man den Fünfer, den einem der Onkel zuschob, dem Zugriff der Mutter und Sparbüchse entzog und in ein Micky-Maus-Heft, Kaugummi oder anderen Tand verwandelte. Die libidinöse Beziehung zum Geld überdauerte die Zeit des ersten Gehalts und der knapp kalkulierten Auslandsurlaube. Sie wurde durch das bargeldlose Verfahren gekappt: Giro-, Maestro- und Kreditkarte sind zwar praktisch, aber verhindern die Geste mit einem Bündel von Scheinen Eindruck zu machen und rächen sich oft durch Frust über das leere Konto.

Daran haben die Politiker*innen aller Parteien, als sie die Bezahlkarte für Asylbewerber*innen einforderten, sicher nicht gedacht. Sie behaupten nicht, dass das Verfahren den Menschen das Leben erleichtern wird, sondern beabsichtigen das Gegenteil: Abschreckung. Es geht um die Auslandsüberweisungen, die Asylsuchende von dem bisschen Taschengeld an Eltern oder Kinder zur Unterstützung tätigen. Die Behauptung, diese Zahlungen seien ein pull-factor ist nicht belegt und wird von der Wissenschaft bezweifelt – Steigerungen der Flüchtlingszahlen beruhen primär auf Krieg, Bürgerkrieg und Verfolgung.

Von den Sozialleistungen würden vor allem die Schleuser bezahlt und durch die Bezahlkarte arbeitslos. Welch Unsinn! Keiner der „kriminellen“ Schleuser lässt sich darauf ein, dass die 15 000 - 20 000 EURO, die die Schleusung kostet, in 20 EURO-Raten von den Geflüchteten abgestottert wird. Sie halten sich an die

Familien zu Hause und treiben die Schulden dort ein.

Es geht in Wahrheit darum, den Geflüchteten das Leben weiter zu erschweren. Denn nicht alle Geschäfte werden die Karte akzeptieren, die regionale Beschränkung behindert Reisen in Nachbarlandkreise, die Einschränkung der Barmittel erschwert Ratenzahlungen, etwa an die Anwäl*innen oder für Abos und schränkt generell die Freiheit ein, zu der auch der selbstbestimmte Umgang mit dem Geld gehört. Die monatliche Aufladung und eine Feststellung der Auszahlungsorte ermöglicht eine automatische Überwachung des jeweiligen Aufenthalts und die Erstellung eines Bewegungsprofils. Die Auflistung der getätigten Käufe ermöglicht Rückschlüsse auf Tauschgeschäfte – etwa beim Zigarettenkauf von Kindern oder Schwarzarbeit. Die damit gegebene präventive Überwachung ermöglicht eine „maschinelle“ strafrechtliche Verurteilung wegen eventueller Verstöße nicht nur gegen Ortsauflagen. Diese Möglichkeiten führten schon jetzt zu Forderungen, diese Maßnahme auch auf Sozialhilfe- und Bürgergeld-Empfänger*innen auszudehnen.

Dummheit, Ignoranz und Populismus, aber auch Hilflosigkeit angesichts des anhaltenden Flüchtlingszuzugs und der schwierigen Lösungen führen oft zu Neid und Hass. Die Bezahlkarte für Geflüchtete ist hiervon Ausfluss. Den Zuzug von Geflüchteten oder einen behaupteten Missbrauch von Sozialleistungen wird sie nicht verringern. ©













Aus- gelagert am Rand Europas

Auf der griechischen Insel Lesbos soll ein neues High-Tech-Lager für Geflüchtete entstehen. Von der Konstruktion solcher Orte und der Abschottung der europäischen Außengrenzen profitieren vor allem Rüstungs- und Überwachungskonzerne – finanziert wird das alles von der EU. Von Laura Romeis

Direkt gegenüber dem Hafen, in dem tagsüber die Schiffe von *Frontex* und der griechischen Küstenwache liegen, ist eine Bushaltestelle. Von dort aus kann man mit dem Bus in Richtung des Supermarkts *Lidl* fahren. Die Bushaltestelle ist selten leer, meist stehen dort dutzende Menschen mit Kinderwagen und Unterlagen, die in Plastiktüten gewickelt sind. Sie warten auf den Bus, der sie zurück zum Camp bringt. Wenn der Bus nicht fährt, sieht man Menschen am Straßenrand Richtung Camp laufen.

In die Stadt fahren bedeutet, ein paar Stunden Ablenkung: Kleidung einkaufen, Anwalt*innen für Rat im Asylverfahren aufsuchen, eine Sim-Karte besorgen, um die Verwandten in der Heimat anrufen zu können oder einfach durch die kleine Fußgängerzone zu

schlendern, in der Hoffnung auf ein Gefühl der Normalität. Hauptsache aber ein paar Stunden nicht auf Stacheldraht und weiße Zelte blicken.

Diese Szenerie findet man tagtäglich in der kleinen Hauptstadt Mytilini der griechischen Insel Lesbos vor. Lesbos, das ist der Ort, der wie kein anderer seit 2015 zum Symbol europäischer Migrationspolitik geworden ist. Von hier aus wollen wir versuchen, einen genaueren Blick auf die Geldströme des milliardenschweren europäischen Grenzregimes zu werfen.

No more Morias?

„No more Morias“ hieß es 2020 von der EU-Kommissarin Yvla Johannson nach dem Brand des alten Geflüchtetenlagers Moria, das weltweit durch seine

unmenschlichen Zustände traurige Berühmtheit erlangt hatte.

Doch statt einer Lösung folgte auf den Brand von Moria nur ein weiteres Provisorium: Das neue Lager Mavrovouni wurde hektisch aufgebaut, um die obdachlos gewordenen Menschen unterzubringen. Es liegt circa fünf Kilometer von der Hauptstadt Mytilini entfernt auf einem ehemaligen Übungsplatz der griechischen Armee, direkt am Meer. Aufgrund dieser Lage ist es vor allem im Herbst und Winter harschen Wetterbedingungen ausgesetzt. Regelmäßig werden die großen weißen Plastikzelte vom Regen überschwemmt oder der Wind reißt Löcher in sie. Wie sein Vorgänger auch, zeichnet sich Mavrovouni durch schlechte Lebensbedingungen und Überfüllung aus. Ein Moria 2.0 also, jedoch mit weniger Freiheiten, denn zwischen den feinsäuberlich aufgestellten Plastikzelten bleibt kein Platz für die Individualität der Bewohner*innen.

Um dieses Provisorium endlich abzulösen, wird nun ein gigantisches Bauprojekt auf Lesbos umgesetzt: Das neue *closed controlled access center* (CCAC) Vastria. Das CCAC auf Lesbos ist nur eines von insgesamt fünf (zum Teil schon fertiggestellten) Lagern auf den ostägäischen Inseln an der Grenze zur Türkei.

GEAS-Reform: Knastinseln zur Lösung des „Migrationsproblems“

Im Angesicht der gerade durch das EU-Parlament und der Mitgliedsstaaten beschlossenen Reform des *Gemeinsamen Europäischen Asylsystems* (GEAS) mit der darin enthaltenen sogenannten ‚Screening-Regulation‘, welche vorsieht, dass Asylverfahren an den Außengrenzen durchgeführt werden sollen, ist klar, dass diese Lager zu Gefängnissen werden.

Klar ist aber auch, dass dieses Gefängnis auf Lesbos niemand haben möchte. Wenn auch aus sehr verschiedenen Gründen. Denn unter anderem liegt Vastria in einer Hochrisikozone für Waldbrände. Der Widerstand von Teilen der Inselbewohner*innen wird daher auch vom neugewählten rechtspopulistischen Regionalgouverneur Mouzouris angeführt, der sich gegen die Regierungspartei *Nea Demokratia* gestellt hat und angekündigt hat, dass es dieses Lager nicht geben soll.

Mit der GEAS-Reform hat die EU und allen voran auch Deutschland jedoch entschieden, die griechischen Inseln dauerhaft zu Knastinseln umzugestalten. In Deutschland wird mit dem Thema der Externalisierung

von Asylverfahren schließlich auch Wahlkampf gemacht. Darum lassen sich die EU und ihre Mitgliedsstaaten dies auch einiges kosten. Für den Bau der fünf CCAC hat die EU-Kommission insgesamt 276 Millionen Euro über den *Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds* (AMIF) bereitgestellt. Weitere Millionen für die technologische Ausstattung dieser Lager folgen über den *Integrated Border Management-Fonds* (IBMF), von dem Griechenland in der Finanzierungsperiode von 2021–2027 insgesamt 819 Millionen Euro erhalten soll.

Big Brother im Inselparadies

Einen erschreckenden Ausblick wie die Zukunft für fliehende Menschen an den EU-Außengrenzen aussehen wird, bietet das im September 2021 feierlich von Vertreter*innen des griechischen Migrationsministeriums und der EU-Kommission eröffnete „Vorzeigelager“ auf Samos. Es beinhaltet sämtliche Elemente des von der EU erträumten orwellischen Migrations-Managements.

Das CCAC Zervou liegt abgelegen in den Hügeln der Insel Samos. Es ist umgeben von einer doppelten Reihe NATO-Draht, zwischen dem Polizei und Sicherheitskräfte patrouillieren. An den Ein- und Ausgängen befinden sich Drehkreuze mit Metalldetektoren und Fingerabdruck-Scannern. Um rein- oder rauszukommen, müssen sich die Menschen entwürdigenden Kontrollen unterziehen, bei denen sie sich abtasten und ihre Taschen ausleeren müssen.

Im Lager selbst findet sich ein Arsenal an modernster Überwachungstechnologie. An jeder Ecke sind Überwachungskameras angebracht, die alles, was im Lager passiert, aufnehmen und mit einer Gesichtserkennungssoftware verbunden sind. Damit können alle Bewohner*innen jederzeit eindeutig identifiziert werden. Über dem Gelände surren Drohnen, die mit einer künstlichen Intelligenz ausgerüstet sind. Sie ist in der Lage, spontane Menschenansammlungen zu erkennen und ein wahrscheinliches Bewegungsprofil zu erstellen. So sollen Proteste und Ausschreitungen der Bewohner*innen frühzeitig erkannt und eingedämmt werden können. Mit Lautsprecherdurchsagen können an jedem Ort im Camp Anweisungen der Polizei oder der Sicherheitskräfte übertragen werden. Es herrscht eine Atmosphäre der totalen Kontrolle und Überwachung, denn nichts entgeht den Augen der zahlreichen Sicherheitssysteme.

Die Mitarbeiter*innen von *Ärzte ohne Grenzen* berichten, dass ihre Patient*innen aufgrund des

dauernden Überwachungsgefühls unter Schlafstörungen, Angstzuständen und Stress leiden. Die Menschen, die gezwungen sind, an diesem Ort zu leben, beschreiben das Lager, wenig überraschend, als Gefängnis und sich selbst als Gefangene. Denn obwohl von Seiten des griechischen Migrationsministeriums und der EU immer wieder betont wird, dass es sich nicht um Gefängnisse, sondern um „geschlossen-kontrollierte Zentren“ handelt, ver-schwimmen im Angesicht des Stacheldrahts und der Überwachungstechnik die Linien zwischen Haft und Freiheit.

Follow the money

Die im CCAC gesammelten Daten und Bilder laufen in einem tausende Kilometer entfernten Kontrollraum im Migrationsministerium in Athen zusammen. *Centaur* und *Hyperion* hat das Migrationsministerium seine Überwachungssysteme getauft. Finanziert und entwickelt wurden sie mit Mitteln des sogenannten *Internal-Security-Fund* der EU. Er umfasst insgesamt 1,9 Milliarden Euro, unter anderem zur Entwicklung von biometrischen Systemen. Welches Unternehmen jedoch genau von diesem EU-Geld zur Entwicklung dieser Systeme profitiert, bleibt geheim, denn die offizielle Ausschreibung der griechischen Regierung wurde per Gesetz unter Verschluss gehalten.

Wenn wir uns aber den stetig anwachsenden *Border-Industrial-Complex*, der die Verflechtung von staatlichen Grenzschutzbehörden und privaten Sicherheits- und Technologieunternehmen zur Abschottung und Überwachung der Grenze beschreibt, ansehen, wird schnell klar, wer von solchen Projekten profitiert. In der Studie „Financing Border Wars“ der Organisationen *stap Wapenbandel* und des *transnational institutes* sind es vor allem Rüstungs- und Überwachungskonzerne, die hier profitieren. Dort tauchen Unternehmen wie das Rüstungsunternehmen *Rheinmetall*, der Überwachungskonzern *Thales* und das globale Sicherheitsunternehmen *Group 4 Securicor* (G4S) auf. So ist beispielsweise das britische Unternehmen G4S einer der größten Profiteure der Inhaftierung von Geflüchteten und hat im Jahr 2019 circa neun Millionen Euro Umsatz damit generiert. Unter anderem auch, finanziert von der EU, im CCAC Zervou auf Samos.

Rüstungskonzerne als Hauptprofiteure der Abschottung

Der Markt der „Border Industry“ ist eine Goldgrube. Er wächst stetig und soll global bis 2025 einen Umsatz

von bis zu 68 Milliarden Dollar pro Jahr erwirtschaften. Die EU stellt allein über den IBMF von 2021 bis 2027 insgesamt 7,37 Milliarden Euro für Grenzschutz- und Überwachung bereit. Auch weil die genannten Unternehmen dank gezielter Lobbyarbeit ihre Produkte als notwendige Lösungen für das „Problem“ Migration verkaufen. Es ist also kein Zufall, dass die zunehmende Macht und Beteiligung von Rüstungsunternehmen, mit einer immer gewalttätigeren staatlichen Praxis an den Außengrenzen zusammenfällt.

Die größten Gewinner sind somit die Rüstungskonzerne, die an der Politik der Abschottung doppelt verdienen. Zum einen an den Kriegen und Konflikten in den Herkunftsländern und zum anderen an der Abwehr und Isolation der Menschen, die davor geflohen sind.

Wie zynisch die kapitalistische Profitmaximierung in der Praxis aussieht, zeigt sich erneut auf Lesbos: Der griechische Baukonzern GEK *Terna*, der mit dem Bau des Lagers Vastria beauftragt ist (finanziert mit rund 87 Millionen Euro der EU), soll Geflüchtete aus dem Lager Mavrovouni als illegale Tagelöhner auf der Baustelle beschäftigen, um so noch mehr Profit auf Kosten der Geflüchteten zu generieren. Dies fand das niederländische Magazin *one world* in einer investigativen Recherche heraus.

Peripherie der Peripherie

Fliegt man mit dem Flugzeug über die Insel, entdeckt man die Baustelle aus der Luft. Man kann gut die gerodete Fläche und die bereits aufgestellten weißen Container sehen, die Platz für insgesamt 7.000 Menschen bieten sollen. Ähnlich wie das Lager Zervou auf Samos ist auch Vastria weit abgelegen. Es liegt etwa 30 Kilometer außerhalb der Inselhauptstadt Mytilini in einem großen Pinienwald und in der Nähe einer Mülldeponie. Zum Lager führt aktuell nur eine Straße, die nicht mit größeren Fahrzeugen befahrbar ist. Eine weitere Straße muss erst noch gebaut werden. Ansonsten gibt es um das Lager herum nichts. Das bedeutet: Die Menschen, die hier landen werden, verschwinden noch weiter aus der Gesellschaft, sie werden unsichtbar. Ausgelagert an die Peripherie der Peripherie.

Jedoch ist das eine sehr teure Peripherie, denn für dieses Gelände müssen jeden Monat 70.000 Euro Pacht an die Eigentümer*innen der Grundstücke bezahlt werden. Finanziert wird dies wieder aus EU-Geldern. Wann genau Vastria eröffnet wird, bleibt noch unklar, denn trotz eines Gerichtsurteils des obersten



Laura Romeis arbeitet in der Beratung von Geflüchteten und war 2023/2024 beim Lesbos Legal Center tätig, dass sich für die Rechte von Geflüchteten in Griechenland einsetzt. Der Text entstand im Zusammenhang mit der aktivistischen Arbeit der **open assembly against border violence** auf Lesbos, die gegen den Bau von Vastria kämpft.

Verwaltungsgerichts Griechenlands, dass den Weiterbau des Lagers aufgrund des Fehlens einer Umweltstudie untersagte, wird fleißig weitergebaut. Nach Aussagen des griechischen Migrationsministeriums würde sich die Regierung um alle notwendigen Genehmigungen kümmern und das Lager rechtzeitig eröffnen. Im Sinne der EU wäre dies auf jeden Fall, denn für die neuen GEAS-Pläne braucht es dringend Knäste an den Außengrenzen.

Zwischen Widerstand und Würdelosigkeit

Meine Klientin Sara* sitzt vor mir im Büro des *Legal Centres*, der Organisation, für die ich auf Lesbos gearbeitet habe. Die Situation im Camp wird immer schwieriger erzählt sie. Mit über 5.000 Menschen im Januar 2024 ist das Lager Mavrovouni schon wieder an der Belastungsgrenze, für alles müssen sich die Menschen stundenlang anstellen. Auf Arzttermine wartet man Wochen, wenn nicht Monate. „Alle werden langsam verrückt hier“ sagt Sara, „weißt du, das Schwierigste hier ist, nicht den Verstand zu verlieren. Wenn mir alles zu viel wird setze ich mich auf die Steine und schaue einfach aufs Meer.“

Aber in Vastria wird das nicht mehr möglich sein. Selbst wenn die Menschen trotz der GEAS-Pläne der EU an den Außengrenzen nicht inhaftiert werden, bringt ihnen das in Vastria nicht viel. Denn um sie herum ist nur Wald. Kein Spaziergang zum Meer oder Bus nach Mytilini, nur Stacheldraht und konstante Überwachung.

An Orten wie Vastria sollen Menschen unsichtbar gemacht werden, Solidaritäten eingeschränkt und gebrochen werden, indem man Menschen an abgelegene Orte, fern von der Gesellschaft „auslagert“. Denn, obwohl Lager immer Orte sind, an denen Menschen systematisch ihrer Würde und Selbstbestimmung beraubt werden, sind sie auch Orte an denen Widerstand entsteht. Dies geschieht in kleinen alltäglichen Handlungen, wie zum Beispiel eigenes Brot über einem Lagerfeuer zu backen, aber auch in organisierten Protesten, in denen die Betroffenen ihre verordnete Würdelosigkeit anklagen. So protestieren die Menschen in Mavrovouni immer wieder gegen ihre Lebensbedingungen. Noch sind ihre Stimmen auch außerhalb des Lagers hör- und sichtbar. Je isolierter und überwachter Lager jedoch werden, desto weniger Raum für kleine Gesten des Widerstands und der Solidarität gibt es, die aber so notwendig sind, um die Hoffnung, der dem Lager ausgesetzten Menschen, zu bewahren.

An Orten wie Moria, Mavrovouni oder Zervou existiert immer beides gleichzeitig, die Würdelosigkeit der Zustände und der andauernde Kampf der Menschen, sich diese trotzdem zu erhalten.

Grenzenlose Verachtung

Wir sehen alle zu wie Orte wie Lesbos, an den EU-Außengrenzen zu hochtechnisierten, militarisierten Zonen des Unrechts werden, an denen Milliarden für Rüstungskonzerne erwirtschaftet werden. Die Bewohner*innen dieser Zonen, ob geflüchtet oder nicht, haben hierbei kein Mitspracherecht. Ihr Zuhause wird zum Austragungsort einer milliardenfinanzierten Abschottungspolitik. Währenddessen sind sie im Krankenhaus von Mytilini mit einem maroden Gesundheitssystem konfrontiert und müssen aufgrund des Klimawandels nun jeden Sommer mit enormen Waldbränden rechnen. Für beides gibt es auch dank des EU-Spardiktats der letzten Jahrzehnte keine ausreichende Infrastruktur. Die Außengrenzen werden so immer mehr zu Orten, an denen die staatliche Verachtung des Lebens keine Grenzen kennt. ☹

**Name geändert*

Was Elijah zahlte, um nach Deutschland zu kommen

„Mein Freund Elijah* bekam von einer für die Verhältnisse seines afrikanischen Herkunftslandes Burkina Faso reichen Verwandten im August 2015 ein Flugticket in die Türkei bezahlt und sollte sich von Istanbul aus irgendwie weiter nach Westeuropa durchschlagen. Zu diesem Zeitpunkt, also vor etwa neun Jahren, war Elijah 16 Jahre alt und nie zuvor in Europa gewesen. Er sprach kein Wort Englisch, und konnte sich nur mit französischsprachigen Geflüchteten verständigen. Von diesen erfuhr er, dass der Schleuser **200,00 Dollar** dafür verlangen würde, ihn bis zur bulgarischen Grenze zu fahren. Um das benötigte Geld zu verdienen, jobbte er drei Monate in einer Handtaschenfabrik in Istanbul. In einem Kleinbus brachte der Schleuser Elijah und andere Geflüchtete in die Nähe der Grenze, warf sie jedoch nachts mitten in einem Wald aus seinem Wagen, zeigte vage in die Ferne, sagte, ‘da ist Bulgarien’ – und weg war er. Als die Geflüchteten durch die Finsternis irrten, wurden sie von der bulgarischen Grenzpolizei aufgegriffen und in ein Aufnahmelager gebracht, wo man sie eine Woche lang festhielt und für ihr Essen selbst bezahlen ließ. Danach transportierte man sie in ein anderes stadtnahes Lager. Dort nahm man sie jedoch nicht auf, sondern internierte sie und behandelte sie wie Kriminelle. Um dieses Gefängnis verlassen zu dürfen, mussten sie einen Anwalt engagieren, der ihnen aber im Vorhinein schon ankündigte, dass sie nach der Freilassung sechs Monate auf der Straße leben müssten, bevor sie in ein Wohnheim vermittelt würden. Dafür kassierte er pro Person **110,00 Dollar**. In der bulgarischen Kleinstadt angekommen, deren Name Elijah entfallen ist, traf er auf Landsleute, die bereits in einem Wohnheim wohnten, und ihn heimlich bei sich übernachten ließen. Er blieb dort einen Monat. Als er sein gesamtes, noch vorhandenes Geld ausgegeben hatte, rief er seine Mutter an, um sie zu bitten, ihm **500,00 Euro** zu schicken. So viel verlangte der Schleuser dafür, ihn aus Bulgarien nach Serbien zu bringen. Tatsächlich kamen die **500,00 Euro** der Mutter an und Elijah konnte den Schleuser bezahlen. Auch dieser Mann setzte ihn und weitere Geflüchtete wieder mitten in der Pampa aus, so dass sie bei Minusgraden im Freien campieren mussten. Folgekosten: **50,00 Euro** für die Taxifahrt zur ungarischen Grenze. **50,00 Euro** für den Anwalt, der sie aus dem ungarischen Lager herausholte, in dem man sie gefangen hielt. **30,00 Euro** für die Busfahrt ins nächste, diesmal ungarische Gefängnis, in dem Elijah drei Monate bleiben musste, bis ihm die Mutter **300,00 Euro** geschickt hatte, damit er erst in ein Wohnheim umziehen und dann weiterreisen konnte. Das Essen in der Wohnheimkantine kostete **25,00 Euro** pro Woche. Nach einem Monat tauchte ein Mann auf, der **200,00 Euro** dafür verlangte, die Geflüchteten nach Deutschland einzuschleusen. Elijah konnte ihn vom Geld seiner Mutter bezahlen, und kam bald darauf in der Münchner Bayernkaserne an.“ ☺

-218,00 Euro

-120,00 Euro

-500,00 Euro

+500,00 Euro

-50,00 Euro

-50,00 Euro

-30,00 Euro

+300,00 Euro

-25,00 Euro

-200,00 Euro

Gesamtkosten:

-2.618,00 Euro

Protokoll: Ulla Hildebrandt

* Der Klarname ist der Hinterland-Redaktion bekannt





Sich einen
Lebensraum erfüllen.
Genau darum geht's.

Unsere Finanzberatung – die Antwort
auf alle finanziellen Fragen.
www.suisse.com/nrl-lebensbanking

Leben
über alles
verantwortung
verpflichtend

credit suisse
für das Leben



Für mehr Druck auf dem Kessel

Klaus Schank ist Rechtsanwalt in Passau und spezialisiert auf Flüchtlingssozialrecht. Im Interview erzählt er unter anderem, welche Chancen Geflüchtete haben, wenn die Sozialleistungen auf fast null gekürzt werden und warum die Bezahlkarte für verfassungswidrig erklärt werden könnte.

Seit Jahren vertrittst du Geflüchtete und hilfst ihnen, ihr Recht auf Sozialleistungen durchzusetzen. Welche Absurditäten sind dir hier in den vergangenen Jahren schon untergekommen?

Es gibt immer wieder wirklich absurde Einzelfälle. Ich vertrete gerade eine Frau mit ihren drei Kindern, die in einer Gemeinschaftsunterkunft wohnt. Sie hat einen deutschen Mann geheiratet, der allerdings noch keine eigene Wohnung hat und bei seinen Eltern lebt. Und dort ist nicht genug Platz, dass die Frau mit den Kindern einzieht. Obwohl er Vollzeit arbeitet, verdient er nicht genug, dass er eine Wohnung für alle zusammen bezahlen kann. Er muss noch Unterhalt für ein anderes Kind leisten. Da hat dann das Amt irgendwann gesagt: „Na ja, jetzt hat sie geheiratet, jetzt ist der Mann für sie und die Kinder zuständig.“ Obwohl völlig klar ist, dass die Kinder keinen Unterhaltsanspruch haben. Die Frau und die Kinder leben jetzt fast schon seit einem Jahr ohne Leistungen und ihr Mann leistet

Überstunden bis zur Erschöpfung, um alle irgendwie am Leben zu erhalten. Das sind immer wieder so absurde Sachen, die auftauchen, bei denen ich weiß, dass man mit Hilfe der Gerichte tatsächlich auch die Behörden einbremsen kann.

Die größte Absurdität der letzten Jahre war aber die Sache mit der Regelbedarfsstufe nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Also dass Geflüchtete, die in Unterkünften leben, zehn Prozent weniger Sozialleistungen bekommen. Hier wurde sinngemäß gesagt, in Afrika sitzen die ja auch um das Lagerfeuer rum und kochen gemeinsam, dann sollen die das bei uns auch tun.

Diese Verfahren haben euch Anwält*innen in dem Bereich ziemlich beschäftigt, oder? Mit welchen Themen hast du heute am meisten zu kämpfen?

Die Sache mit der Regelbedarfsstufe war in den letzten fünf Jahren schon sehr viel. Und wir haben hier bewusst viele Verfahren

bundesweit geführt, um Druck auf dem Kessel zu haben, damit die Gerichte auf dem Schirm haben, dass das ein wichtiges Thema ist. Ende 2022 hat das Bundesverfassungsgericht das Ganze dann für verfassungswidrig erklärt. Das war ein schöner Erfolg. Aktuell gehen die meisten Verfahren, die ich begleite, um Leistungseinschränkungen nach § 1a Asylbewerberleistungsgesetz. Da bekommen die Leute nur noch Geld für Essen und für Körper- und Gesundheitspflege. Und das war es dann.

Welche Personen betreffen diese Leistungskürzungen?

Die meisten Leute, die ich hier vertrete, sind Geflüchtete, die ein Dublin-Verfahren haben. Nicht alle Behörden, aber einige sehr umfangreich, erlassen bei Menschen, die einen Dublin-Bescheid bekommen, eine Leistungseinschränkung. Dann gibt es viele Fälle, wo den Leuten Verstöße gegen die Mitwirkungspflicht vorgeworfen wird. Also Geflüchtete, die sich nach Meinung der Behörden nicht aus-

reichend um einen Pass kümmern und ausreisepflichtig sind.

Wie hoch sind die Chancen bei diesen Verfahren Recht zu bekommen?

Die Chancen sind bei all diesen Verfahren sehr gut. Ich rate allen Betroffenen dazu, immer einen Widerspruch einzulegen. Und zwar schon deswegen, weil es 2019 eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu den Sanktionen der Jobcenter gab. Das Gericht hat hier gesagt, dass Leistungseinschränkungen nur unter sehr engen Voraussetzungen möglich sind und in der Regel Kürzungen nur bis zu maximal dreißig Prozent vorgenommen werden dürfen. Und beim Asylbewerberleistungsgesetz sind die Kürzungen ja weit mehr: Teilweise werden die Leistungen um sechzig Prozent gekürzt. Darüber hinaus hat das Bundesverfassungsgericht auch gesagt, dass eine Leistungskürzung nur dann in Betracht kommt, wenn die Leute keine Selbsthilfemöglichkeit ergreifen, also wenn sie nicht arbeiten und sich um ihren Lebensunterhalt sorgen, obwohl sie es könnten und es ihnen zumutbar ist. Aber bei Geflüchteten werden ja immer ausländerspezifische Verhaltensweisen sanktioniert, die eben politisch unerwünscht sind.

Bekommen die Betroffenen dann rückwirkend die gekürzten Leistungen zurück, wenn sie vor Gericht gewinnen?

Ja, aber entscheidend ist, dass wir schnelle Lösungen finden. Die Einschränkungen sind sehr massiv und betreffen meistens mehr als die Hälfte der Leistungen. Teilweise bekommen die Betroffenen auch gar kein Bargeld mehr, oder nur zehn bis zwanzig Euro, zum Beispiel wenn es in der Unterkunft Kantinenessen gibt. Deshalb

beantragen wir in der Regel Eilrechtsschutz bei den Sozialgerichten und sind in diesen Verfahren auch oft erfolgreich. Die Gerichte stellen bestimmte Anforderungen an die Kürzungsbescheide und die sind oft inhaltlich und formell nicht erfüllt.

Das erinnert ja ein bisschen an Bescheide die Abschiebehaft betreffend, wo ja auch ganz viele formale Fehler passieren.

Ja, aber hier passieren nicht nur formale Fehler, hier geht es meist um unterschiedliche Rechtsauffassungen von den Behörden, die von den Gerichten dann teilweise wieder kassiert werden. Ein Beispiel: Obwohl Italien seit Ende 2022 keine Dublin-Rückkehr mehr zurücknimmt, haben wir immer noch Bescheide, wo Behörden Leistungen kürzen. Obwohl klar ist, dass die Betroffenen nicht nach Italien zurückgeschickt werden können. Und das verstößt eben gegen den Grundsatz, dass es immer eine Pflichtverletzung geben muss, wenn die Leistungen gekürzt werden. Wenn es aber überhaupt keine Überstellungsmöglichkeit gibt, kann das nicht der Fall sein. Da gibt es mittlerweile auch entsprechende Rechtsprechung vom Bayerischen Landessozialgericht.

Die Leistungskürzungen betreffen sehr viele Menschen. Wie viele Mandant*innen vertrittst du derzeit?

Das ist schwierig zu sagen, aber es sind mittlerweile sicher weit über tausend laufende Verfahren. Das liegt auch daran, dass die Verfahrensdauer bei den Sozialgerichten relativ lange ist. Bei den Leistungskürzungen ist es zum Beispiel meistens so, dass ich einen Widerspruch gegen den Leistungsbescheid einlege und gleichzeitig

einen Eilantrag beim Sozialgericht stelle. Wenn der Eilantrag gewonnen ist, dann bekommen die Leute auch vorläufig die vollen Leistungen wieder. Das heißt aber noch nicht, dass die Behörde ein Einsehen hat und den Bescheid aufhebt. Oft gibt es dann noch einen negativen Widerspruchsbescheid und dann mache ich eine Klage und dann liegt das Verfahren beim Sozialgericht, weil es ja nicht mehr eilig ist. Es liegen gerade auch Verfahren beim Bundessozialgericht, die um Leistungseinschränkungen gehen. Da warten dann natürlich alle Sozialgerichte erst darauf, wie das Bundessozialgericht entscheidet, bevor sie mit ihren Verfahren weiter machen.

Wie können deine Mandant*innen dich bezahlen, wenn sie keine Leistungen bekommen. Geht das über Prozesskostenhilfe?

Prozesskostenhilfe ist für mich eigentlich nur noch eine zusätzliche Absicherung, wenn doch mal ein Verfahren verloren geht. Ich betreibe Verfahren immer nach meiner eigenen Einschätzung und schaue, wo ich Erfolgsaussichten sehe und wo nicht. Und wenn ich der Meinung bin, da gibt es nichts zu gewinnen, dann sage ich das den Leuten auch ehrlich so. Die meisten meiner Verfahren gewinne ich, dann muss am Ende die Behörde bezahlen. In den meisten meiner Fälle ist es so, dass sie die Existenzsicherung betreffen und die Leute kein Geld haben. Das wenige Geld, das sie haben, brauchen sie zum Leben. Ich werde von der Behörde bezahlt, wenn der Bescheid aufgehoben ist. Ich verlange von meinen Mandanten im Sozialrecht deshalb in der Regel auch keine Vorschüsse.

Welche Erfolge gab es in den letzten Jahren in der Rechtsprechung die Sozialleistungen betreffend?

Die wichtigste Entscheidung in den letzten Jahren war die Verfassungsgerichtsentscheidung aus dem November 2022, die ich schon erwähnt habe. Viele positive Entscheidungen gab es auch beim § 1a Asylbewerberleistungsgesetz, die Leistungskürzungen betreffend; insbesondere die Kürzungen bei Dublin-Bescheiden. Dann gab es gerichtliche Entscheidungen, die gesagt haben, Leistungskürzungen sind nicht möglich, wenn die Dublin-Überstellungsfrist abgelaufen ist. Diese Rechtsprechung ist jetzt auch Gegenstand der Verfahren beim Bundessozialgericht. Die Belehrung von Seiten der Behörden ist auch immer ein Thema bei den Mitwirkungspflichten bei der Passbeschaffung. Also die Frage, ob den Leuten genau gesagt worden ist, was sie tun sollen, an wen sie sich wenden müssen, bis wann sie was tun sollen, und so weiter.

Auch eine wichtige Entscheidung war, dass das Bayerische Landesozialgericht Leistungskürzungen für Anerkannte in Griechenland aufgehoben hat. Denn nach Griechenland konnten Geflüchtete nicht abgeschoben werden; und dann müssen die Betroffenen auch die vollen Leistungen bekommen.

Wie beurteilst du die Einführung der Bezahlkarte und was denkst du wird da auf dich zukommen?

Also zunächst hängt es an der Ausgestaltung der Bezahlkarte. Wenn es eine Bezahlkarte ohne Einschränkungen wäre, auf die die Leistungen gebucht werden, mit der dann bei entsprechenden Geschäften mit Kartenlesegerät bezahlt werden kann, und von der

Infos zur Regelbedarfsstufe

Im Jahr 2019 wurde von der damaligen großen Koalition das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) erneut verschärft: Alleinstehenden Geflüchteten in Sammelunterkünften wurde unterstellt, sie könnten gemeinsam wirtschaften und dadurch Einspareffekte erzielen. Deshalb wurden ihnen die Sozialleistungen um 10% gekürzt.

Das Bundesverfassungsgericht hat am 24.11.2022 entschieden, dass diese Absenkung verfassungswidrig ist und erklärt: „Es ist nicht erkennbar, dass in den Sammelunterkünften regelmäßig tatsächlich Einsparungen durch gemeinsames Wirtschaften erzielt werden oder werden können, die eine Absenkung der Leistungen um 10 % tragen würden“

(s. BVerfG, Beschluss vom 24.11.2022, AZ: 1 BvL 3/21).

Bis zu einer Neuregelung durch den Gesetzgeber müssen den Geflüchteten die vollen Leistungen ausbezahlt werden.

Quelle: Bayerischer Flüchtlingsrat
<https://www.fluechtlingsrat-bayern.de/sozialleistungen-fuer-gefuechtete-verfassungswidrig/>

ohne Gebühren uneingeschränkt Geld abgehoben werden könnte und zusätzlich noch der Datenschutz gewährleistet wäre – dann wäre so eine Karte natürlich zu begrüßen. Aber so ist es ja nicht. Die Bezahlkarte soll ja ein Abschreckungsmittel sein. Da werden sich die Behörden aber vermutlich ins eigene Fleisch schneiden. Es wird so viel Verwaltungsaufwand auf die Behörden zukommen, dass die da auch keinen Spaß mit haben werden.

Im Gespräch sind auch eine räumliche Einschränkung und eine Beschränkung der Abhebungsmöglichkeiten von Bargeld. Und je größer diese Einschränkungen sind, desto grundrechtssensibler ist das natürlich; desto mehr kommen wir in ein verfassungswidriges Verwaltungshandeln rein. Das wird die Aufgabe von uns Anwälten und Anwältinnen sein, die im Bereich Flüchtlingssozialrecht tätig sind, hier entsprechende gerichtliche Verfahren einzuleiten und entsprechende Entscheidungen herbeizuführen. Und ich bin da auch sehr zuversichtlich, dass die Bezahlkarte, wie sie in Bayern mit der Beschränkung auf 50 Euro Bargeld und gegebenenfalls auch mit räumlichen Beschränkungen geplant ist, keinen Bestand haben wird.

Das sind ja schon mal gute Nachrichten. Aber das wird ja wahrscheinlich auch nicht morgen passieren, dass die Bezahlkarte als verfassungswidrig eingeschätzt wird. Wie lange kann es dauern, dass hier eine verbindliche Gerichtsentscheidung da ist?

Also bis wir so eine Entscheidung haben, die durch das Bundesverfassungsgericht endgültig ist und allen Beteiligten hilft, wird es vermutlich wieder eine ganze Weile dauern. Ich war tatsächlich



Klaus Schank ist Anwalt in Passau in einer Kanzlei, die auf Migrationsrecht spezialisiert ist. Er macht seit fünf Jahren fast ausschließlich Flüchtlingssozialrecht und betreibt diese Verfahren bayernweit.

bei der Regelbedarfsstufe überrascht, dass das hier so schnell ging und nur drei Jahre gedauert hat. Aber die praxisrelevante Klärung wird zunächst – genau wie bei der Regelbedarfsstufe auch – in Eilverfahren bei den Sozialgerichten erfolgen. Wenn jetzt also die ersten Bezahlkarten kommen und die Betroffenen damit nicht einverstanden sind, werden wir Eilanträge bei den Sozialgerichten stellen mit dem Ziel, dass die Leistungen wieder in Bargeld ausgezahlt werden, ohne Einschränkungen. Wir werden abwarten müssen, wie die Gerichte reagieren und schauen, ob es entsprechende positive Eilentschlüsse gibt. Das muss so lange gehen, bis die Behörden ihre Praxis ändern oder bis das Bundesverfassungsgericht für alle verbindlich feststellt, was geht und was nicht geht.

Welche Möglichkeiten der Schikane siehst du von Seiten der Behörden bei der Bezahlkarte?

Es soll ja die Möglichkeit geben, dass Überweisungen an einzelne Empfänger genehmigt werden können. Das wird wahrscheinlich bei Mobilfunkunternehmen weniger das Problem sein, dass die Behörden das automatisch freischalten. Aber diese ganzen einzelnen und individuellen Überweisungsempfänger, zum Beispiel Vermieter und Vermieterinnen bei Leuten, die nicht mehr in den Unterkünften wohnen, oder Anwälte und Anwältinnen, das wird natürlich ein riesiger Verwaltungsaufwand und da wird es sicher Probleme geben.

Wo ich auch noch ein großes Problem sehe, ist die Überwachung und die Eingriffsmöglichkeit durch die Behörden, die immer die Möglichkeit haben sollen zu schauen, wie der Kontostand auf der Karte ist. Und die auch die

Möglichkeit haben sollen, die Karte einzufrieren. Ich stelle mir zum Beispiel die Situation vor, dass jemand ein paar Tage nicht in der Unterkunft war und dann kommt der Heimleiter und sagt, der ist untergetaucht. Das ist ja meistens gar nicht der Fall, sondern die Leute sind irgendwo auf Besuch. Dann wird die Sozialbehörde die Karte einfrieren und dann stehen die Leute ohne Geld da. Solche Situationen werden sehr wahrscheinlich auf uns zukommen. Die Sozialbehörden werden auch Zugriff auf den aktuellen Kontostand haben. Und da können sie natürlich sehen, ob jemand zum Beispiel Geld anspart und wenn das der Fall ist, sagen, dass das Ersparte erst ausgegeben werden muss, bevor wieder Geld auf die Karte gebucht wird.

Das sind düstere Aussichten.

Ja. Und heute (8.4.2024) hat die Stadt Passau eine Pressemitteilung herausgegeben, dass sie sich freut, nach der ersten Pilotphase die ersten Bezahlkarten herauszugeben. Das wurde für die nächsten Wochen angekündigt. Aus Straubing und den anderen Landkreisen, die schon Bezahlkarten ausgeben, habe ich aktuell noch keine Verfahren. Aber das wird bald kommen. ☺

Das Gespräch führte Agnes Andrae.



Bezahli
Karte

5280 0012 3456 7891

12/30

TD 123 456 789





Bezahl
Karte

5280 0012 3456 7891

12/30

ID 123 456 789

Schlechte Karten für alle

Mit seiner besonders restriktiven Umsetzung der Bezahlkarte schafft Bayern ein staatliches Kontrollinstrument, das Geflüchtete im Alltag einschränkt und diskriminiert. Es ist ein weiterer Schritt einer Asylpolitik, die Asylsuchende systematisch ihrer Selbstbestimmung und Freiheit beraubt und rassistische Stereotype bedient. Von Franziska Schmid

Das Entscheidende an der Menschenwürde ist ja: Sie gilt für alle gleichermaßen. Theoretisch. Praktisch aber dann doch nicht ganz. Mit der Bezahlkarte wird wieder einmal deutlich: In Deutschland sind wohl einige weniger würdig als andere. Obwohl das Bundesverfassungsgericht bereits 2012 urteilte „Die Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren“, macht die Regierung einmal wieder genau das: Mit der Bezahlkarte wird eine weitere diskriminierende Einschränkung von Sozialleistungen eingeführt, um das Leben von Asylsuchenden so unbequem wie möglich zu machen. Ob das mit dem Grundgesetz und den Ansichten des höchsten deutschen Gerichts zusammenpasst? – Egal, Hauptsache Abschreckung.

Sozialleistungen und AsylbLG

Um welches Geld geht es hier eigentlich? Mit dem Sozialgesetzbuch (SGB) ist in Deutschland geregelt, dass allen Personen die Führung eines Lebens zu ermöglichen ist, das „der Würde des Menschen entspricht“, also direkt angelehnt an den §1 des Grundgesetzes. Asylsuchende und Menschen mit abgelehntem Asylgesuch fallen allerdings nicht unter

das SGB. 1993 wurde mit dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) ein Sondergesetz für Asylsuchende geschaffen, deren Leistungen dadurch weit unter dem SGB-Niveau liegen. Bei der höchsten Bedarfsstufe gibt es nach dem AsylbLG im Jahr 2024 höchstens 460 Euro im Monat. Wer aber beispielsweise in einem ANKER-Zentrum untergebracht ist, erhält von diesem Betrag einen Teil nur als Sachleistung, wie zum Beispiel den Bedarf für Essen und Hygieneartikel. Oft bleiben so am Ende Beträge von weniger als 150 Euro übrig, die Menschen monatlich zur Verfügung stehen. Auch der Zugang zum Gesundheitssystem ist durch das AsylbLG eingeschränkt, sowie die Arbeitspflicht mit einem „Lohn“ von 80ct/h darin geregelt. Die Kampagne „AsylbLG abschaffen!“ kämpft für ein endgültiges Ende dieses diskriminierenden Gesetzes (asylbewerberleistungsgesetz-abschaffen.de).

Bayern braucht auch hier wieder einmal einen Sonderweg.

Doch was genau ist die Bezahlkarte? Bisher wurden AsylbLG-Leistungen – wenn es sich nicht um Gutscheine oder Sachleistungen handelte – in bar ausgegeben. Das soll sich nun ändern und digital

geschehen. Gute Idee, könnte man meinen, wäre da nicht die Ausführung. Grundsätzlich handelt es sich bei der Bezahlkarte um eine Debitkarte auf Guthaben-Basis, die allerdings nicht mit einem Girokonto, dafür aber mit vielen Einschränkungen verknüpft ist. Obwohl auf dem Bund-Länder Gipfel im November 2023 eine bundesweit einheitliche Lösung vereinbart wurde, wird die Bezahlkarte aber je nach Standort unterschiedlich ausgestaltet sein. Denn – wie sollte es anders sein – Bayern braucht auch hier wieder einmal einen Sonderweg.

Seit März 2024 gibt es bereits die ersten Pilotprojekte: In Straubing, Traunstein, Günzburg und Fürstenfeldbruck wird die Karte getestet, im Sommer soll sie dann bayernweit eingeführt werden. Und Söder macht klar, dass Bayerns Sonderweg vor allem besonders menschenverachtend ist: „Uns ist es wichtig, dass wir das verfügbare Bargeld, das es noch gibt, geringer ansetzen als in anderen Bundesländern.“ Ein Unterbietungswettbewerb also, wer es mit Diskriminierung und Entrechtung am weitesten treiben kann.

Barabhebungen sind demnach in Bayern nur noch bis zu 50 Euro pro Monat möglich, außerdem soll die Kartenfunktion räumlich nach PLZ-Gebieten beschränkt sein, je nachdem, wo man untergebracht ist. Auch einzelne Branchen und gesamte Läden sollen ausgeschlossen werden können. Transaktionen sollen im Inland nur bedingt, ins Ausland gar nicht möglich sein. Überweisen kann man nur an Firmen, die von den Behörden auf einer sogenannten „White List“ vermerkt werden. Dabei erhalten die Kommunen laut dem Anbieter der Bezahlkarte PayCenter die volle Kontrolle: „Jede Bezahlkarte kann individuell eingestellt werden, um ein optimales Bezahlnetz für die Leistungsempfänger zu schaffen. Die jeweilige Kommune entscheidet dabei, welche Beschränkungen pro Karte gelten sollen.“ Daneben listet der Anbieter aber noch weitere „Vorteile“ seiner Bezahlkarte auf:

- Dauerhafte oder zeitbegrenzte Sperrung sowie Kündigung der Karte jederzeit möglich
- Guthabenstand kann jederzeit von der Kommune eingesehen werden
- Rückbuchung von nicht benötigten Geldern möglich

Für Geflüchtete bedeutet das im alltäglichen Leben: noch mehr Diskriminierung und Ausgrenzung, noch weniger Beteiligung am gesellschaftlichen Leben, noch mehr Kontrolle durch Ämter.



Wer versucht, sparsam zu leben und beispielsweise Kleidung oder Möbel gebraucht auf dem Flohmarkt kaufen möchte, hat in Zukunft Pech gehabt. Ob ein Snack am Imbisswagen, Einkäufe in der Drogerie mit kaputtem Kartenlesegerät oder ein Taschengeld für den Schulausflug: Es gibt unzählige Szenarien, in denen die Karte einschränkt und ausschließt. Aber auch viel fundamentalere Fragen bleiben: Wie soll sichergestellt werden, dass man seine Anwältin bezahlen kann? Muss für jede neue Anwältin, die ein Mandat übernimmt, extra ein Antrag zur Aufnahme in die White-List gestellt werden? Wie ist es mit Mobilfunkverträgen? Wie viele Anträge muss man stellen, um in einer anderen Stadt einkaufen zu können, falls man beispielsweise Verwandte oder einen Facharzt besucht? Und: wer soll all diese Anträge bearbeiten?



Sich unbeschwert durchs Leben bewegen und zumindest mit dem wenigen Geld, das man erhält, kaufen können, was man im Alltag benötigt – wie jeder andere Mensch in Deutschland auch? Fehlanzeige.

Ein autoritärer Traum von Überwachung und Kontrolle, in dem Geflüchtete ihrer Persönlichkeits- und Freiheitsrechte beraubt werden.

Und ganz nebenbei wird durch die Einführung ein weitreichendes Kontroll- und Überwachungssystem erschaffen: Die Behörden können jederzeit den Guthabenstand einsehen, sowie die Karte sperren, wenn sie ein Fehlverhalten der jeweiligen Person vermuten. Mit den Ortsbeschränkungen kann gleichzeitig gelenkt werden, wo man sich bewegt. Und mit der Einschränkung von bestimmten Branchen und Produkten setzen Staat und Kommunen obendrein so selbstverständlich Erziehungsmaßnahmen ein, als handelte es sich bei Geflüchteten um unmündige Kinder.

Dass die Behörden einen so umfassenden Einblick und Einfluss in die Finanzen und damit auch in die Kaufgewohnheiten und Bewegungsmuster von Menschen erlangen, ist eine mehr als besorgniserregende Entwicklung: Ein autoritärer Traum von Überwachung und Kontrolle, in dem Geflüchtete ihrer Persönlichkeits- und Freiheitsrechte beraubt werden.

Offiziell erhofft sich die Politik durch die neue Zahlungsmethode neben einem geringeren Verwaltungsaufwand eine Verringerung von vermeintlichen finanziellen Anreizen nach Deutschland zu flüchten. Außerdem solle verhindert werden, dass Geld ins Ausland, vor allem an Schlepper, überwiesen würde.

Das zumindest wird nach außen hin kommuniziert, dennoch ist klar: Das Märchen der sogenannten „Pull-Faktoren“ ist wissenschaftlich nicht belegt, selbst die Studie „Warum Deutschland“ des BAMF kommt zu dem Schluss, dass es nicht etwa finanzielle Anreize sind, die für Menschen ausschlaggebend sind, wohin sie fliehen. Viel wichtiger sind dabei andere Aspekte: Wo besteht bereits ein soziales Netzwerk aus Familie oder Bekannten, wo wird das persönliche Sicherheitsbedürfnis am ehesten gedeckt, aber auch zufällige Faktoren, die sich auf dem Fluchtweg ergeben.

Auch das Argument, dass Schlepper im Ausland so nicht mehr bezahlt würden, ist wenig überzeugend: Schlepper werden vor der Flucht bezahlt, nicht etwa danach, wenn Menschen bereits in Deutschland angekommen sind.

Dennoch wird der Öffentlichkeit suggeriert, dass Geflüchtete massenweise Steuergelder an Schlepperbanden im Ausland pumpen würden, ohne auch nur einen Beweis dafür zu nennen.

Das ist auch gar nicht möglich, denn es werden keine gesonderten Daten über Zahlungen in die Heimatländer von Geflüchteten erhoben. Es gibt lediglich Schätzungen der Bundesbank, wie viel Geld alle Migrant*innen zusammen, also alle Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, jährlich rücküberweisen: im Jahr 2023 lagen diese bei 6,8 Milliarden Euro. Ganze 75%, also 5,1 Milliarden dieses Betrags gingen dabei in EU-Länder. Bei den restlichen 25% geht man davon aus, dass der Großteil nicht etwa von Geflüchteten im Asylverfahren stammt, die monatlich nur minimale Leistungen bekommen. Vielmehr sind es Menschen mit Aufenthaltsstatus, die arbeiten und Teile ihres eigenen Lohns zur Unterstützung an ihre

Schulbedarf & Mehr
 Mustergasse 10
 80339 München

R e c h n u n g 0815
 09.09.2024
 Es bediente Sie Frau Hohlgruber
 10:30

Schultüte
 € 40.00
 Schultütenfüllung
 € 50.00
 Schulranzen
 € 200.00
 Mäppchen, Turnbeutel, Trinkflaschen,
 Brotdose € 40.00
 Erstausrüstung Schule
 € 100.00
 Haus- und Sportschuhe
 € 80.00

Endsumme/Rechnungsbetrag
 € 510.00

Vielen Dank für Ihren Einkauf

Umtausch original verpackter Waren ist
 ausgeschlossen

Familien oder Freunde schicken.

Apropos Geld in Herkunftsländer schicken: Man würde meinen, der Bundesregierung und Söder sei daran gelegen, zu verhindern, dass Geld an Schurken ins Ausland fließt. Sie selbst aber halten noch immer an Regelungen wie der Passpflicht von Syrer*innen fest. Diese müssen aufgrund dieses Gesetzes regelmäßig in der syrischen Botschaft ihre Ausweisdokumente für mehrere hundert Euro beantragen oder verlängern. Damit sind sie gezwungen, jährlich über 100 Millionen Euro direkt an das Assad-Regime zu überweisen. (Siehe Seite 86). Auch die libysche Küstenwache erhält Millionen an EU-Geldern, obwohl es unzählige Berichte von Menschenrechtsverletzungen, Folterlagern und Verbindungen zu Schleppern gibt. Dass die Regierung hier keinen Handlungsbedarf sieht, wohl aber, wenn Geflüchtete ihre eigene Familie im Herkunftsland finanziell unterstützen möchten, spricht Bände.

Niemand wird plötzlich Verfolgung, Folter und Perspektivlosigkeit in seinem Herkunftsland in Kauf nehmen, nur weil ein bayerischer Ministerpräsident die Einführung der Bezahlkarte verkündet.

All das wissen auch die Söders und Herrmanns hierzulande. Ihre Argumente sind nur eine vorgeschobene Rechtfertigung, vielmehr ist die Bezahlkarte eine populistische Maßnahme. Eine nach innen gerichtete Botschaft, die ganz unverhohlen auf Rassismus und Ausgrenzung setzt, um von den tatsächlichen Problemen abzulenken: Bei einer katastrophalen Sozial- und Gesundheitspolitik, einem außer Kontrolle geratenen Wohnungsmarkt und immer mehr armutsgefährdeten Menschen hat eine Bayerische Staatsregierung offensichtlich mehr Interesse daran, dass alle weiter nach unten treten und Geflüchtete für Lehrer*innenmangel, fehlende Kitaplätze und Wohnraum verantwortlich machen.

Gleichzeitig ist der Diskurs um die Einführung der Bezahlkarte ein weiterer zum Scheitern verurteilter Versuch der Union und Ampelregierung, der AfD das Wasser abzugraben.

Dass nun die Bezahlkarte als eine weitere Maßnahme in einer Abwärtsspirale der Entrechtung und Repression von Geflüchteten eingesetzt wird, ist einmal mehr Beweis dafür, wie sich ein rassistischer Diskurs in handfeste Politik übersetzt. Im wahrsten Sinne des Wortes wird hier materialisiert, was vorher von AfD und anderen Rechtsextremen manifestiert wurde. Und das, obwohl gerade die Erfolgswerte der

AfD deutlich zeigen, dass man rechte Kräfte keineswegs schwächt, indem man ihre menschenverachtenden Forderungen einfach selbst umsetzt. Das Gegenteil ist der Fall: Man stärkt sie.

Dabei ist die Bezahlkarte nicht die einzige Repressionsmaßnahme, die zuletzt in Stellung gebracht wurde. Sieht man die Bezahlkarte im Zusammenhang mit den weiteren Gesetzesverschärfungen der letzten Wochen und Monate, wie zum Beispiel die Ausweitung der Bezugsdauer von AsylLG-Leistungen auf 36 Monate und die erneute bundesweite Debatte um die Arbeitspflicht für 80ct/h, wird umso deutlicher, dass diese Maßnahmen Geflüchtete systematisch in eine sozial prekäre Lage versetzen. Diese wiederum reproduziert in der Gesellschaft das rassistische Bild der wahlweise bedürftigen, geldgierigen, faulen oder kriminellen Geflüchteten. Ein Teufelskreis aus Stigmatisierung und darauf begründeter Gesetzgebung, welche zudem die Eingliederung von Geflüchteten als billige Arbeitskräfte in die deutsche Wirtschaft begünstigt. Wer es gewohnt ist, von weniger als 460 Euro im Monat leben zu müssen, wessen Finanzen staatlich überwacht werden und wer gezwungen wird, für 80ct die Stunde zu arbeiten, wird sich am Ende natürlich mit niedrigeren Arbeits- und Lebensbedingungen zufriedengeben.

Und zuletzt, ganz nebenbei bemerkt: Diese autoritären Maßnahmen treffen Geflüchtete ungleich härter als deutsche Staatsbürger*innen. Doch bei Geflüchteten hört es nicht auf: Repressive Gesetzgebung wie die Bezahlkarte entwickelt schnell eine Strahlkraft. Bereits jetzt gibt es Überlegungen, das Bezahlkartensystem auf weitere Personengruppen zu übertragen. CDU-Bundestagabgeordneter Mörseburg beispielsweise hält es für eine gute Idee, auch Bürgergeldempfänger*innen mit der Karte zu gängeln. Deutsche Leitkultur also: Menschenwürde gibt's nur gegen Verwertungs- und Leistungslogik. Schöne Aussichten für alle. ☺

Frontex – European Border and
Coast Guard Agency
Plac Europejski 6
00-844 Warsaw
Poland

R e c h n u n g 5789 31.03.2024
ausser Haus
18:45

1 EU-Grenzschutz, Budget 2015	€ 142.000.000
1 EU-Grenzschutz, Budget 2016	€ 254.000.000
1 EU-Grenzschutz, Budget 2017	€ 302.000.000
1 EU-Grenzschutz, Budget 2018	€ 320.000.000
1 EU-Grenzschutz, Budget 2019	€ 333.000.000
1 EU-Grenzschutz, Budget 2020	€ 364.000.000
1 EU-Grenzschutz, Budget 2021	€ 535.000.000
1 EU-Grenzschutz, Budget 2022	€ 754.000.000
1 EU-Grenzschutz, Budget 2023	€ 829.000.000
1 EU-Grenzschutz, Budget 2024	€ 922.000.000

Endsumme/Rechnungsbetrag
€ 4.755.000.000

Vielen Dank für Ihren Einkauf.

*

Rücksendung von Flüchtenden nicht ausgeschlossen.
Beschwerden zur Lieferung der Ware
werden nicht beachtet.



*Franziska Schmid
arbeitet beim
Bayerischen
Flüchtlingsrat und
fragt sich häufig,
was Markus Söder
eigentlich so
einkauft und ob
ihm das guttut.*

Western Union
Globalgasse 001
Mondial
TERRA

R e c h n u n g

Geldtransfer 500 EUR nach AFN

29.04.2024

online 18:36

Überweisungsbetrag: € 500
Überweisungseingang: AFN 36.871
Western Union/Wechselkurs:
€1 = AFN 73,74
Offizieller Wechselkurs:
€1 = AFN 76,62

Differenzbetrag: € 18,97

Zu zahlender Betrag. € 500,00

Vielen Dank für Ihre Überweisung.

Auftragsbeginn: 2024-04-29T 18:27:47
Abschluss: 2024-04-29T
18:36:21

Transaktionsnummer: 108827

Volksbank


Volksbank



"1000"





**„Ich habe eine Haltung
und diese Haltung
bedeutet, alles zu tun,
dass es möglichst allen
Menschen zugutekommt“**

Elke Kahr, KPÖ, ist seit 2021 Bürgermeisterin der Stadt Graz. Wir hatten die Ehre, mit ihr für die *Hinterland* ein Interview zu führen. Mit unglaublicher Energie, Herzlichkeit und großer Überzeugung erzählte sie von ihren Erfolgen und Vorhaben in der Kommunalpolitik in Graz.

Wie lange sind Sie schon bei der KPÖ und gab es für Ihren Einstieg einen auslösenden Moment?

Ich bin seit 40 Jahren in der Kommunistischen Partei, seit 1993 in der Kommunalpolitik und seit 2005 trage ich Ressortverantwortung für die Stadt Graz. Seit 2012 sind wir die zweitstärkste Partei in Graz.

Einen auslösenden Moment kann ich Ihnen jetzt nicht genau sagen, aber es liegt fast auf der Hand: Ich komme aus einer Arbeiterfamilie

Freiheiten gehabt, also von dem her ist mir es überhaupt nicht schlecht gegangen. Als Mädchen hab ich viel angehen dürfen und mein Vater hat mir sehr viel Selbstwertgefühl gegeben und ihm war wichtig, sich für Frieden einzusetzen und aufrichtig durchs Leben zu gehen.

Ich hab viel gelesen und dadurch viel über Ungerechtigkeiten begriffen. Ich war empört und gleichzeitig hab ich gesehen, dass sich Leute schon immer dagegen aufgelehnt haben und sich für

Gemeinderatsmandat. Die Gespräche haben bewirkt, dass ich von der KPÖ zu Veranstaltungen eingeladen wurde und hingegangen bin. Samstags und sonntags habe ich oft mitgeholfen und gesehen, dass dort eine Gemeinschaft ist von Menschen, die ähnlich denken. Ich habe mich aufgehoben gefühlt und mir hat gefallen, für was sie sich einsetzen. Ernest Kaltenegger hat mich dann gefragt, ob ich mir nicht vorstellen könnte, bei der KPÖ zu arbeiten. Obwohl ich andere Pläne hatte, habe

„Das Gesamtkollektiv braucht niemanden, der obergescheit daherredet“

und aus einem Stadtteil in Graz, wo man als junger Mensch oder als Kind sehr früh gesehen hat, was oben und unten bedeutet.

Ich hab gespürt, dass es nicht wurscht ist, wo du wohnst, wie du wohnst, wo du in die Schule gehst und wie die Leute einem oder deiner Familie gegenüber begegnen. Man kriegt einen Instinkt, heute würde man sagen, irgendwie einen Klasseninstinkt.

Der Grundstein für mein Denken ist in meinem weltoffenen Elternhaus gelegt worden. Ich hab ein tolles Elternhaus mit vielen

Menschenrechte und soziale Sachen eingesetzt haben. Das hat mich sehr beeindruckt und mir wurde klar, alleine kommt man da nicht weiter. Mit 16 Jahren hab ich zu arbeiten angefangen, dann die Abendmatura gemacht. Oft bin ich angedet worden, du redest ja wie eine Kommunistin, ohne dass ich eine genaue Vorstellung davon hatte. Das hat mich neugierig gemacht. Eines Tages hab ich einfach das Telefonbuch aufgeschlagen und geschaut, wo die Kommunistische Partei in Graz ist und bin auf Ernest Kaltenegger gestoßen. Die Partei war damals organisatorisch sehr klein und hatte auf kommunaler Ebene nur ein

mich dann aber dazu entschieden. Und von da haben wir dann in Graz begonnen, die KPÖ aufzubauen und einen eigenständigen Weg zu gehen.

Super, Sie sind ja sehr erfolgreich geworden.

Ja, das ist alles geschenktes Vertrauen – das muss man sich immer wieder aufs Neue erarbeiten. Es ist nichts Selbstverständliches und niemand von uns macht das zum Selbstzweck. Es ist unheimlich viel Arbeit und Einsatz, aber ich habe einen Sinn in dem Ganzen gesehen und das ist bis heute so. Egal, ob ich jetzt

plakatiert, Veranstaltungen organisiert, einen Beitrag für Diskussionen geschrieben oder ob ich Beratungen gemacht habe. Es gibt tausend Felder in einer Organisation, die man machen muss. Wenn du die Verantwortung hast, musst du das selber immer vorleben, damit das Gesamtkollektiv nicht nur jemand hat, der obergescheit daherredet und sagt, wie es gehen soll, sondern du musst selber immer auch mit Hand angreifen. Das ist mein Leben lang so gewesen.

Wie war denn Ihre kommunalpolitische Vision beim Antritt als Bürgermeisterin von Graz im Gegensatz zur politischen Vision für Österreich?

Als kommunistische Partei sind wir Internationalisten. Es geht natürlich immer um die Welt und die großen Fragen und die Haltung dazu – das ist auch mein Interesse. Aber man kann nicht auf hundert Hochzeiten tanzen und man muss die Arbeit tun, wo die Menschen erwarten, dass du etwas vorwärtsbringst. Sich darauf zu konzentrieren ist sicher jedem gut anzuraten.

Visionen ist so ein Wort ... Ich sag eher, ich habe eine Haltung und diese Haltung bedeutet, im Bereich Gesundheit, Soziales, Wohnen, Umwelt, Verkehr, öffentliches Eigentum alles zu tun, dass es möglichst allen Menschen zugutekommt. Das fängt schon bei den freiwilligen Leistungen ohne Ausschlussprinzip der Stadt an. Diese müssen immer für jeden Menschen gelten. Deswegen sind wir auch hier in Graz die einzige Stadt, die freiwillige Leistungen jedem Menschen gibt, egal von wo er kommt, ob Konventionsgeflüchtete*r, Drittstaatsbürger*in, EU-Bürger*in oder Österreicher*in. Alle können bei der Stadt Graz um eine Gemeindewohnung oder kommu-

nale Wohnung ansuchen. Das ist uns ganz wichtig. Denn wir wollen eine soziale Durchmischung und keine Schaffung von Ghettos. Das Grundbedürfnis Wohnen können wir nur lösen, wenn die öffentliche Hand kontinuierlich genügend bezahlbaren Wohnraum mit unbefristeten Mietverträgen schafft. Die Wohnungen sollen auch schön sein und dem heutigen Standard mit genügend Freiraum entsprechen. Seit 25 Jahren sind wir für das Wohnungsamt zuständig und gehen diesen Weg. Wir sind sehr stolz darauf, was wir in dieser Periode geschafft haben und wollen das weiterführen. Jetzt unterstützen wir auch bei der Anmietung von Wohnungen im privaten Wohnungsmarkt bei den Einstiegskosten (1000 Euro Unterstützung für die Kautions).

Wir haben eine Sozialkarte, für momentan circa 15 000 Grazer*innen geschaffen. Damit können sie zum Beispiel die öffentlichen Verkehrsmittel für das gesamte Stadtgebiet für 50 Euro nutzen und sie bekommen eine Jahreskarte für Ermäßigungen bei Jahreskarten für Bäder, Kultureinrichtungen, Sporteinrichtungen. Auch ein Energiekostenzuschuss ist da automatisch enthalten sowie eine Weihnachtsbeihilfe und Schularthilfe. Diese Beiträge werden automatisch auf das jeweilige Konto überwiesen, weil wir Bürokratisierung und dieses Bittsteller*innendasein abschaffen wollen. Die Sozialkarte gilt für ein Jahr, Grundvoraussetzung ist der Bezug einer Wohnbeihilfe oder einer Energiegrundbefreiung.

Wichtig ist uns auch der Ankauf von Grundstücken für mehr öffentlichen Grünraum. Wir wollen auch die Rekommunalisierung einiger Bereiche, beispielsweise einen autarken Energiebereich. Deshalb haben wir beschlossen,

selbst ein Energiewerk zu errichten in Zusammenarbeit mit der Energie Steiermark. Ebenso fördern wir den Ausbau des öffentlichen Verkehrs.

Um diese Summen zusammenzubekommen, senken wir die sogenannten Repräsentationskosten, außerdem reduzieren wir die Präsidialfahrzeuge, aber auch die Parteienförderung. Dadurch können wir diese Kosten zum Teil querfinanzieren.

Was sind ihre Erfolge oder konkrete Veränderungen, auch wenn jetzt schon viel beschrieben wurde?

Das, was wir im Großen denken, probieren wir natürlich kommunalpolitisch zu leben. Dort, wo wir auch die Möglichkeit haben. Wir können ja auf kommunaler Ebene keine Gesetze beschließen, aber wir können all das, wo wir selbst eine Infrastruktur und freiwillige Leistungen schaffen, immer jeden Menschen, egal von wo er herkommt, mit allen Rechten und Pflichten teilhaben lassen. Wir wollen keinen Menschen ausgrenzen oder ausschließen. Das schließt auch Religionen mit ein. Es gibt einen Interreligiösen Beirat. In unserer Periode ist es das erste Mal, dass zum Tag der Religionen auch alle kommen. Ich bin ohne Bekenntnis, dennoch ist es mir wichtig anzuerkennen, dass Menschen, die religiöse Gefühle haben, einen Halt brauchen. Letztendlich haben unterschiedliche Religionsgruppen eine große Gemeinschaft hinter sich, die wir ja als Mitbürger*innen brauchen, wenn wir weiterkommen wollen.

Gibt es auf der kommunalen Ebene Vorhaben, die gescheitert sind, weil ihre Mitregierenden sich dagegen gewehrt haben?

Eigentlich nur in einem Punkt und da sind wir dann beim Geld. Graz hat, wie alle anderen großen Städte, Budgetprobleme und besonders, weil sie vom Land Steiermark und von der Bundesebene sehr schlecht im Finanzausgleich behandelt wird. Dieser Finanzausgleich bedeutet eine komplette Schiefelage und bei dieser Staatsregierung noch einmal mehr, weil auf der Landesebene besteht überhaupt kein Interesse, natürlich, uns auch entgegenzukommen, damit eine kommunistische Bürgermeisterin erfolgreich ist.

Aber wir schaffen es trotzdem recht gut durch Umschichtungen und Schwerpunktsetzungen, die wir für wichtig halten. Und da ist die gemeinsame Klammer unserer Koalition, dass wir einfach die soziale und ökologische Stadtentwicklung im Auge haben.

Und ich geh jetzt nicht her und spar bei den anderen Kolleg*innen, die nicht in der Koalition sind und sag, die kriegen jetzt weniger Geld, damit wir mehr ausgeben können, sondern das sind alles wichtige inhaltliche Bereiche, an denen wir genauso großes Interesse haben.

Aus meiner Sicht wären Entlastungen bei den Betriebskosten stärker notwendig gewesen, zum Beispiel bei den Kanalwassergebühren, wo eine Kommune die Möglichkeit hat, selbst Tarife festzulegen. Wir haben zwar die Gebührentarifierhöhungsautomatik abgeschafft (früher: automatische Erhöhung in jedem Jahr), mussten aber nach dem 1. Jahr ohne Erhöhung diese dann doch wieder erhöhen, weil wir sonst keine Refinanzierung für andere Bereiche an Infrastruktur, die wir brauchen, gehabt hätten. Es gilt also immer, da die Balance zu wahren.

Sprechen wir noch einmal über Geld. Wir fanden es sehr spannend zu lesen, dass Sie, beziehungsweise KPÖ-Mandatsträger*innen einen Teil ihres Gehaltes spenden. Stimmt das so?

Das muss man präzisieren. Ein Gemeinderat ist auch ein Mandatar und gibt die Hälfte seiner Funktionsgebühr (1.800 Euro im Monat), die er erhält, an die KPÖ für die politische Arbeit ab. Er hat kein Berufsverbot und ist kein Berufspolitiker. Er arbeitet und engagiert sich nebenbei. Die Gehaltsregelung gilt nur für Berufspolitiker*innen. Das gab es das erste Mal 1998 in Österreich, als Ernest Kaltenecker Stadtrat wurde. Da hatten wir in Graz also einen Stadtrat und vier Gemeinderät*innen. Damals gab es dann diesen Tag der offenen Konten, wie wir es nennen, und wo das besprochen wurde.

Als Politiker*in bekommt man grundsätzlich in Österreich in den Städten einen sehr hohen Bezug. Stadträt*innen bekommen je 6.300 Euro netto und ich als Bürgermeisterin über 9000 Euro netto. Ernest Kaltenecker hat in seiner Amtszeit (1998-2005) als Stadtrat immer 1/3 seines Gehalts behalten und den Rest Menschen oder Familien gegeben, die dringend Hilfe brauchten oder in einer Notlage waren. 2005 wurde er Landtagsabgeordneter und ich Stadträtin. Ich habe das genauso weitergemacht: Von 6.300 Euro habe ich mir 1.900 Euro behalten und jetzt als Bürgermeisterin behalte ich mir von 9.100 Euro 2.000 Euro netto. Alle drei Monate bekomme ich Urlaubs- und Weihnachtsgeld (14.000 Euro), davon behalte ich mir 4.000 Euro und den Rest gebe ich weiter. Das sind im Jahr fast 100.000 Euro. Insgesamt, seit ich Berufspolitikerin bin, habe ich über 1,1 Mio. Euro von meinem Privatgehalt an

Menschen, die in Notlagen sind, weitergegeben, egal ob Asylbewerber*in, ob Universitätsprofessor*in, Gewerbetreibende*r, Mindestpensionist*in, Alleinerziehende, ob es um Schulkosten, medizinischen Bedarf oder Mietrückstände geht: Wenn ein Mensch in einer Notlage ist, werde ich die Mittel, solange ich sie habe, hergeben. Darüber hinaus geben wir auch von den Verfügungsmitteln, die ich als politische Referentin von der öffentlichen Hand für mein Büro habe, fast die Hälfte an Leute in Notlagen. Auch der Gemeinderatsklub verwendet einen großen Teil dieser Gelder für direkte konkrete Hilfen. Wir geben eigentlich die Steuergelder, die unsere Klubbüros bekommen, an die Leute wieder weiter und zusätzlich hält sich jede*r Berufspolitiker*in an die Gehaltsobergrenze (2.300 Euro).

Wer entscheidet darüber, wer das Geld bekommt?

Ich selber, weil es mein Privatgeld ist. Das darf auch niemand anderer machen. Die Partei kann ja nicht über mein Privatgeld entscheiden. Das wäre so, wenn Sie Ihr Gehalt den Leuten spenden, das entscheiden ja Sie und nicht Ihr Nachbar. Das darf ja gar nicht sein, weil es keine Vermengung geben darf. Ich kann nicht meinen Mitarbeiter*innen in meinem Büro sagen, wie viel Geld sie der Person X geben sollen. Das ist schlicht eine eigene private Entscheidung.

Und hat es Nachahmer*innen in Österreich gegeben?

Nur in der KPÖ natürlich. Der Kollege Dank in Salzburg ist jetzt als Vizebürgermeister der Stadt Salzburg Berufspolitiker und wird dort auch ein gutes Gehalt bekommen und sich ebenso an diese Gehaltsobergrenze halten. Das ist natürlich freiwillig. Die Partei kann

ja beschließen was sie will, wenn ein Mandatar sich nicht daranhält, dann kann sie ihn höchstens beim nächsten Mal nicht mehr aufstellen. Da es aber in unseren Statuten eine Grundlage ist, wird sich auch niemand anders verhalten. Es ist ganz wichtig, dass man sich nicht vom Gehalt des Durchschnitts der Bevölkerung abhebt, um ein Gefühl zu haben, was Teuerungen bedeuten und wie es Leuten geht, andererseits aber auch niemand in der Partei ist, der, weil man gut verdienen kann, Politiker wird.

Noch eine letzte Frage: Erleben Sie Hatespeeches oder Ähnliches aufgrund Ihrer Parteizugehörigkeit und/oder Ihres Frauseins? Wenn ja, wie gehen Sie damit um?

Ich muss ganz ehrlich sagen, so wirklich gehässige Sachen habe ich eher am Beginn, als ich zur KPÖ gegangen bin, erlebt. Die Ressentiments gegenüber Kommunist*innen waren immens hoch. Bei Infoständen vor 35 Jahren mussten wir uns anhören: Geh nach Russland, ihr gehört aufgehängt oder solche Sachen. Da war sehr viel Gehässigkeit und selbst Menschen haben sich oft nicht zum Infostand hin getraut, weil sie dort nicht gesehen werden wollten. Aber das ist schon lange vorbei.

Ich lese kein Facebook und bin kein Mensch, der in dieser Welt des Internets herumschwirrt. Ich habe tausende Kontakte im Jahr, in jeder Woche mit hunderten Leuten persönlich in der Beratung. Ich mache das auch selber und sehr gerne. Persönlich erlebe ich genau das Gegenteil. Selbst Leute, die politisch anders denken oder eine andere Partei wählen, sprechen mir nicht die persönliche Integrität, Mitmenschlichkeit und Freundlichkeit ab. Ich verstell' mich nicht, ich bin genauso. So, wie ich mit Ihnen

rede, so rede ich auch mit anderen, egal, wer da vor mir steht und da bin ich mir eigentlich immer sehr treu geblieben.

Die Menschen haben ein Recht, Dinge anders zu sehen, das ist mein Grundverständnis. Wir leben in einer Demokratie und die Leute dürfen eine andere Meinung haben, solange sie nicht in Rassismus oder in rechtsextremen Positionen, in denen man Leute unterdrückt und diskriminiert, enden.

Und ja, gehässige Postings oder Meldungen von Journalisten oder von anderen Parteien sind auch logisch. Ich werde ja als Antithese zur bürgerlichen Stadt Graz hingestellt: Kommunistin und eine Frau, die aus der Arbeiterfamilie kommt. Aber sie haben etwas Wesentliches nicht begriffen: Die Menschen haben Sehnsucht nach einer integren Politik, nach einer Anständigkeit und nach dem Engagement für Menschen ohne Lobby.

Da sind wir nicht allein, das teilen Millionen Menschen auf der Welt mit uns und diese Sehnsucht ist bei jungen wie bei älteren Menschen groß. Nur den Glauben haben die Leute verloren, dass es möglich ist. Es haben sich mit uns so viele Leute mitgefremt und sind nach wie vor stolz, dass Graz genauso eine Entwicklung genommen hat. Sie sehen, es geht auch anders. Es ist möglich, wenn man die Geduld, die Beharrlichkeit, die Konsequenz und auch die Aufrichtigkeit hat, sich für die Inhalte arbeitender Menschen und für Frieden einsetzen. Man muss nicht mit üblen Tricks in der Politik agieren, es geht auch mit Anständigkeit und Korrektheit. Und das haben wir bisher vorgelebt und das wird sich auch in den kommenden Jahren nicht ändern. Sollten unsere Koalitionspartner aus der Koalition aus-

brechen, dann werden wir uns aber in den wesentlichen Sachen deswegen nicht verbiegen. Bei aller Kompromissbereitschaft, bei allem Wissen, dass die Budgetsituation schwer ist und dass man die Gesamtverantwortung und keinen Parteigoismus haben darf, ist es immer wichtig, in den wesentlichen Fragen sich nicht zu verbiegen oder falsche Kompromisse einzugehen. Die Leute müssen einfach immer wissen, der Kompass und die Worte, die man vorhergesagt hat, müssen hinterher auch gelten und insofern sind wir uns bisher auch treu geblieben.

Vielen Dank für das Interview. Das war ein tolles Schlusswort! ☺

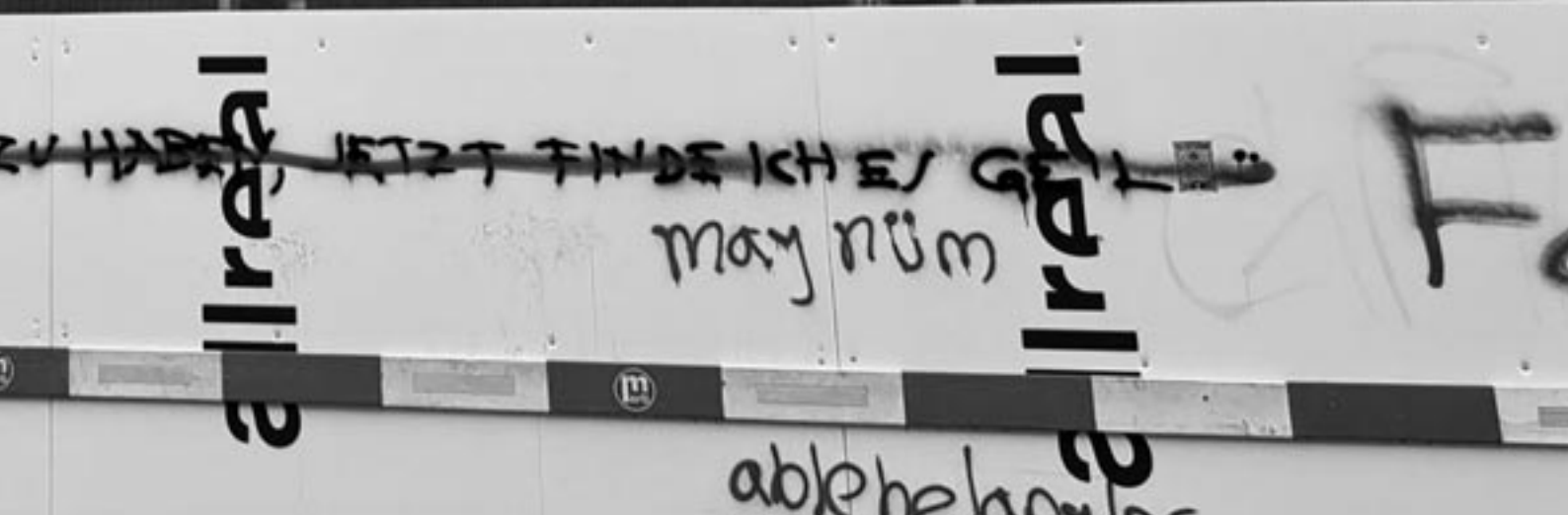
Das Gespräch führten Marianne Walthert und Pezi Novi



Ich habe mich nur leicht geschätzt kein Geld
dNOBHOOD

ilreal
ilreal
ilreal

CH



Lawilgerüstet.

Lawilgerüstet.

Lawilgerüstet.

Lawilgerüstet.

Lawilgerüstet.

Lawilgerüstet.

Lawilgerüstet.

Irrreal

Irrreal

~~ZU HABEN~~ JETZT FINDE ICH ES

may nüm

F

ablehe h...



Mit WAV gegen die Krise des Schweizer Journalismus

Mit kritischen Hintergrundrecherchen sorgt das Züricher Recherchekollektiv WAV für Transparenz in Bereichen, wo vieles lieber im Verborgenen geschieht. Mit ihrer Arbeit machen die Mitarbeiter*innen des Kollektivs Daten zugänglich, die der Zivilgesellschaft eine fundierte Meinungsbildung ermöglichen. Auf dem Züricher 1.Mai-Fest trifft die *Hinterland-Redaktion* Reto Naegeli und Balz Oertli, die über ihre Arbeit bei WAV berichten.

Hinterland: Hallo zusammen, was ist WAV?

Balz: Ein starker Einstieg! Wir sind ein Recherchekollektiv aus Zürich. Bei WAV arbeiten zwölf Leute, wir haben gerade Zuwachs. Wir definieren uns als Recherche-Partner*innen, denn wir recherchieren nie allein, sondern immer zusammen mit anderen Organisationen, Medienhäusern oder NGOs. Die Idee dahinter ist, dass wir glauben, die Krise des Journalismus in der Schweiz wird immer akuter. Publikationskanäle und Magazine gibt es sehr viele, aber es fehlt oft die Zeit und die Ressourcen für tiefe Recherchen. Wir arbeiten an Publikationen, die dann bei einer Zeitung oder bei einem anderen Medium erscheinen. Und dann machen wir noch

größere Projekte zusammen mit der Zivilgesellschaft, wo wir versuchen, die Tools der Recherche, also die Art und Weise, wie wir Recherche machen, weiterzugeben und anderen Leuten zu ermöglichen selbst zu recherchieren.

Als Beispiel: In der Schweiz müssen Parteien seit ein paar Monaten teilweise ihre Budgets veröffentlichen. Das gab es vorher noch nicht. Und wir haben diese Daten genommen und haben eine Webseite gebaut, wo man diese Daten einfach anschauen und durchsuchen kann. Denn im öffentlichen Register ist das nicht besonders Nutzer*innen-freundlich. Und das dritte, was wir machen: Auftragsrecherchen, wenn NGOs oder verschiedene

zivilgesellschaftliche Akteur*innen auf uns zukommen. Dann schauen wir, was Fakt ist und was Behauptung – damit man, wenn man eine Kampagne macht, nicht irgendwelches Zeug erzählt.

Reto: Im Gegensatz zu journalistischer Recherche, wo ja vielleicht eine Wertung drin sein kann, geht es bei diesen Auftragsrecherchen darum, Daten zu recherchieren und zur Verfügung zu stellen.

Hinterland: Ihr stellt also das Rohmaterial, die Daten zusammen und der Partner, der mit euch zusammenarbeitet, macht daraus dann eine Publikation?

Reto: Ja, unter Umständen kann es reines Rohmaterial sein. In den meisten Fällen schreiben wir aber

schon noch einen Report dazu, wo wir die Resultate zusammenfassen und sagen: Das in etwa kann man da rauslesen. Das, was sie dann weiterhin damit machen, ist ihre Sache.

Balz: Die Hälfte von uns kommt klassisch aus dem Journalismus, die anderen kommen aus der Vermittlung oder haben eine universitäre Ausbildung gemacht. Was wir anders machen als viele andere ist, dass wir wirklich versuchen, unseren Hauptfokus auf das Recherchieren zu legen. Wir haben keine eigenen Publikationskanäle, weil wir glauben, dass es sehr viele Ressourcen braucht, ein eigenes Publikationsorgan zu führen. Wir glauben, dass das herkömmliche Medien sehr gut machen – und wir versuchen, mit den tiefen Recherchen, die wir zur Verfügung stellen können, mitzuhelfen. So können gewisse Themen, die sonst untergehen in der Berichterstattung, auch im Scheinwerferlicht stehen.

Hinterland: Macht ihr die Arbeit zum Lohnerwerb, also könnt ihr davon leben?

Balz: Knapp die Hälfte von uns lebt davon. Andere haben noch einen Nebenerwerb. Es ist nicht eine Arbeit, mit der ich groß entlohnt werde. Sondern auch eine Arbeit, die ich mache, weil ich sie sehr spannend, lehrreich und wichtig finde. Das Ziel ist aber, dass wir alle davon leben können.

Hinterland: Wie kam es zu eurer Gründung?

Reto: Das war vor ungefähr drei Jahren, ein Austausch über das Versagen der Medien. Die Idee war, ein Medienkollektiv zu gründen, die wurde weiterspinnen und lange diskutiert. Dann war es ein

Prozess von einem Jahr, bis wir diese Nische, dieses Konzept definieren konnten. Es gab viel Austausch darüber, welche Themen wir gut finden. Oft geht es bei uns um soziale Gerechtigkeit. Dann muss man aber auch rausfinden: Wie gestaltet man ein Medienprojekt, das auf diesem Markt besteht und tatsächlich Zukunftsaussichten hat?

Hinterland: Wie finanziert ihr euch?

Balz: Man kann Mitglied werden und uns spenden. Das finanziert unsere Bürokosten und die Geschäftsführung. Und daneben bezahlen unsere Auftraggeber natürlich für unsere Arbeit.

Hinterland: Habt ihr Themenschwerpunkte?

Balz: Am Anfang haben wir bewusst gesagt, dass wir das nicht wollen. Mit der Zeit schälen sich aber gewisse Schwerpunkte heraus. Wir arbeiten viel mit dem Öffentlichkeitsgesetz, mit Einsichtsgesuchen in die Arbeit der Behörden. Außerdem viel zu den Themen Migration, Green Finance und zu prekären Arbeitsstrukturen.

Hinterland: Finden eure Auftraggeber*innen euch oder wählt ihr aus, für wen ihr recherchiert?

Balz: Journalismus ist ein Networking Business, du musst die Leute kennen. Es kommt schon mal vor, dass dich irgendein Medienhaus anschreibt. Aber selten. Normalerweise spricht man zusammen. Besonders größere Projekte entstehen im Austausch mit anderen Leuten. Und nach einigen Auftragsrecherchen kommt es dann auch zu Mund-zu-Mund-Propaganda.

Reto: Ja, dieser Effekt ist sehr stark. In der Schweiz gab es so jemanden

wie uns für Auftragsrecherchen bisher nicht. Wenn die Leute zufrieden sind mit unserer Arbeit, spricht es sich rum und dann setzt ein Dominoeffekt ein. Bei journalistischen Projekten pitchten wir eine Idee und gehen aktiv auf Medienhäuser zu. Bei zivilgesellschaftlichen Projekten ist es noch mal anders: Wir haben eine Idee, schließen uns mit Partner*innen zusammen und versuchen, das zu finanzieren.

Balz: Wir reagieren auf Veränderung in der Schweizer Gesellschaft: Bei Medienhäusern und zivilgesellschaftlichen Organisationen wird die Angst immer größer, dass man angeklagt wird. Wir bieten eine fundierte Quellenanalyse. Das ist ein Mehrwert für alle unsere Partner*innen, auf den sie sich verlassen können.

Hinterland: Wird dann auch veröffentlicht, dass die Recherchen von euch sind?

Balz: Ja, das verlangen wir der Transparenz halber.

Hinterland: Recherche kann ja viel heißen. Seid ihr Google-Held*innen und geht an Daten, die eh schon frei verfügbar sind und interpretiert die? Oder steigt ihr wirklich tief investigativ ein?

Reto: Die ganze Bandbreite: Google-Recherche, verschiedene Datenbanken, Feldrecherche, zum Beispiel Interviews. Wir arbeiten aber zum Beispiel auch mit Leaks, wo wir uns durch Unmengen an Daten wühlen.

Hinterland: Ihr macht auch Recherchen, die verschiedene Personen oder Firmen vielleicht nicht gut finden. Werdet ihr bedroht? Würdet ihr sagen, manchmal wird's gefährlich?

Balz: Es kommt rechtlich darauf an, wo publiziert wird. Wenn ich in einer Zeitung publiziere, wird die Zeitung angeklagt, wenn ein Fehler drin ist. Ich als Autor kann nur wegen Rufschädigung angeklagt werden und das ist in der Schweiz schon sehr schwierig. Hassmails kriege ich schon, aber meistens von Menschen, die allgemein schon Probleme im Leben haben.

Reto: Drohungen nicht. Das erste Projekt, das wir gemacht haben, war „Spotlight on *BlackRock*“, diese Schattenbank. Da hatten wir ein paar anstrengende Gespräche mit der presseverantwortlichen Person von *BlackRock*, die unsere Recherche low key unterdrücken wollte. Aber ohne Drohung von Anwälten.

Hinterland: Welche eurer Recherchen ist euch besonders im Gedächtnis geblieben?

Balz: Vor ein paar Wochen haben wir eine Geschichte publiziert, in der es darum ging, dass Asylgesuche in der Schweiz zentralisiert behandelt werden. In den ersten 100 Tagen werden die Asylsuchenden in vom Bund geführten Camps untergebracht. Da gab es vor ein paar Jahren Vorwürfe über heftige Gewaltakte und als Reaktion darauf hat das Staatssekretariat für Migration eine Meldestelle eingeführt, wo sich die Betroffenen melden können. Jetzt war die erste Evaluation dieser Meldestelle und der Bund hat gesagt: Es läuft alles wunderbar, es ist alles super. Wir haben aber verschiedene Reports aus dem Hintergrund geholt, die zeigen, dass es Meldungen gibt, die sehr haarsträubend sind, und das dann nichts gemacht wird. Und dass die Meldestelle mehr ein PR-Ding ist.

Hinterland: Ihr hattet vorhin gesagt, dass ihr mit Themen auch mal selbst an Partner*innen herantretet.

Wie kommt ihr auf diese Themen?

Balz: Da gibt es keine einfache Antwort. Du kriegst oft einen Input. Ich habe vor einem halben Jahr zum Beispiel eine Geschichte bei der *ZEIT* publiziert. Da ging es um Vertrauensanwälte der Schweizer Botschaft in Islamabad, die mit den Taliban zusammenarbeiten. Das war ursprünglich vor zwei Jahren ein kleiner Hinweis, den ich noch bei meinem alten Job bekommen habe. Du hast so ein Thema und wenn du die Kapazität hast, schlägst du es vor und wenn dann Publikationspartnerschaften stimmen, kannst du es machen. Daneben haben wir jetzt unsere Hauptthemen, in denen wir am meisten Kontakte haben oder auch am meisten wissen. Da sucht man dann nach weiteren Geschichten. Es gibt aber auch viele Themen, zu denen würde ich wahrscheinlich nicht publizieren, weil ich sie gar nicht verstehe.

Hinterland: Gab es schon mal Themen, bei denen ihr abgelehnt habt zu recherchieren?

Reto: Ja. Ich hatte neulich mal einen Anruf von einer Person, die ich nicht kenne. Die ein verkehrspolitisches Chaos in Basel recherchiert haben wollte. Das haben wir nicht recherchiert, weil da zu wenig dran war. Ich muss ja auch nach publizistischer Logik denken: Kann ich ein Thema unterbringen bei einer Zeitung? Wir können uns auch keine ewige Vorrecherche leisten.

Hinterland: In euren Büroräumen hängen zwei Plakate zu Hanau. Habt ihr bei WAV etwas für die Gruppen vor Ort gemacht?

Balz: Viele Leute in Hanau sind persönliche Freunde von uns. Ich habe mal eine Sendung zu Hanau gemacht, aber es ist schon Jahre

her. Es ist mir aus persönlichen Gründen wichtig. Und ich finde das eine wirklich sehr beeindruckende Kampagne. Viel Respekt für alle, die dort arbeiten.

Hinterland: Habt ihr in der Schweiz Kontakt zu Gruppen, die zu Anschlägen arbeiten?

Reto: Es gab einen rassistischen Polizeimord in der Schweiz: Roger „Nzoy“ Wilhelm. Er wurde von der Polizei erschossen auf dem Bahnsteig. Wir koordinieren mit dem Kollektiv zur Aufarbeitung dieses Mordes eine Recherche-gruppe.

Hinterland: Wir befinden uns heute in der Hauptstadt des Geldes und machen eine Schwerpunktausgabe zum Thema Geld. Habt ihr eine Anekdote zum Thema?

Reto: Ich habe eine Anekdote zum Beschäftigungsprogramm in den Schweizer Asylzentren. Die Arbeit der Geflüchteten wird in gewissen Kantonen bezahlt, aber nicht in allen. Im Kanton St. Gallen kriegen sie pro Stunde 1,50 Franken, also 1,50 Euro. Die Programme sind aber obligatorisch, das heißt, wenn die Geflüchteten die Arbeit verweigern, – denn dieser Lohn ist ja absolut lächerlich –, dann kriegen sie pro Stunde, die sie die Arbeit nicht machen, 1,50 Franken abgezogen vom Geld, das sie haben, um sich Dinge wie Handy und Hygieneprodukte zu kaufen.

Hinterland: Was sind das so für Arbeiten in diesen Programmen?

Reto: Ganz unterschiedlich. Von Reinigungsarbeiten innerhalb der Lager bis zu Forstarbeiten im Wald, Verpackungsarbeiten oder Schreinerarbeiten. In Zürich gibt es ein Programm, bei dem sich Touristen*in gratis Fahrräder ausleihen können. Das wird mit dem Ar-

starke Wirtschaft



Das Fünzigmarkgedicht

Ich gebe mein letztes Geld für ein Gedicht aus.
 Das Gedicht heißt Das Fünzigmarkgedicht
 Ganz im Vertrauen:
 Es ist keinen einzigen Euro wert!
 Es reimt sich nicht,
 und es ist nicht besonders lyrisch.
 Man könnte sagen, es ist eher ein erzählendes
 Gedicht.
 Mich reut jeder Cent und ich denke mir:
 Hoffentlich ist es bald aus.

Thomas Glatz

Checkliste Todesfall
 Gasse 0
 8000 München 00

R e c h n u n g
 über Ihre Beerdigungskosten 1234

außer Haus 21.04.2024
 14:04

 Bestattungsinstitut Überführung,
 Sarg, Aufbahrung, Urne € 3.000,00

Friedhof (Beisetzung, Grabkosten)
 € 2.500,00

Weitere Bestattungskosten
 (Leichenschmaus, Trauerredner*in,
 Todesanzeige...) € 1830,00

Floristik (Trauerkranz, Blumen,
 Sargschmuck, Dekoration) € 300,00

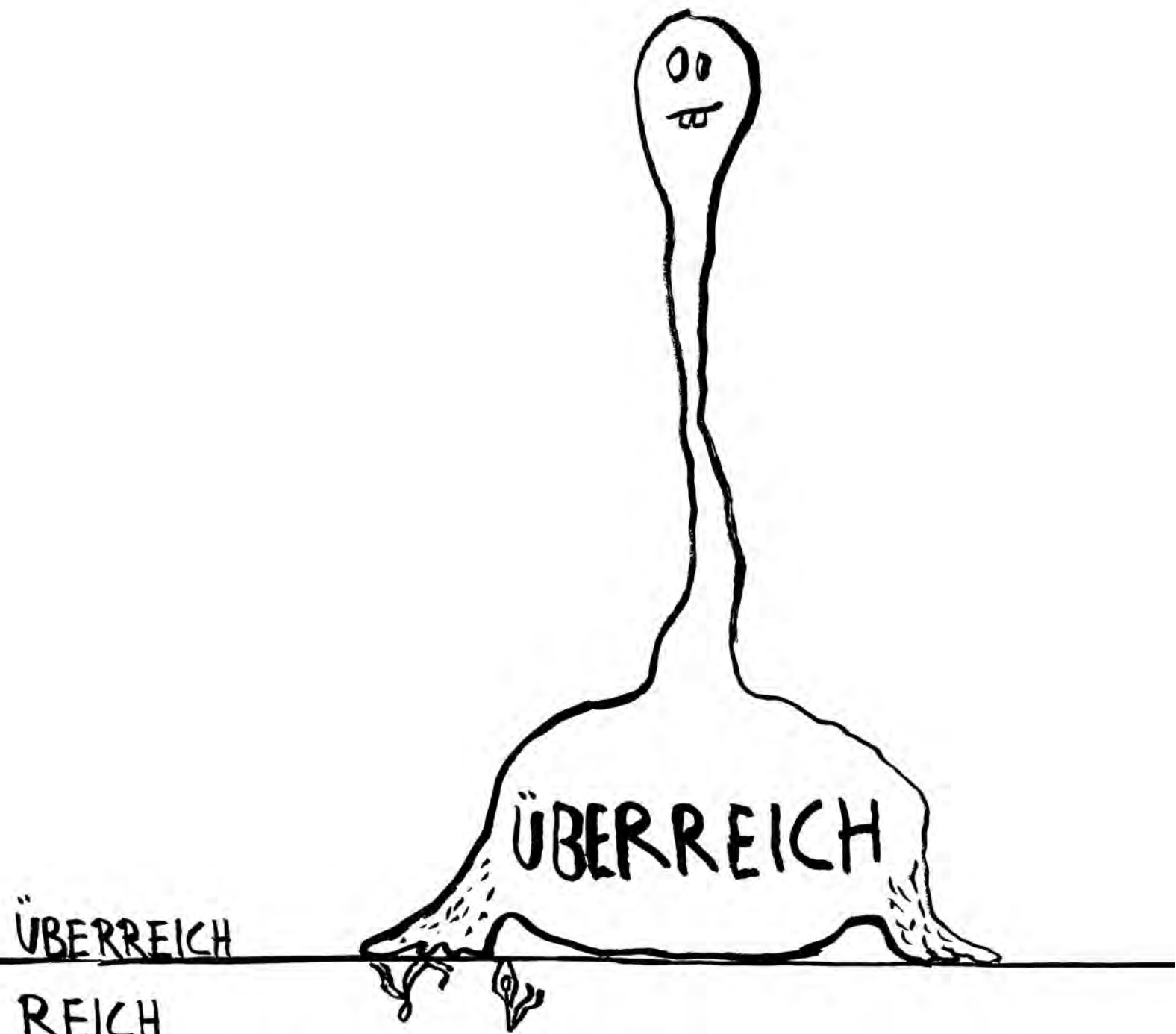
Grabstein
 € 5.000,00

 Rechnungsbetrag € 12.630,00

MWST NETTO STEUER BRUTTO FINAL

Vielen Dank für Ihr Vertrauen
 *

Umtausch original verpackter Waren ist
 ausgeschlossen



ÜBERREICH

REICH

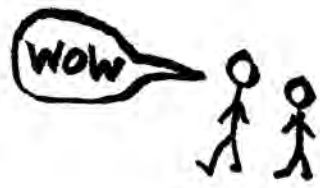
BEINAHE REICH

UNTERREICH

NIE REICH

KEIN GELD HABEND

NIE GELD HABEND



„Echte Philanthropie muss immer an der eigenen Abschaffung arbeiten“

Marlene Engelhorn (*1992 in Wien) ist Mitgründerin der Initiative *taxmenow*. Sie setzt sich für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer für Millionen- und Milliardenvermögen, die in Deutschland ausgesetzt ist, und der aufgehobenen Erbschaftssteuer in Österreich ein. Als Nachfahrin von BASF-Gründer Friedrich Engelhorn (1821–1902) wuchs sie in Reichtum auf. Zuletzt wurde das Vermögen ihrer Großmutter auf mehr als 4,2 Milliarden US-Dollar geschätzt. 2022 erbt sie 25 Millionen Euro, die sie in Österreich nun von einem repräsentativen Bürgerrat verteilen lässt. Engelhorn will nicht weiter zum reichsten Prozent gehören, sondern zu den 99 Prozent.

Frau Engelhorn, wieviel Geld müsste ich verdienen, auf dem Konto oder im Aktiendepot haben – und was müsste ich sonst noch besitzen, damit Sie mich als reich einordnen?

Reich ist ein Wort, das mich nicht so interessiert, weil es eine reine Vergleichskategorie ist. Reicher als, genauso reich wie oder weniger reicher als. Ich glaube, interessanter ist für mich der Begriff Überreichtum, der sagt, es gibt eine Grenze, ab dann reden wir von Überreichtum. Die Grenze ist natürlich eine bisher fiktive, denn das müssten Volkswirtschaftler*innen, Soziolog*innen und so weiter erst gemeinsam errechnen, so wie man das auch bei der Armutsgrenze gemacht hat. Und dann könnte man darüber sprechen. Aber, um bei der Frage zu bleiben, würde ich einfach bestehende Marker nutzen: Für mich persönlich ist man reich, wenn man den reichsten 10 Prozent angehört. Und überreich ist man ab dem reichsten Prozent. Da ziehe ich persönlich die Grenze.

Die 25 Millionen, die Sie 2022 geerbt haben, soll ein „Guter Rat“ verteilen. Und der hat jetzt zum ersten Mal getagt.

Der *Gute Rat für Rückverteilung* hat Mitte März mit Tagungen begonnen. Es gibt sechs Sitzungen und die Aufgabe ist, sich mit der Verteilungsfrage zu beschäftigen. Wie wird Vermögen verteilt? Dieser ergebnisorientierte Wahnsinn, von wegen was macht man am besten mit 25 Millionen, das ist Quatsch. Viel interessanter ist: Welche Prozesse der Entscheidung müssen dem zugrunde liegen? Die spiegeln sich dann im Ergebnis. Es ist halt nicht egal, wie man hinkommt, der Zweck heiligt nicht die Mittel.

Wie liefen denn die ersten Sitzungen? Haben Sie überhaupt Einblick?

Gut, soweit ich weiß, aber ehrlich gesagt habe ich auch keine Ahnung: Ich habe mich aus dem Operationellen rausgezogen Ende des letzten Jahres. Bei der ersten Sitzung durfte ich kurz reinschauen, hallo sagen, danke sagen, tschüs sagen. Aber ich habe keinen Einblick, da müssten Sie das Team interviewen, die könnten Ihnen dann mehr dazu sagen. Tut mir leid, dass ich da enttäuschen muss, aber es ist wichtig, dass ich das konsequent mache und nicht am Ende doch noch heimlich die Deutungshoheit behalte. Und es macht ja einen Unterschied, ob ich da herumgurke oder nicht, deswegen lasse ich die ihre Ruhe von mir haben.

Es ist ein repräsentativer Bürgerrat. Wie war der Modus der Zusammenstellung?

Die gute Antwort kriegen Sie nicht von mir, sondern vom *Foresight Institute* – denn bei einem Bürgerrat gibt's Standards, die man einhalten muss. Um Repräsentativität herzustellen ist es wichtig, statistische Daten dafür zu haben, wie verschiedene Marker, demografische zum Beispiel, in der Gesellschaft verteilt sind. Das muss man auswerten und abgleichen mit den Menschen, die Interesse haben teilzunehmen, um am Ende eine repräsentative Gruppe zu kriegen. Die einzigen Kriterien für die Einladung waren, dass man mindestens 16 Jahre alt und in Österreich gemeldet sein muss. Also es ist auch nicht an Staatsbürger*innenschaft gekoppelt. Wichtige Kriterien für Repräsentativität waren dann: Einkommen, Bildungs- und Migrationsgeschichte, Wohnort, Geschlechtsidentität und andere Faktoren. Die

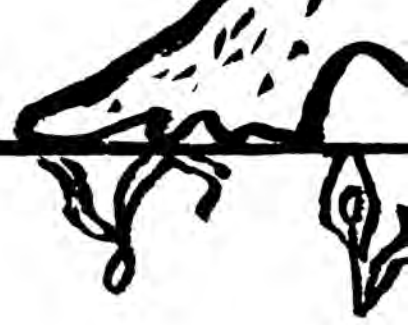
Einstellungen zur Vermögensverteilung war auch wichtig, denn man kann die Verteilungsfrage nicht nur mit Leuten diskutieren, die finden, das ist ungerecht. Auch hier sollte der Rat repräsentativ für die österreichische Bevölkerung sein. Aber noch mal: Die Expert*innen dahinter sind beim *Foresight Institute*, da bin ich Klientin, die übernehmen den Auftrag und machen diese Arbeit. Ich freue mich jedenfalls, dass das so gut gelungen ist, dass jetzt im Ergebnis der Bürger*innenrat um nur 1,8 Prozent von der österreichischen Bevölkerung abweicht, also wirklich repräsentativ ist.

Warum geht das Geld nicht einfach direkt als Spende an den Staat? Ein Parlament ist doch irgendwie auch ein repräsentativer Bürgerrat.

Nein, es ist repräsentativ für die Parteienlandschaft, aber nicht wirklich repräsentativ für die Bevölkerung. Und es ist kein Bürger*innenrat, weil der bespricht eine Sache, hat eine Aufgabe und danach löst er sich wieder auf. Das ist beim Parlament ja nicht so. Das sind wichtige, wenn auch spitzfindige Unterschiede, die man bedenken muss. Und mich interessiert strukturelle Veränderung. Wenn ich dem Staat Geld einfach überweise, dann habe ich nichts bewegt. Wenn der Staat, wenn das Parlament mein Geld möchte, müssen sie nur Steuergesetze erlassen. Da bin ja nicht ich in der Bringschuld, da ist das Parlament schon in der Holschuld. Wenn ein Parlament gern Geld haben möchte, braucht es nur die entsprechenden Gesetze zu erlassen und dann sprudeln die Kassen.

Was halten Sie von der von Bill Gates und Warren Buffett gegründeten philanthropischen Kampagne *Giving Pledge*?

ÜBERREICH



REICH

BEINAHE REICH

UNTERREICH

NIE REICH

KEIN GELD HABEND

NIE GELD HABEND

Ich halte überhaupt nichts davon. Man muss sich nur mal vor Augen führen, dass Bill Gates, seit er den *Giving Pledge* unterzeichnete, sein Vermögen verdreifacht hat. Der weiß offensichtlich nicht, wie das geht mit dem Zurückgeben. Die geben aber obendrein nicht weg, sondern die schichten quasi die juristische Eigentumskategorie um. Dann gehört das Vermögen ihnen durch Form einer Stiftung. Am Ende des Tages bleiben sie in der Macht und Entscheidungsposition darüber, wie diese Ressourcen verwendet werden. Und ich finde das hochproblematisch, weil wir uns als Gesellschaften ans Gängel-

band von irgendwelchen Überreichen hängen. Das sind imperialistische Auswüchse. Der *Giving Pledge* ist nur dann ernst zu nehmen, wenn man am Ende nicht reicher ist als der Durchschnitt. Also echtes Sunsetting, konkrete Rückverteilung. Das ist der Gegenbegriff, den ich setzen wollen würde.

Dementsprechend haben Sie wahrscheinlich auch keine besonders gute Meinung von der *Bill & Melinda Gates Foundation*.

Die *Bill & Melinda Gates Foundation* ist ein Paradebeispiel

dafür, wie man es nicht macht. Weil ihnen egal ist, wie sie ans Ergebnis kommen. Statt den unterschiedlichen Ländern die Ressourcen zur Verfügung zu stellen, dass die ihre eigene Gesundheitspolitik fahren können – souverän, selbstbestimmt – gehen die da rein und entscheiden, wie es läuft. Und wenn es nicht so läuft, wie sie das wollen, dann läuft es halt nicht, Pech gehabt. Das ist weiße Vorherrschaft in Reinform. Das kann nicht sein. Die haben keine Autorität, die haben kein demokratisches Mandat, die haben leider auch keine Rechenschaftspflicht und keine Auskunftspflicht. Das heißt,

die können wirklich machen, was sie wollen, und sich einbilden, weil sie es gut meinen, ist es automatisch gut gemacht. Und das stimmt halt einfach nicht.

Wir brauchen andere Strukturen. Wenn Leute wie Bill und Melinda Gates den Staat durch private Finanzgestaltung nicht permanent um Steuereinnahmen in horrenden Summen betrügen würden, hätten Regierungen nicht das Problem, dass sie kein Geld dafür haben, Probleme zu lösen. Echte Philanthropie muss immer an der eigenen Abschaffung arbeiten. Es kann ja wohl nicht sein, dass Philanthropie ein Interesse daran hat, den Mangel zu erhalten, um ihn dann zu verwalten. Das, finde ich, ist ein sehr fragwürdiges Menschenbild.

Wenn man ein bisschen zu Ihnen recherchiert, Frau Engelhorn, stößt man auf Bündnisse wie *Millionaires for Humanity*, *Patriotic Millionaires*, *Ressource Generation*. *taxmenow* ist laut der Eigenbeschreibung auf Ihrer Website auch eine „Initiative von Vermögenden“. Warum gehen Reiche nicht einfach zum Ortsgruppentreffen ihrer lokalen Linken und engagieren sich dort? Traut man sich selbst, wenn man das eigene Vermögen kritisch sieht, doch nicht so recht unter ganz normale Leute?

Es gibt Vermögende, die sich durchaus auch in linke Ortsgruppen setzen. Was uns bei *taxmenow* auszeichnet – nicht im Sinne von „toll“, sondern als Alleinstellungsmerkmal – ist, dass Vermögende ganz anders Gehör bekommen bei der Steuerdebatte. Wir konzentrieren uns auch nur auf die Steuer- und Verteilungsdebatte und versuchen unsere Expertise, die eine reine Erfahrungsexpertise ist, einfließen zu lassen. Wir verweisen immer darauf: Nur weil wir vermögend sind, sind wir keine

Steuerrechtsexpert*innen. Die sind zum Beispiel beim Netzwerk Steuergerechtigkeit zu finden. Bevor ich jetzt anfangen, unterm Radar in einer linken Ortsgruppe mitzumischen, schaue ich, wie kann ich diese strukturelle Macht, die ich durch ein Vermögen mitbringe, zur Verfügung stellen und transparent machen.

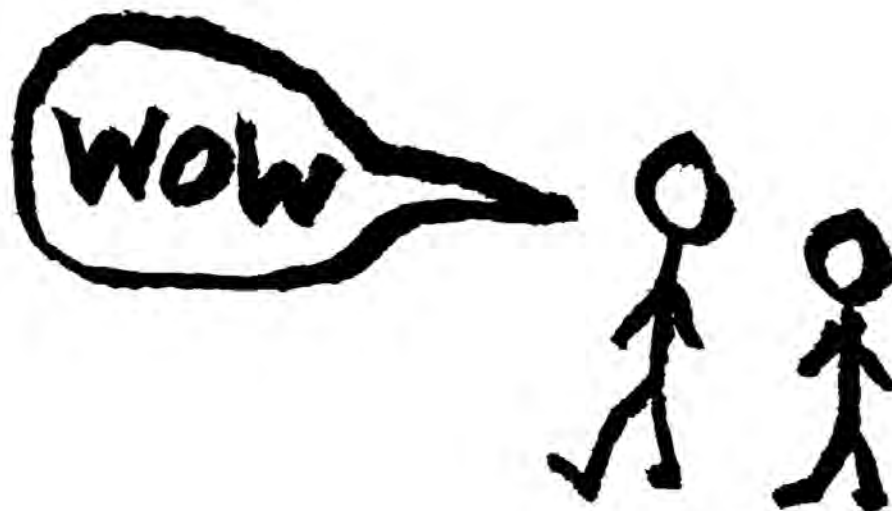
Sie setzen sich ja für eine Vermögenssteuer von einem Prozent ein, für eine Erbschaftssteuer ...

taxmenow hat sich auf kein Steuermodell festgelegt. Denn das muss Gegenstand der demokratischen Entscheidung sein. Es kann nicht sein, dass die Reichen herkommen und sagen: Übrigens das ist unser Lieblingsbesteuerungsmodell. Wir fragen auch Arbeitnehmer*innen nicht: Wie hätten Sie denn gern die Einkommenssteuer? Wichtig ist: Wir sind keine Expert*innen, wir können gar nicht wissen, welches Modell das Beste ist. Aber uns ist auf jeden Fall klar, es braucht eine grundsätzliche demokratische Debatte zu den Themen: Wiedereinführung der Vermögenssteuer in Deutschland, Abschaffung der absurden

Ausnahmen bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer. In Österreich geht's um die Wiedereinführung der Erbschafts- und Schenkungssteuer. Ich beneide die Deutschen um ihre löchrige Erbschaftssteuer, die haben wenigstens eine. Auch über progressive Kapitalertragsbesteuerung muss man reden. Es kann nicht sein, dass man Arbeit progressiv besteuert, aber Kapitalerträge nicht.

Modelle gibt es mehr als genug – das, was sie leider alle gemeinsam haben, ist, dass sie die Ungleichheit nicht einmal einfrieren, sondern sie bestenfalls abbremsten. Bei einer Vermögenssteuer von einem Prozent für Millionär*innen zum Beispiel zeigt sich, das ist erstens lächerlich wenig und zweitens unwirksam. Sagen wir: Ich mache konservativ fünf, bei Hochvermögen gerne auch mal zehn Prozent Rendite im Jahr. Dann würde ich ein Prozent aus der Rendite als Vermögenssteuer zahlen und werde trotzdem jedes Jahr reicher werden. Nur halt ein Prozent weniger schnell.

Was halten Sie vom Konzept wie einem Existenzmaximum, dass man sagt, mehr darf niemand haben?



Ich finde, das ist eine unglaublich wichtige Debatte, die wir führen müssen. Wir haben eine Armutsgrenze, die gibt es in jedem Land. Es gibt auch eine internationale Armutsschwelle und es war lange Arbeit, die zu errechnen. Man kann darüber streiten, ob die gut ist oder nicht, aber es gibt sie und man orientiert sich daran. Das gleiche braucht es beim Überreichtum: Hier endet der Wohlstand, hier beginnt der Überreichtum. Hier kippt etwas. Ich würde sagen: Da, wo man merkt, dass Vermögen politischen Einfluss mit sich bringt.

Würden Sie uns noch das Konzept des Verantwortungseigentums erklären, für das Sie auch werben?

Ich bin keine Expertin für Verantwortungseigentums. Ich kann Ihnen sagen, was ich weiß, aber möchte Sie gleichzeitig an Expert*innen verweisen. Es

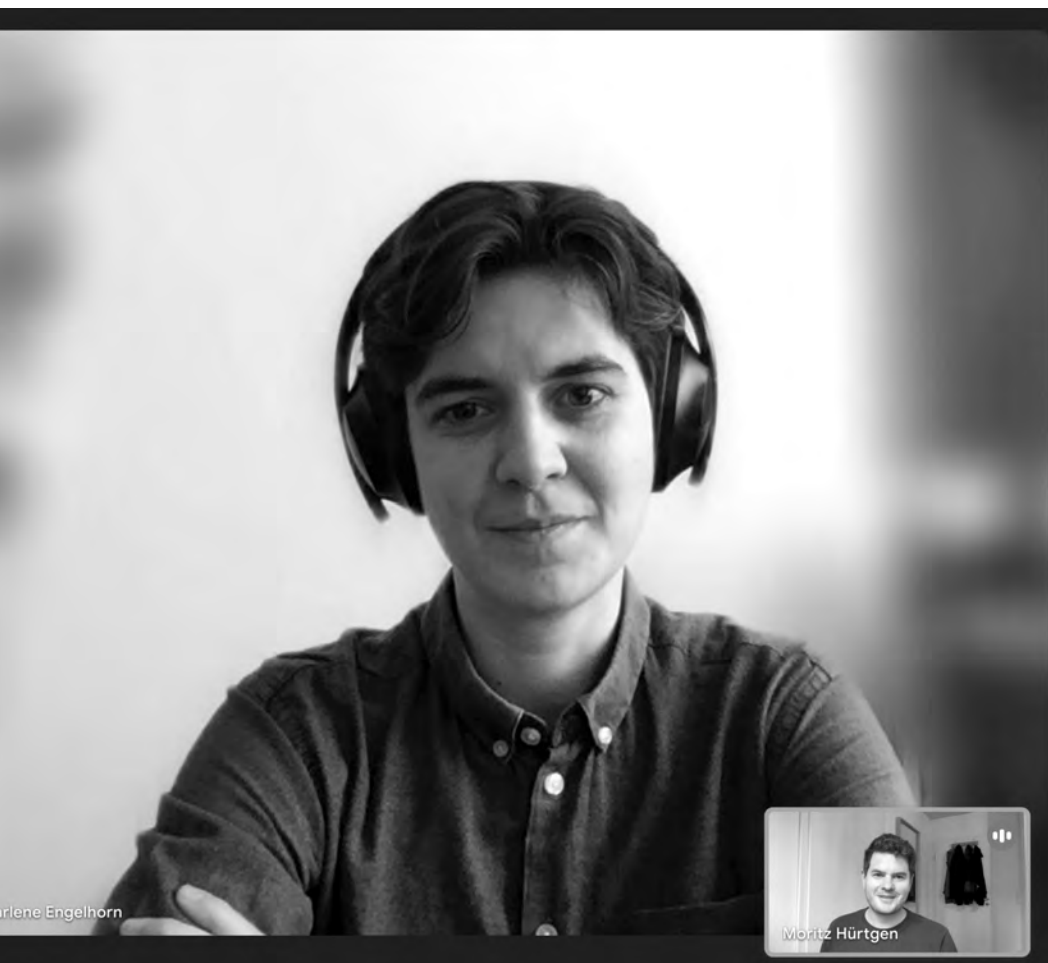
bedeutet, dass ein Unternehmen quasi sich selbst gehört. Man kann es nicht einfach verschern, um privat einen Reibach zu machen. Man kann es auch nicht vererben. Das Unternehmen gehört sich selbst, ist seinem Zweck gewidmet und verpflichtet. Diese Idee ist interessant, weil dann anders geschaut wird, wie kann man dieses Unternehmen gut gestalten, wenn es sich selbst gehört und das, was es erwirtschaftet, in sich selbst investiert. Da hängt natürlich ein Rattenschwanz von anderen Fragen dran, das will ich gar nicht leugnen. Aber ich finde es einfach spannend, sich mit anderen Eigentumsformen zu beschäftigen. Was können die? Was können die vielleicht auch nicht?

Unser Magazin beschäftigt sich vor allem mit Fragen im Zusammenhang mit Flucht und Migration. Wir erleben zurzeit

krasse Abschottungsbemühungen der EU und insbesondere die Flucht aus wirtschaftlichen Gründen ist enorm in Verruf. Die schlimmste Motivation, die jemand haben kann, der zu uns kommt, ist, seine wirtschaftliche Lage verbessern zu wollen. Europa weist ja sogar immer mehr Menschen ab, die vor Tod und Verfolgung fliehen. Brauchen wir letztlich eine Vermögensabgabe beziehungsweise Umverteilung im globalen Maßstab? Was macht es im Großen und Ganzen aus, wenn es in Deutschland oder in der EU intern ein bisschen fairer zugeht, solange es diese großen Unterschiede gibt?

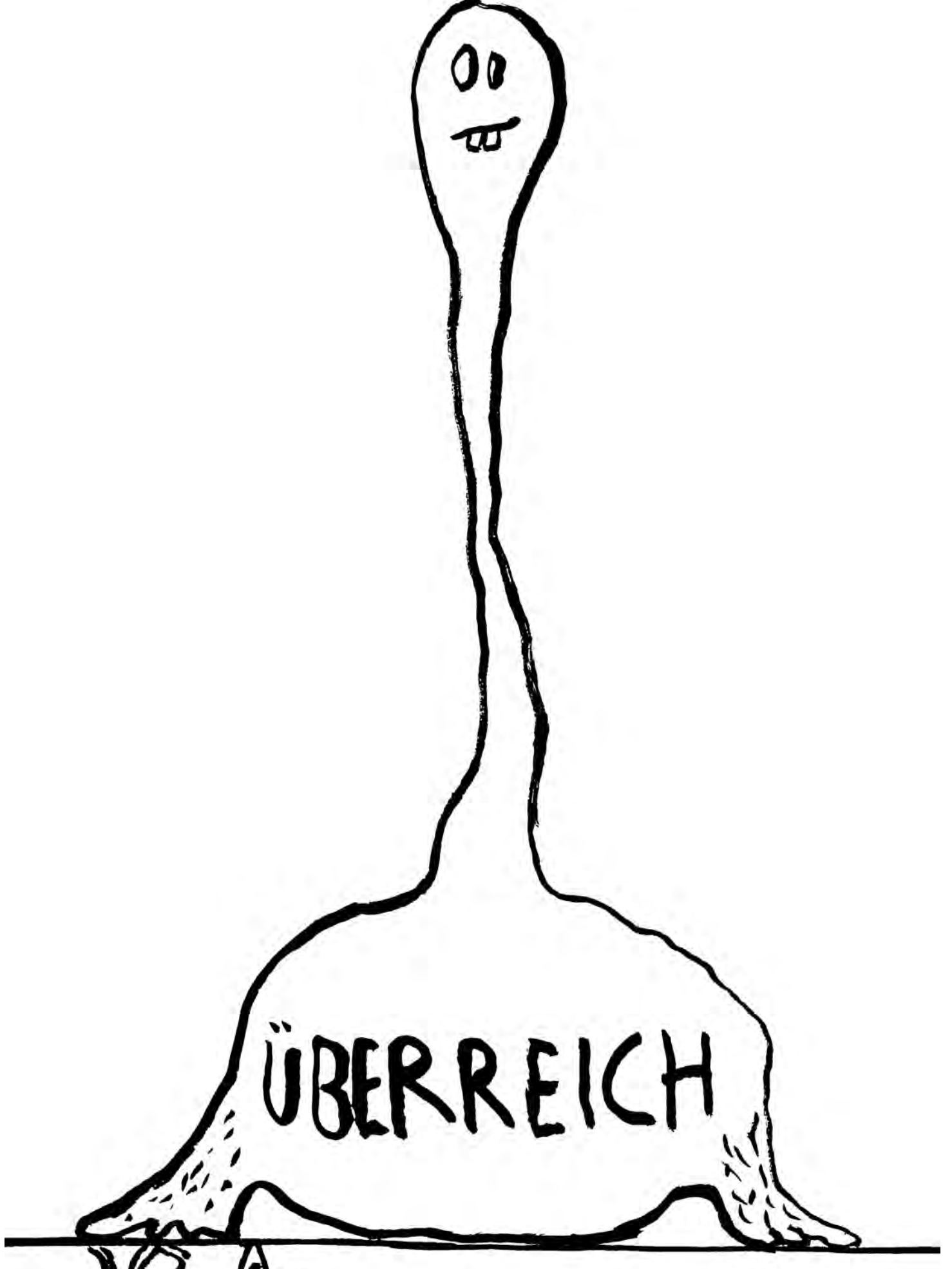
Ich kann mich nicht zum Thema Migrationspolitik äußern, da kenne ich mich einfach nicht aus. Zur Frage internationaler Steuerabkommen kann ich eine Kleinigkeit sagen, nämlich Steuern sind in aller Regel auf nationaler Ebene an Gesetze gebunden. Das beste Beispiel ist diese 15-prozentige Konzernsteuer weltweit. Wenn die auf nationaler Ebene keine Umsetzung findet, dann gibt es sie nicht. Alle müssen sich einig sein: Wir machen das alle in unserem Land jeweils. Es gibt keine Weltregierung, die es einfach umsetzen kann.

Ich glaube, man muss ziemlich deppert sein, wenn man nicht versteht, dass wir teilen müssen auf dieser Welt. Niemand kann behaupten, uns darf es aus Prinzip besser gehen als allen anderen. Wie man das hinkriegt auf den unterschiedlichen nationalen Ebenen und so, dass es international verflochten ist, sodass diese Entscheidungen miteinander in Absprache sind, weil wir nun mal globalisiert sind – das ist eine großartige und wahnsinnig schwierige Frage. Die darf uns aber nicht davon abhalten, dass wir vor der eigenen Tür kehren, unsere



erlene Engelhorn

Moritz Hürtgen



Ungleichheit in den Griff kriegen.
 Noch eine Kleinigkeit wegen der
 Wirtschaftsflüchtlinge: Steuer-
 flüchtlinge werden nicht
 ansatzweise auf die gleiche Art und
 Weise behandelt, nicht wahr? Es
 wird mit zweierlei Maß gemessen.
 Und es wird in der Regel anhand
 der Vermögenssituation einer
 Person gemessen, ob man sie für
 gut oder schlecht hält, sprich: für
 willkommen oder nicht.

Zum Schluss noch eine
 Klassikerfrage: Wieviel kostet
 aktuell ein Liter Milch?

Ich trinke keine Milch, deswegen
 weiß ich das nicht. Aber ich
 glaube, Hafermilch dümpelt so um
 1,30 oder 2 Euro rum. Ich weiß es
 nicht genau, und das ist ganz
 wichtig: Reiche Menschen wie ich
 müssen auf die Preise nicht
 gucken, deswegen kann ich mir
 buchstäblich leisten, das nicht zu
 wissen und einzukaufen, wie ich
 lustig bin.☺

Vielen Dank!

*Das Gespräch führte
 Moritz Hürtgen*

Malta Malta
 VLT Valetta
 Malta

R e c h n u n g k o s t e n

für die maltesische Einbürgerung

Rechnungsnummer 1800

31.12.2024

Antrag	€ 10 000.00
Anleihen	€ 150 000.00
Kauf Immobilie	€ 350 000.00
Prüfungsgebühr	€ 650 000.00

Rechnungsbetrag	€ 1 150 000.00

MWST NETTO STEUER BRUTTO

Vielen Dank für Ihren Einkauf und ein
 herzliches Willkommen als neuer
 maltesischer Staatsbürger

Staatsbürgerschaft
 ohne Garantie und Gewähr



Remesas, Remittances, Remissen, Rücküberweisungen

Eine Quelle der Hoffnung und Sicherheit?



Nach Angaben der Weltbank sind private Rücküberweisungen von Migrant*innen seit 2015 die größte Quelle externer Finanzströme in Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen (LMICs). Remesas gelten als erheblicher Beitrag zur Ernährungssicherheit und eine wichtige Quelle für Resilienz in Zeiten steigender Preise und hoher Inflation. Von Andrea Lammers

Am von Palmen gesäumten Strand der afroindigenen Garífuna-Gemeinde San Juan in Honduras ist es ruhig an diesem Morgen. Drei oder vier Kanus rotten im Sand vor sich hin, ein paar magere Hunde schnüffeln am Seegras, Pelikane kreisen über den gemächlich anrollenden Karibikwellen. Am Horizont ist nur ein Fischerboot zu sehen. „Die Fischerei lohnt sich nicht mehr“, sagt Don Wilfredo, ein graugelockter Mittsechziger: „Es ist mühsam und gefährlich aufs offene Meer rauszufahren – und dann bringt man kaum einen Fang nachhause. Da verlieren die Jungen natürlich das Interesse und gehen weg. Früher konnten wir auch noch in der Lagune fischen, aber da holzen die Reichen und Mächtigen aus der Stadt jetzt die Mangroven ab und schütten Kies für ihre Ferienhäuser auf.“ „Wovon leben denn dann die Einheimischen hier?“ fragen wir, eine kleine Delegation von Journalist*innen aus Deutschland. „Fast alle, die noch da sind“, antwortet Don Wilfredo, „leben davon, was ihre Verwandten ihnen aus den USA schicken. Von den remesas. Damit kaufen sie Essen im Supermarkt und wir verlieren unsere traditionelle Ernährung und unsere Kultur.“

Die interamerikanische Entwicklungsbank (BID) hat eine ganz andere Sicht auf die privaten Geldtransfers von Migrant*innen (remesas, remittances oder Remissen) und wird, sonst eher unüblich für Finanzinstitutionen, dabei fast ein bisschen pathetisch: „Geldüberweisungen sind viel mehr als nur ein Transfer von Geld von einem Land in ein anderes. Sie sind ein emotionales und finanzielles Bindeglied, das die migrantischen Arbeiter*innen mit ihrer Heimat und ihren Familien in den Herkunftsländern verbindet. Für die Empfängerfamilien sind Geldüberweisungen eine Quelle der Hoffnung und Sicherheit und haben einen erheblichen Einfluss auf ihre Lebensqualität.“

Und die Bank hat in der Tat Zahlen, Statistiken und die tägliche Erfahrung von Millionen Menschen auf ihrer Seite: Ihre jüngste Studie für die zentralamerikanischen Länder El Salvador, Guatemala und Honduras sowie Mexiko und die Dominikanische Republik zeigt, dass die privaten Überweisungen die Armut in diesen Ländern um zwei Prozentpunkte reduzieren, den Gini-

Index, der Ungleichheit misst, um ein Prozent. 2,2 Millionen Menschen wurden im Zeitraum 2017-2019 durch die Geldsendungen ihrer emigrierten Familienmitglieder vor Armut bewahrt, so die BID. Besonders auffällig ist der Effekt für das kleine Land El Salvador, wo die Reduktion von Armut sogar 6 Prozent betrug. Dabei profitierten offenbar in allen fünf Ländern die ärmeren Familien am stärksten. In den zentralamerikanischen Staaten bestritten die Empfänger*innen durchschnittlich 88 Prozent ihrer Lebensmitteleinkäufe aus remesas, 45 Prozent ihrer Ausgaben für Gesundheit, 38 Prozent ihres Budgets für Dienstleistungen (wie etwa Strom, Wasser, Internet) und 9 Prozent ihrer Ausgaben für Bildung.

Private Geldsendungen stellen einen wichtigen sozialen Schutzfaktor dar

Was für Don Wilfredo in Honduras und viele indigene Aktivist*innen weltweit ein Anlass zur Sorge ist und zu Beginn der 2000er Jahre auch in akademischen Kreisen noch als problematisch, da nicht strukturverändernd, kritisiert wurde, scheint heute auf dem internationalen Parkett fast unumstritten als ein erheblicher Beitrag zur Ernährungssicherheit und eine wichtige Quelle für Resilienz in Zeiten steigender Preise und hoher Inflation zu gelten. Während der COVID-Pandemie zeigte sich besonders deutlich, dass die privaten Geldsendungen generell stabil bleiben und in Krisenzeiten sogar anwachsen. Laut BID stellen sie einen wichtigen sozialen Schutzfaktor dar, der viel stärker wirkt als die Sozialsysteme der betreffenden Länder und hilft, Risiken wie Arbeitsplatzverlust oder die Folgen von Klimakrise und Umweltkatastrophen abzufedern.

Auch der internationale Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung der Vereinten Nationen (IFAD) betont die positiven Seiten der Geldtransfers. So heißt es in einer Mitteilung zum 16. Juni, dem Internationalen Tag der familiären Geldtransfers, aus dem Jahr 2023: In den

letzten 20 Jahren habe sich der Wert der Rücküberweisungen verfünffacht. „Es ist beachtenswert, dass eine Milliarde Menschen – jeder siebte Mensch auf der Welt – an den Überweisungen beteiligt ist, als Sendende (200 Millionen migrantische Arbeiter*innen) oder Empfangende (durchschnittlich jeweils eine vierköpfige Familie). Jeder neunte Mensch auf der Welt (insgesamt etwa 800 Millionen) profitiert von diesen Geldströmen.“ Mehr als 70 Länder weltweit, so der IFAD, sind mit über 4 Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes von Rücküberweisungen abhängig. Migrantische Arbeitnehmer*innen schicken durchschnittlich alle ein bis zwei Monate 200 bis 300 US-Dollar in ihr Herkunftsland. Das seien nur 15 Prozent ihres Einkommens, denn der Rest verbleibe in den Aufnahmeländern. Die überwiesenen Beträge könnten jedoch bis zu 60 Prozent des gesamten Haushaltseinkommens ausmachen und sicherten den Lebensunterhalt von Millionen von Familien.“

Die Bedeutung von remesas wird in den nächsten Jahren weiter wachsen

Nach Angaben der Weltbank sind private Rücküberweisungen von Migrant*innen seit 2015 die größte Quelle externer Finanzströme in Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen (LMICs) mit Ausnahme von China. Sie sind etwa dreimal so hoch wie die staatliche Entwicklungshilfe und übersteigen auch die ausländischen Direktinvestitionen erheblich. Für das Jahr 2023 werden Rücksendungen in LMICs auf 669 Milliarden US-Dollar (von 860 Milliarden US-Dollar insgesamt) geschätzt. 2023 waren die fünf wichtigsten Empfängerländer für Rücküberweisungen unter den LMICs Indien (125 Milliarden US-Dollar), Mexiko (67 Milliarden), China (50 Milliarden), die Philippinen (40 Milliarden) und Ägypten (24 Milliarden).

Zu den Volkswirtschaften, in denen die Rücküberweisungen einen enormen Anteil des Bruttoinlandsproduktes (BIP) ausmachen, gehören Tadschikistan (48 Prozent des BIP), Tonga (41 Prozent), Samoa (32 Prozent), Libanon (28 Prozent) und Nicaragua (27 Prozent). Die weiteren zentralamerikanischen Staaten folgen mit Anteilen jeweils um die 25 Prozent.

Aus den USA werden weitaus am meisten familiäre Geldtransfers getätigt, gefolgt von den Golfstaaten (vor allem Saudi Arabien und den Arabischen Emiraten) sowie Russland, von wo aus viele remittances nach Zentralasien fließen.

„Während der Krisen haben die Migrant*innen die Risiken gemeistert und ihre Widerstandsfähigkeit

bewiesen, um ihren Familien in der Heimat zu helfen. Die hohe Inflation und das gedämpfte globale Wachstum beeinträchtigen jedoch den Geldbetrag, den sie zurückschicken können“, konstatiert Iffath Sharif, Direktorin der Weltbank für sozialen Schutz und Arbeitsfragen zum Jahresende 2023: „Die Arbeitsmärkte und die Sozialpolitik der Aufnahmeländer müssen die Migrant*innen einbeziehen, deren Rücküberweisungen eine wichtige Lebensader für die Entwicklungsländer sind. Was hier angedeutet wird, kann im Klartext auch so weitergelesen werden: Im globalen Kapitalismus ist der Export billiger und leicht auszubeutender, wenig geschützter Arbeitskraft zu einem Schlüsselement geworden. Er fördert die Konzentration von Kapital und lässt die Ungleichheiten zwischen Staaten wachsen, ermöglicht jedoch auch ganzen Staaten zu überleben, indem ihre verarmte Bevölkerung ihre Grundbedürfnisse aus privaten Rücksendungen ihrer Familienmitglieder

Die Gebühren sind meist umso höher, je kleiner die transferierte Summe ist

befriedigt. Die Staaten, in die viele remesas fließen, profitieren zusätzlich auch davon, dass die ausländischen Devisen ihre Haushaltsdefizite verringern, Zahlungsbilanzen verbessern und weder verzinzt, noch zurückgezahlt werden müssen. Den Preis für dieses Modell entrichten die Migrant*innen auf den immer teurer und gefährlicher werdenden Migrationsrouten. Oftmals bezahlen sie mit ihrer Gesundheit oder sogar dem Leben.

Ein rundum gutes Geschäft sind zumindest die offiziellen privaten Geldtransfers hingegen für Banken und wenige spezialisierte Unternehmen, die eine Art Kartell bilden und hohe Gebühren kassieren. Die Globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG 10) fordern eine Senkung dieser Überweisungsgebühren auf 3 Prozent der transferierten Summe bis zum Jahr 2030. Davon ist man derzeit noch weit entfernt. 2023 betragen die Transferkosten für 200 US-Dollar noch durchschnittlich 6 Prozent. Die Gebühren sind meist umso höher, je kleiner die transferierte Summe ist. Mit

einer wirklich nachhaltigen Entwicklung, die von den Gemeinden, ihren autonomen Entscheidungen, Territorien und Strukturen ausgehen müsste, hat dieses SDG, das ganz dem neoliberalen Konzept folgt, aber ohnehin nicht viel zu tun.

Die Bedeutung der remesas wird auch in den nächsten Jahren weiterwachsen, wobei ein neuer Trend sichtbar wird: Die Abschottungspolitik der USA und Europas und strengere Grenzkontrollen führen dazu, dass immer mehr Migrant*innen in früheren Transitländern wie Mexiko oder Guatemala beziehungsweise Marokko, Tunesien und der Türkei festsitzen. Auch sie bekommen zunehmend Geldsendungen von ihren Verwandten, die „es geschafft“ haben. Weltbankexperte Ratha meint dazu: „Diese Geldströme wirken sich positiv auf die Wirtschaft der Aufnahmeländer aus.“©



Andrea Lammers
ist Journalistin und
arbeitet im
Ökumenischen
Büro für Frieden
und Gerechtigkeit
e.V. in München





6 Menschen, 3 Städte und 5 Töpfe
Wie Gemeinsame Ökonomie funktionieren kann



Die Gemeinsame Ökonomie ist eine politische Entscheidung

Emma lebt in Wien und Felix in München, sie sind beide Mitglieder einer Gemeinsamen Ökonomie, kurz Gemök. Warum sie sich aus insgesamt drei Städten und zwei Ländern dazu entschieden haben, eine Gemök zu gründen und wie das funktioniert, erzählen sie im Gespräch.

Was ist eine Gemök? Erzählt doch mal ein bisschen von euch - wer seid ihr, wie viele seid ihr und wie habt ihr euch gefunden?

Emma: Gemök ist ein Begriff, den ich aus Österreich kenne. Das bedeutet, dass wir unser gesamtes Geld zusammenlegen und gemeinsam wirtschaften, mit dem, was wir einnehmen, aber auch – und ich glaube, das machen nicht alle Gemöks – unsere Vermögen zusammenlegen und gemeinsam eine Altersvorsorge planen. Es gibt uns noch nicht so lange. Wir haben den Prozess vor einem Jahr oder eineinhalb Jahren gestartet. Das gemeinsame Bankkonto gibt es erst seit Februar dieses Jahres. Das ist das Konto, auf dem wir jetzt alle unser Alltagsgeld haben und davon unser Leben finanzieren.

Felix: Wir sind sechs Leute, jeweils zwei Personen in einer Stadt: in München, Berlin und Wien. Das heißt auch, in zwei Ländern. Ich glaube wir sind, was man so linke Durchschnitts-Mittdreißigjährige nennen könnte. Wir arbeiten alle in okay bezahlten Jobs im sozialen oder wissenschaftlichen Bereich. Wir verorten uns alle in der linken Szene und uns verbindet eine langjährige Freund*innenschaft, wir haben beispielsweise schon gemeinsame Urlaube gemacht.

Wie lief der Prozess ab? Wie habt ihr euch vorbereitet, was musstet ihr klären? Wie kommt es dazu, dass man sagt: Wir legen alles zusammen und geben alles zusammen aus?

Felix: Ein Startpunkt war ein Podcast, den ich darüber gehört habe. Wir haben dann angefangen, uns gegenseitig Sachen dazu zu schicken. Ich glaube, wir waren zu dritt in Berlin, als wir das erste Mal ganz konkret darüber gesprochen haben, wie so etwas aussehen könnte. Vor allem auch, was es bei uns für Bedürfnisse gibt. Dann haben wir sehr schnell unsere Fühler nach Wien ausgestreckt und aus Wien kam dann die Idee und dieses Konzept von Gemök. Schließlich haben wir noch eine sechste Person in Berlin dazu geholt, die wir auch alle kennen.

Dann haben wir einen Prozess gestartet, uns immer wieder mal zu treffen, der natürlich durch die Distanz und durch die Tatsache, dass unser Leben ja nicht nur darin besteht, über die Gemök nachzudenken, auch durchaus mal kurz vor dem Einschlafen war.

Aus den Treffen sind wir aber immer wieder sehr beschwingt rausgekommen. Das war ein wichtiger Fortschritt, zu merken, alle wollen da dranbleiben.

Emma: Ich fand das Konzept Gemök schon sehr lange spannend und habe mit Freund*innen davor schon öfter mal darüber geredet. Dann kam diese Anfrage von unseren Freund*innen aus München und Berlin, wo für mich schnell klar war, dass es gut passt, weil die Vertrauensbasis da war.

Das war für mich sehr wichtig, dass wir uns kennen und vertrauen und dass wir ein Gefühl dafür haben, wie andere Leute mit Geld umgehen.

Die letzte Herausforderung war, eine Bank zu finden, wo wir alle gleichberechtigte Teilhaber*innen sein können. Man kann sich zu zweit einfach ein Konto teilen, aber wir mussten sehr lange suchen und sehr viele Banken anfragen, bis wir eine gefunden haben, wo wir als sechs gleichberechtigte Teilhaber*innen auf dieses Konto zugreifen können.

Ihr seid in drei verschiedenen Städten. Wie regelmäßig trefft ihr euch? Wie kommuniziert ihr bei Entscheidungen, die schnell getroffen werden müssen?

Emma: Wir haben festgelegt, dass wir uns drei Mal im Jahr in Persona treffen und sonst haben wir monatlich Online-Treffen. Wir haben Freigrenzen festgelegt: Alles, was unter 500 Euro ist, muss nicht diskutiert werden, kann einfach ausgegeben werden. Alles, was darüber ist, bespricht man entweder im Online-Plenum oder falls es mal schnell gehen soll, könnte man es auch im Chat besprechen. Wir haben auch einen Spendentopf, wo wir spenden und Freund*innen unterstützen wollen, da ist die Bagatellgrenze bei 200 Euro.





Welche Bedürfnisse hattet ihr, als ihr entschieden habt, eine Gemök zu starten?

Felix: Uns allen ging es darum, das Thema Geld aus einer Sphäre des Privaten, der Beziehung oder Kleinfamilie herauszuheben und mit mehr Menschen darüber zu sprechen. Wir glauben, dass die ökonomischen Verhältnisse nicht privat sind, sondern eine politische Frage. Zum anderen war es bei uns auch der Glaube daran, dass wir uns gegenseitig unterstützen und absichern können. Und dass wir gemeinsam darüber reden können, für welche Eventualitäten des Lebens wir Geld zur Seite legen wollen.

Weil wir als Gruppe aus einer eher privilegierten Position kommen, wollen wir auch gemeinsam darüber sprechen, wen wir unterstützen können, welche Projekte wir unterstützen wollen. Dass all diese Sachen nicht mehr als eigene Entscheidung nur bei mir liegen, sondern ich einen Raum habe, in dem ich auch über diese sehr intimen Fragen von Geld, von Vermögen, von Ängsten und Wünschen, die damit verbunden sind, mit anderen Menschen reden kann.

Ich glaube, es hat ein Stück weit auch mit einem Ankommen in der eigenen Ökonomie zu tun. Wir arbeiten alle seit ein paar Jahren, es entstehen Veränderungen in Vermögensverhältnissen, weil manche Leute anfangen zu erben und andere nicht. Vor fünf Jahren hatte ich noch eher so das Ding von, naja, ich muss gucken, dass ich meine Schulden zurückzahle.

Emma, du hast vorhin Töpfe erwähnt. Wie viele Töpfe habt ihr festgelegt, welche sind das?

Emma: Wir haben bisher fünf Töpfe: Wir haben einen Alltagsausgaben-Topf, wovon Miete, Einkäufe usw. bezahlt werden, wo am meisten Durchfluss ist. Dann haben wir einen Soli- oder Spenden-Topf, aus dem wir Freund*innen, Organisationen oder Gruppen unterstützen, zum Teil mit monatlichen Beiträgen, zum Teil aber auch mit einzelnen Spenden oder Ausleihen.

Dann haben wir einen Altersvorsorge-Topf. Darin sind Erbvermögen oder Sparvermögen. Da soll aber auch monatlich reingezahlt werden, aber wir müssen noch überlegen, wie viel und was dann mit diesem Geld eigentlich passieren soll. Das ist eine sehr große Frage, die wir noch nicht ansatzweise beantwortet haben. Wie legt man eigentlich als linkes Kollektiv an oder wie spart man? Was wäre eine nachhaltige Anlageform? Bis jetzt sind das vor allem Miethausyndikatsprojekte oder in Österreich Habitatsprojekte, die unterstützt werden, und sonst ist das nach wie vor ein großes Fragezeichen.

Dann haben wir einen Einkommensausfall-Topf, wenn jemand ein neues Gebiss braucht beispielsweise, wenn unerwartete große Kosten kommen. Wir haben auch noch einen Anschaffungs-Topf. Wenn jemand so was wie ein E-Bike kaufen will.

Wo steht ihr gerade mit eurem Kollektiv?

Felix: Wir haben jetzt dieses Konto und ich finde, es läuft auf eine angenehme Art und Weise unspektakulär bisher. Dieser große Wow-Effekt, der ist eher schon vorher passiert. Die praktische Umsetzung hat sich bisher für mich so angefühlt: Naja, ich habe halt jetzt eine andere Bank-Karte, mit der ich

bezahle. Man muss allerdings dazu sagen, dass wir wirklich erst ganz am Anfang stehen.

Die Idee ist, sich erst einmal anzugucken, wie das läuft, und dann, wie Emma meinte, Konzepte zu entwickeln: Was machen wir mit dem Geld, das wir sparen wollen? Die Treffen sind einerseits dafür da, um über diese Sachen zu reden und andererseits hat es den schönen Nebeneffekt – das ist auch einer der Gründe, warum wir die Gemök gegründet haben –, dass wir uns sehen und dass wir auch Teil unserer Leben sind. Wir können jetzt schon sagen, dass wir mehr voneinander mitkriegen als sonst. Ich weiß jetzt, wie viel Caro in ihrem neuen Job verdient. Das hätte ich sie sonst vielleicht nicht gefragt. Das stellt auch eine andere Art von Nähe her.

Über Geld zu reden ist, ein Tabu zu brechen. Wir reden im Alltag kaum darüber, wer was verdient und wer wie viel Geld wofür ausgibt. Wie war es denn für euch, alles offenzulegen, unterschiedliche Einkommen, Ersparnes oder auch Erbe? Gab es große Unterschiede und wenn ja, wie seid ihr damit umgegangen?

Emma: Wir haben vor dem Gründungsprozess entschieden, dass jeder aufschreibt, was er an Geld hat und verdient und was ungefähr die monatlichen Ausgaben sind. Ich kann mich noch daran erinnern, dass es für mich ein großer Moment war, auch die anderen aus der Gruppe haben das so rückgemeldet. Wir waren sehr nervös, als wir das dann abgeschickt haben. Man fühlt sich ein bisschen nackt vor den anderen, wenn man alles offenlegt, worüber man eigentlich nicht spricht. Bei mir ist es so, dass ich schon sehr viel Geld geerbt habe und dass das für mich auch eine

Motivation war, in die Gemök einzusteigen. Ich will nicht allein für dieses Geld verantwortlich sein, ich will das in einem Kollektiv besprechen können und eine Form von Umverteilung finden können.

Es war für mich vorher auch ein schambehaftetes Tabu-Thema und durch die Gemök ist es für mich viel leichter geworden, darüber zu sprechen. Wir sind alle relativ

und Ausgaben auseinanderzusetzen. Ich hatte es mir davor ein bisschen gemütlich gemacht: Naja, irgendwie funktioniert es schon immer und wenn halt am Ende nicht mehr so viel Geld da ist, dann gebe ich weniger aus. Jetzt finde ich es aber auch gut, dass durch die Gemök nicht so eine neoliberale Ich-muss-meine-Ausgaben-optimieren-Logik abläuft, sondern ich mit anderen Leuten Fragen

bespreche wie:
Was ist wichtig?
Was ist ein angemessener Lifestyle, der politisch und moralisch okay ist? Was wollen wir uns gönnen und was braucht es vielleicht auch nicht? Und auch so ganz praktische Sachen:

Macht es Sinn, eine Zahnzusatzversicherung zu haben?

Und? Habt ihr eine?

Felix: Wir arbeiten daran (lacht). Es gibt den Beschluss, dass wir alle eine haben. Ich hänge da noch hinterher mit der Umsetzung.

es sehr unterschiedlich, da gibt es zwei oder drei Personen, die es ihren Eltern erzählt haben und coole Rückmeldungen gekriegt haben und alle anderen haben beschlossen, dass sie es ihren Eltern nicht erzählen.

Felix: Ich habe es auch mal Leuten erzählt, mit denen ich nicht so close bin. Da merkt man schon, dass es alle interessiert, aber es passt überhaupt nicht zu dem, wie Leute normal leben und über ihre Finanzen nachdenken. Und ich glaube, sehr viele Leute sehen Gefahren oder potenzielle Probleme. Kann ja auch sein, dass es die geben wird. Wir gehen da nicht naiv ran, es ist uns klar, dass es ein ganz schöner Prozess ist, der sehr viel Gesprächsbedarf erzeugt und Arbeit bedeutet. Und es ist auch ein Experiment, glaube ich. Alles andere wäre vermessen.

Emma: Wir haben uns auch eine Probezeit gesetzt für ein Jahr, gerechnet ab dem Zeitpunkt, ab dem wir das Geld zusammengelegt haben.

Da muss es auf jeden Fall ein Follow-Up-Gespräch geben!

Emma: Es gab einen Fall, von dem ich gehört habe, wo sich die Gemök aufgelöst hat, aber ansonsten haben alle, die Teil von einer Gemök sind, es als total schön beschrieben und meinten auch, irgendwann haben sie gar nicht mehr über Geld geredet, sondern den Raum genutzt, um ein bisschen mehr Teil von dem Leben der anderen sein zu können. Ich habe die Hoffnung, dass es bei uns auch darauf hinausläuft.

Ihr lebt in teilweise teuren Städten, wie habt ihr den Ausgangspunkt eurer Lebenslagen in die Gemök mit einberechnet? Habt ihr gewisse Pauschalen festgelegt, vielleicht



privilegierte, weiße Mittelstandspersonen und trotzdem tut sich auch da schon der Unterschied auf, wenn dieses Erbe mit reinkommt, von Leuten, die nichts erben werden bis zu Leuten, die sehr viel erben werden.

Felix: Für mich war es auch eine Überwindung, mich überhaupt so intensiv mit meinen Einnahmen

Wie reagiert euer Umfeld, wissen eure Eltern von eurer Gemök? Welche Reaktionen habt ihr bisher bekommen?

Emma: Wir haben alle mit unseren Freund*innen darüber gesprochen. Und ich hatte bisher immer sehr positive und interessierte Rückmeldungen. Was Familien angeht, ist

auch für Partner*innen und/ oder Kinder, wie kann man sich das vorstellen?

Felix: Wir haben am Anfang ein Gedankenexperiment gemacht, da sind wir darauf gekommen, dass wir uns alle unser momentanes Leben in irgendeiner Form leisten können. Das heißt, zu sechst zusammengesprochen, werden wir es umso mehr tun können. In dem Rahmen, wo sich unsere Leben verändern, müssen wir natürlich gucken, aber das würde jede einzelne Person auch tun müssen und wir haben sogar eher Bewegungsspielräume. Wenn bei einer Person gerade mal nicht so viel Geld reinkommt, können das fünf andere Personen auffangen.

Emma: Wir können uns unterstützen, wenn was zusätzlich gebraucht werden würde, dieser positive Aspekt ist in den Vordergrund gerückt.

Wie ist es mit Luxus, Gönnungen, Urlaub? Wie geht ihr damit um?

Emma: Darüber haben wir schon diskutiert. Wir wollen uns ermöglichen, ein gutes Leben zu haben. Dass man auf jeden Fall Urlaub machen und sich mal was leisten kann. Das grundsätzliche Vertrauen, dass es im Rahmen bleibt, ist da. Dafür hat es vielleicht auch diese Freund*innenschaft als Basis gebraucht.

Felix: Es wird sich niemand einen Sportwagen kaufen. Das hätten wir auch sonst nicht gemacht, auch ohne Gemök nicht. Ich habe gar nicht das Gefühl, dass wir uns irgendwie gegenseitig einengen. Wir gönnen uns schon ganz gut, glaube ich.

Wie macht ihr das, wenn ihr euch etwas kauft, was für die anderen einsehbar ist, es euch aber unangenehm sein könnte?

Felix: Am Anfang, im ersten Monat, habe ich das Wellness-Hotel noch von meiner alten Karte bezahlt, bevor ich mein Geld überwiesen habe. Ich habe es den anderen dann erzählt. Aber per se passt es voll, dass wir alle Ausgaben sehen können. Und sonst – das ist ja ein Thema der Rechten eigentlich – die Anonymität des Bargelds gibt es ja auch noch (lacht).

Emma: Als wir die Karte ganz neu hatten, war ich bei der Raststätte bei McDonald's und dachte auch: Okay, das wissen jetzt alle (alle lachen).

Ihr denkt über Altersvorsorge nach und wohnt in unterschiedlichen Städten. Gibt es einen Plan, Haushalte zusammen zu legen und irgendwann zusammen zu leben?

Felix: Ich kann mir das prinzipiell vorstellen, das konnte ich aber vorher schon. Wenn wir alle an einem Ort leben würden, wäre es sehr naheliegend. Was ich aber an unserer Gemök mag, ist, dass es ohne gemeinsamen Haushalt funktioniert.

Emma: Es wird immer wieder im Scherz gesagt: „Wenn wir alle in Rente sind, dann kaufen wir uns ein Haus in Norditalien und ziehen da alle hin.“

Gibt es noch etwas, was ich vergessen habe, euch aber wichtig ist?

Felix: Was eine große und auch nicht ganz abschließend geklärte



Frage ist, sind Ausstiegsszenarien. Ich glaube, es ist gut und wichtig, über dieses Haus in Italien in der Rente zu reden. So ein Projekt braucht man, träumerischen Stoff. Aber eine realistische Option kann natürlich auch sein, dass eine Person irgendwann sagt, ich habe keinen Bock mehr drauf oder einen ganz anderen Fokus im Leben. Dann muss man einen Weg finden, wie es für alle cool ist.

Emma: Wir wollen vertraglich etwas aufsetzen. Haben wir noch nicht, aber wir haben über diverse Ausstiegsszenarien gesprochen, wie das dann ablaufen könnte. Wie auch Schlichtungsverfahren sein könnten, wenn es zu Streit kommen sollte.

Habt ihr bisher etwas verschriftlicht zur Gemök?

Emma: Es gibt ein Mission-Statement, wo wir unseren Grundsatz festhalten. Wir haben uns vorgenommen, einmal im Jahr gemeinsam zu schauen, ob wir alle noch so dahinterstehen. Und dann gibt es noch eine Geschäftsordnung, die regelt, wie es mit den unterschiedlichen Töpfen ist. Und

wo eigentlich auch die Ausstiegsszenarien rein sollten, irgendwann.

Das klingt auf jeden Fall sehr professionell und durchdacht.

Felix: Wir hatten auch Vorbilder: Es gab diese Gemöks aus Österreich, die Radio-Interviews gemacht haben, es gibt eine Finanzkooperative in Norddeutschland, die ein Buch geschrieben hat, die es lange schon gibt, ich glaube über zehn Jahre. Da haben wir uns vieles abgeschaut.

Hättet ihr den Wunsch, dass mehr über Gemöks gesprochen wird und mehr Menschen Teil von ihnen werden?

Emma: Wir haben unsere Inspiration, das zu starten, über andere Gruppen und Podcasts oder auch Gespräche, die wir geführt haben. Ich weiß nicht, ob wir sonst überhaupt auf die Idee gekommen wären. Deswegen finde ich es auch cool, dieses Interview zu geben und das Konzept zu verbreiten und anderen Menschen schmackhaft zu machen.

Mir habt ihr es auf jeden Fall schmackhaft gemacht. Vielen lieben Dank für das spannende Interview!☺

*Das Gespräch führte
Başak Özdemir*



Sharing is caring

Ein Ansatz zur Bekämpfung von Periodenarmut

Obwohl täglich 300 Millionen Personen auf der ganzen Welt¹ menstruieren, ist die Periode ein Thema, das mit Tabus behaftet ist und mit struktureller Benachteiligung einhergeht. Es fehlt an Wissen, Akzeptanz und finanzieller Unterstützung. Von Felicia Höchsmann

Die Hälfte der Weltbevölkerung menstruiert im Laufe ihres Lebens jahrzehntelang mehrere Tage im Monat. Während dieser Phase ihres Zyklus haben einige Personen keinen Zugang zu sauberen sanitären Einrichtungen oder können sich aus finanzieller Not nicht ausreichend mit Periodenprodukten versorgen. Dazu zählen beispielsweise Tampons, Binden, Menstruationstassen oder Schmerzmittel. Zudem sorgen körperliche Beschwerden wie Krämpfe, Kopf- oder Rückenschmerzen dafür, dass das Haus gar nicht oder nur unter Schmerzen verlassen wird. Erschwerend kommen die mit der Periode verbundenen Tabus hinzu, die in fast allen Kulturen existieren. Der natürliche Vorgang wird als etwas Unreines dargestellt, für das sich Betroffene schämen sollen. Das kann Menstruierende davon abhalten, sich bei ihren individuellen Herausforderungen Unterstützung zu holen.

Plan International 2022 machte mit einer repräsentativen Umfrage auf diese Umstände aufmerksam. Neben Tabus und dem mangelnden Zugang zu sauberen sanitären Einrichtungen sind monetäre Probleme für die monatliche Grundversorgung mit Hygieneartikeln für viele belastend. Das gibt ein Viertel der von Plan International Befragten an. Bei jungen Menschen sind es sogar 70 Prozent, die sich ausreichend mit Hygieneartikeln versorgen würden,

wenn diese günstiger wären. Um Ausgaben zu vermeiden, zögert jede Zehnte den Wechsel von Tampons, Binden oder Slipeinlagen bewusst hinaus. Dabei setzen sie sich wissentlich dem Risiko einer Infektion aus.

Periodenarmut ist ein weltweites Problem. Die monatlichen Kosten für Hygieneartikel, Schmerzmittel und Verhütungsmittel liegen schätzungsweise zwischen fünf und 35 Euro pro Monat. Allein in Deutschland können mehrere Millionen Menschen diesen Betrag nicht aufbringen. Laut dem aktuellen Armutsbericht leben hier 16,9 Prozent der Bevölkerung in Armut, das sind 14,2 Millionen Menschen. Eine der prekären Gruppen sind wohnungslose Frauen im gebärfähigen Alter. Sie sind besonders stark von Periodenarmut betroffen. Für Personen in Krisensituationen und -gebieten stellen sich neben den finanziellen Hürden noch weitere Herausforderungen: Es mangelt an sicheren, privaten und sauberen Orten zum Wechseln, Säubern und Entsorgen der Hygieneprodukte. Geflüchtete Personen haben zu einem großen Teil wenig bis keinen Zugang zu angemessenen Hygieneartikeln, da auch Notunterkünfte oftmals keine zuverlässige Grundversorgung bieten. Das hindert sie daran, ihren Alltag mit Periode in Würde zu leben.



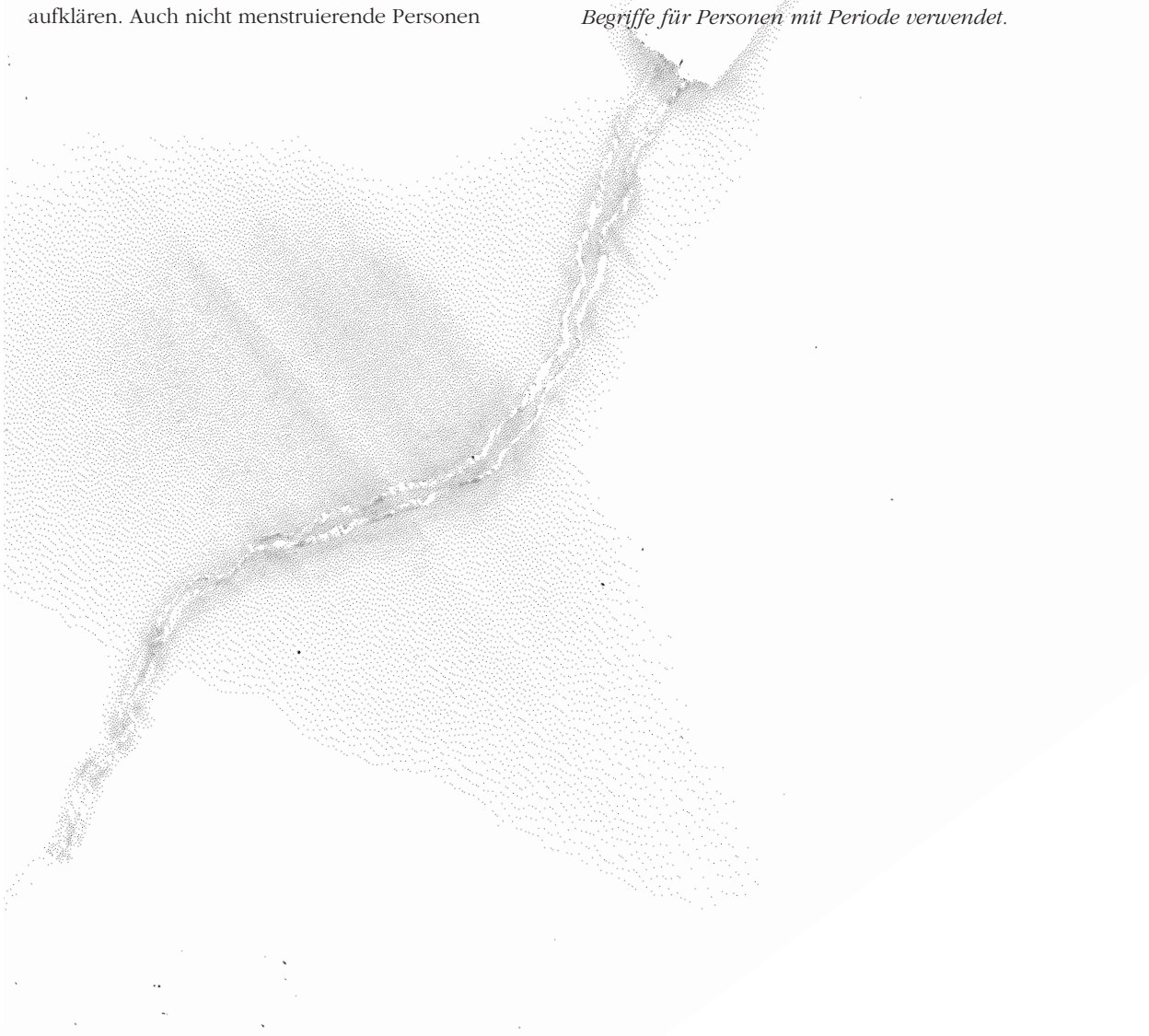
Felicia Höchsmann
*studiert in Würzburg
 Political and Social
 Studies und
 Pädagogik. Sie ist
 Mitglied der
 Kommission für
 Mädchen- und
 Frauenarbeit des
 Bayerischen
 Jugendrings und
 engagiert sich
 ehrenamtlich als
 stellvertretende
 Landesvorsitzende
 der Evangelischen
 Landjugend in
 Bayern. Inhaltlich
 befasst sie sich mit
 intersektionalem
 Feminismus,
 Jugendbildung und
 Menstruationsge-
 rechtigkeit.*

Mangelnde Menstruationshygiene kann ernste gesundheitliche Folgen haben. Wenn improvisierte Materialien wie Stoffreste oder alte Kleidungsstücke während der Periode verwendet werden, erhöht dies das Risiko von Infektionen und Krankheiten. Dadurch können sich schwerwiegende gesundheitliche Komplikationen, wie beispielsweise Harnwegsinfektionen oder das Toxische Schocksyndrom, entwickeln. Außerdem führt das Fehlen von angemessenen Menstruationsprodukten zur Einschränkung der sozialen Aktivitäten und im Extremfall zu kompletter Isolation. Der Mangel an einer würdevollen und hygienischen Grundversorgung ist mit Stress verbunden und verschlechtert das psychische Wohlbefinden.

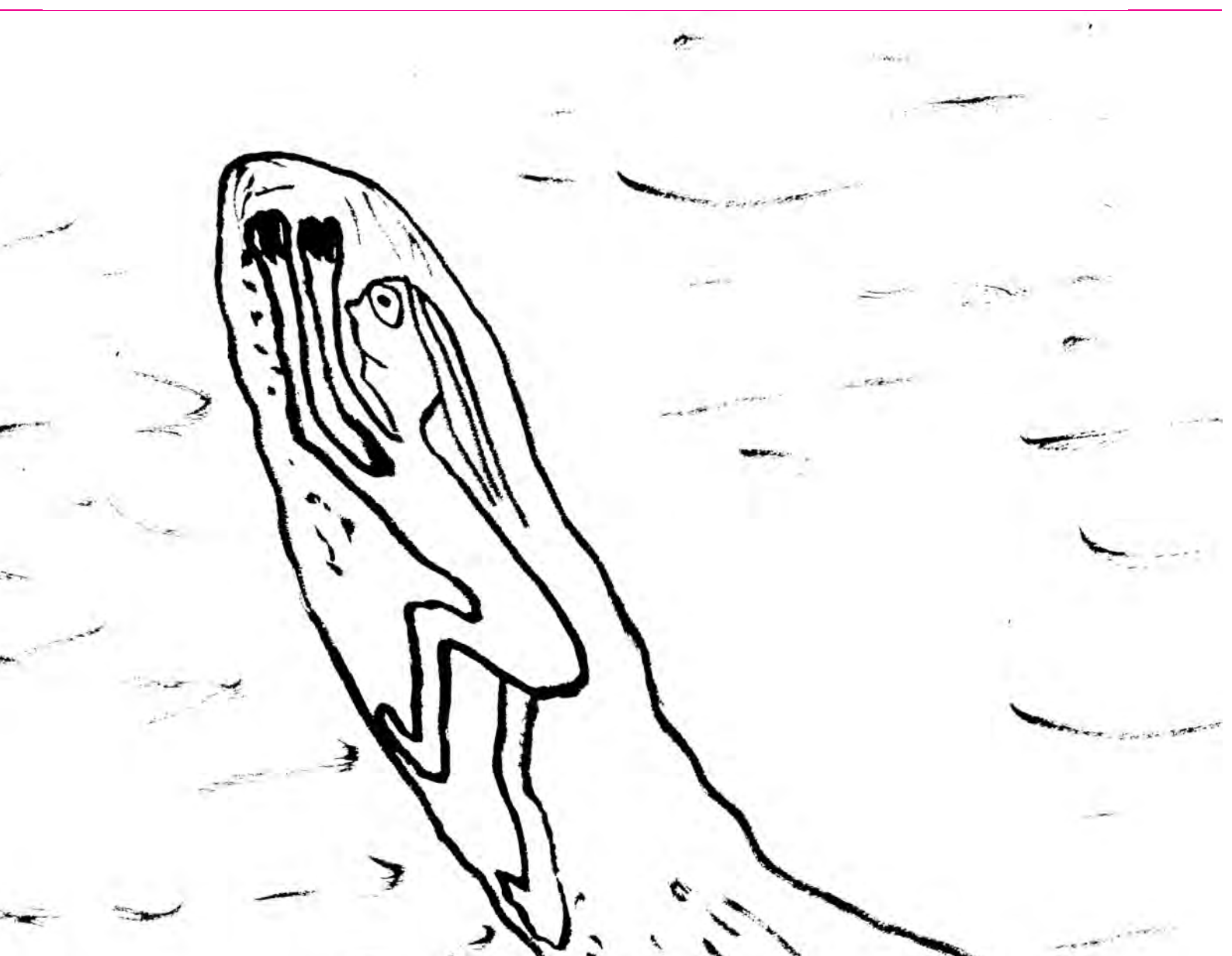
Was kann zur Bekämpfung von Periodenarmut unternommen werden? Der Anfang muss auf struktureller und privater Ebene geschehen. Multiplikator*innen sollten über Menstruation und die damit einhergehende strukturelle Diskriminierung aufklären. Auch nicht menstruierende Personen

müssten in den Diskurs miteinbezogen werden, um eine breite Aufmerksamkeit für dieses Thema zu erreichen. Menstruierende, pädagogische Fachkräfte oder Privatpersonen haben die Aufgabe, in ihrem eigenen Wirkungsrahmen Periodenarmut zu thematisieren und sie auf die Tagesordnung von Organisationen und politischen Einrichtungen zu bringen. Es braucht eine flächendeckende kostenlose Grundversorgung mit Periodenprodukten in Notunterkünften, Bildungsorten und öffentlichen Einrichtungen. Diese institutionelle Unterstützung ist ein erster Schritt zur finanziellen Entlastung von Menstruierenden. Nur so kann die Periode von einem schambehafteten Geheimnis zu einem Thema des alltäglichen Austauschs werden.©

¹*Bei diesen Personen handelt es sich überwiegend um Mädchen und Frauen. Da aber auch nicht-binäre Personen oder Transmänner menstruieren, werden in diesem Artikel überwiegend geschlechtsunspezifische Begriffe für Personen mit Periode verwendet.*



Wenn Gewaltschutz ein finanzieller Flickenteppich ist



Das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul Konvention) ist seit 2018 in Deutschland geltendes Recht. Es betont den Schutz aller Frauen vor Gewalt, unabhängig von Herkunft oder Aufenthaltsstatus. Doch trotz der rechtlichen Grundlage stoßen geflüchtete Frauen oft auf Barrieren beim Zugang zu Frauenhäusern. Der Bayerische Flüchtlingsrat erlebt regelmäßig, wie unzureichende Finanzierung und unsicherer Aufenthaltsstatus den Schutz geflüchteter Frauen gefährden. Ein dringendes Thema.

Ein Interview mit Sylvia Haller

Warum haben geflüchtete Frauen im Asylverfahren, mit Duldung oder unsicherem Aufenthaltsstatus, oft keinen Zugang zu Frauenhäusern?

Das hängt oft damit zusammen, wie Frauenhäuser finanziert werden. Berlin, Hamburg und Schleswig-Holstein haben eine pauschale Finanzierung. Diese Systematik der Finanzierung ist etwas stabiler. Alle anderen 13 Bundesländer sind komplett oder teilweise tagessatzfinanziert. Viele Frauenhäuser erhalten also nur Geld pro Tag und pro Kopf eines belegten Bettes. Das Geld erhalten sie nur, wenn die Frauen Sozialleistungen beziehen. Das kann auch die Asylbewerberinnenleistung sein. Es kann aber sein, dass diese nicht anerkannt wird. Wenn eine Frau zum Frauenhaus kommt, ist eine meiner ersten Fragen, ob sie einen Anspruch auf Sozialleistungen erhält. Bekommt sie zum Beispiel Bürgerinnengeld, ist das unter der Tagessatzfinanzierung der Jackpot. Sie stellt ihren Antrag auf ihren Lebensunterhalt, bekommt Kosten für Verpflegung und Klamotten und wir bekommen die Kosten der Unterkunft und für die Beratung erstattet. Wenn die Frau eine Arbeit findet, dann fällt sie raus aus dem Leistungsbezug. Dann muss sie selbst für ihren

Frauenhausaufenthalt aufkommen. Die Tagessatzfinanzierung funktioniert je nach Bundesland unterschiedlich und variiert zudem von Kommune zu Kommune.

Kannst du das genauer erläutern?

Für jedes Bundesland gibt es eine landesweite Vereinbarung, ob Frauenhäuser komplett tagessatzfinanziert sind oder in einer Mischform, wo sowohl das Land als auch die Kommune finanzielle Beiträge leisten. Die genauen Modalitäten, wie der Tagessatz auf das Konto des Frauenhauses gelangt, werden in jeder Kommune individuell verhandelt. Sogar die Höhe der Tagessätze müssen einzeln in der Kommune verhandelt werden, als auch über welche Gesetzbücher die Leistungen für ein Frauenhaus abgerechnet werden können. Wenn ich eine Caritas als Träger im Rücken habe, sind meine Verhandlungschancen möglicherweise besser als für einen kleinen Verein. Die Logik der Finanzierung hat aber nichts mit der Trägerschaft, sondern mit der Örtlichkeit des Frauenhauses zu tun. Das führt zu einer Vielzahl von unterschiedlichen Vereinbarungen. Hinzukommt die finanzielle Abwicklung. Einige Frauenhaus-träger konnten Vereinbarungen

treffen, dass die Kommune selbst für die Kostenerstattung verantwortlich ist. In solchen Fällen müsste die Aufnahmekommune, zum Beispiel Regensburg, mit der Herkunftskommune, wie Wolfratshausen, über die Erstattung der Kosten streiten. Es gibt jedoch auch Frauenhäuser, deren Träger solche Vereinbarungen nicht treffen konnten. Das Frauenhaus in Regensburg muss dann selbst mit der Kommune Wolfratshausen verhandeln, um die Kosten für die Frau aus Wolfratshausen erstattet zu bekommen. Diese mögliche Auseinandersetzung um die Kosten kann das Aufnahmeverhalten des Frauenhauses beeinflussen, da zusätzliche Ressourcen und Kapazitäten erforderlich sind.

Was bedeutet das für geflüchtete Frauen?

Die Herausforderung besteht darin, dass Frauen oft außerhalb ihrer eigenen Kommune Schutz suchen und somit die Frage aufkommt, ob das Frauenhaus in der Aufnahmekommune die Kosten übernimmt, insbesondere wenn die Frau im Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) geführt wird. Obwohl die Möglichkeit besteht, dass Frauenhausplätze über das AsylbLG finanziert werden können,

wird dieser Spielraum oft nicht zugunsten der betroffenen Frauen und der Frauenhausbetreiber genutzt. Es gibt je nach Tagesatzverhandlung keinen Anspruch darauf. Ein weiterer Faktor, der eine Aufnahme geflüchteter Frauen erschwert, ist die Wohnsitznahmebeschränkung oder Residenzpflicht. Wenn eine geflüchtete Frau einer anderen Kommune zugewiesen ist, als der, wo das angefragte Frauenhaus liegt, kann es sein, dass die Herkunftskommune die Finanzierung ablehnt. In der Herkunftskommune würde möglicherweise sogar ein Frauenhausplatz finanziert werden. Jedoch nicht, sobald sich die Frau außerhalb der zugewiesenen Kommune oder in einem anderen Bundesland aufhält. Für den Gewaltschutz ist jedoch meist eine große Distanz zum gewaltausübenden Mann notwendig. Ein Frauenhausplatz wird gerade nicht in der leistungsbeziehenden Kommune benötigt. Die Residenzpflicht schränkt geflüchtete Frauen also nicht nur in ihrer realen Bewegungsfreiheit ein, sondern kann auch effektiven Gewaltschutz verhindern. Weniger gewichtig ist die Notwendigkeit von einer Verdolmetschung für Beratung und Kommunikation im Frauenhaus. Auch dafür ist oft keine ausreichende Finanzierung vorhanden und wird auch nicht von staatlicher Seite refinanziert.

Inwieweit werden Täter in die Verantwortung genommen, die Frauenhausplätze zu finanzieren, schließlich sind sie ja die Ursache, dass die Frau eine Schutzunterkunft benötigt?

Natürlich ist es in unserem Interesse, dass Täter mehr in die Verantwortung genommen werden, auch monetär. Zuerst geht es aber um die Beendigung und Verhinderung der Gewalt. Da braucht es insgesamt mehr und sinnvolle Angebote in der Täterarbeit. Die direkte Finanzierung für die einzelne Frau lehnen wir ab. Das Herr Müller für Lisa Müller einen Frauenhausplatz finanziert, verstärkt die Individualisierung und vernachlässigt, dass diese Gewalt vor einem strukturellen Hintergrund abläuft. Der Mann hat diese Gewalt auch ausgeübt, weil wir in patriarchalen Zusammenhängen leben. Zudem wird erst einmal der

Was wir hier besprechen, ist ein politisches Problem und nicht das Problem der einzelnen Frau

Abstand zum gewaltausübenden Part benötigt. Ruhe und Sicherheit vor dem Täter stehen im Vordergrund. Es gefährdet die Frauen auch, wenn wir aus Heidelberg eine Rechnung an den Herr Müller stellen. Er weiß dann, in welchem Ort sich die Frau aufhält. Wir wollen verhindern, dass eine nicht ins Frauenhaus kommt, weil sie denkt, ihr Mann kann sich das nicht leisten. Verantwortungsgefühle für den gewaltausübenden Part sind leider auch immer Teil einer Gewaltdynamik. Mir ist sehr wichtig zu sagen: Egal wie schwierig und kompliziert eine Finanzierung ist. Was wir hier

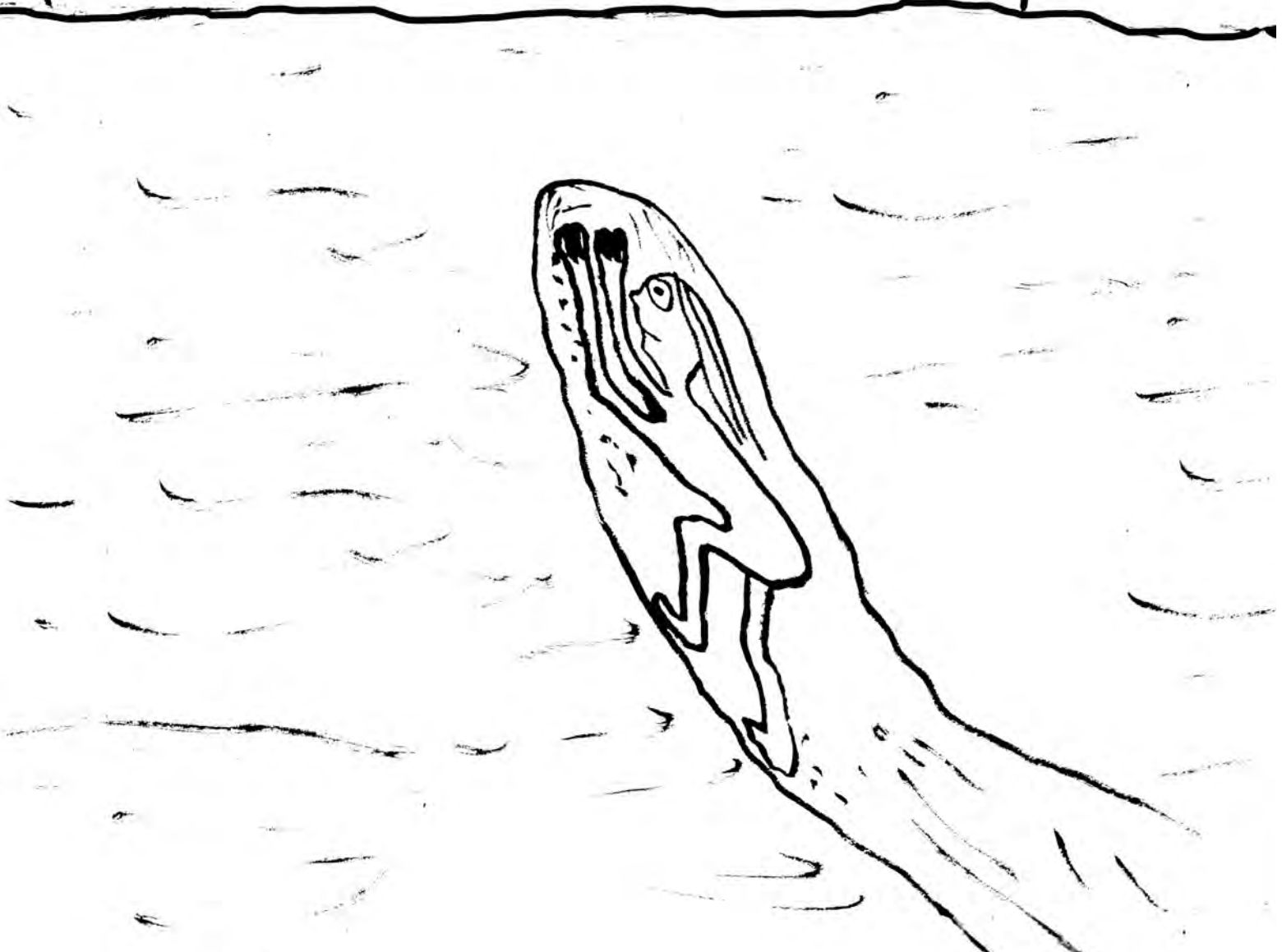
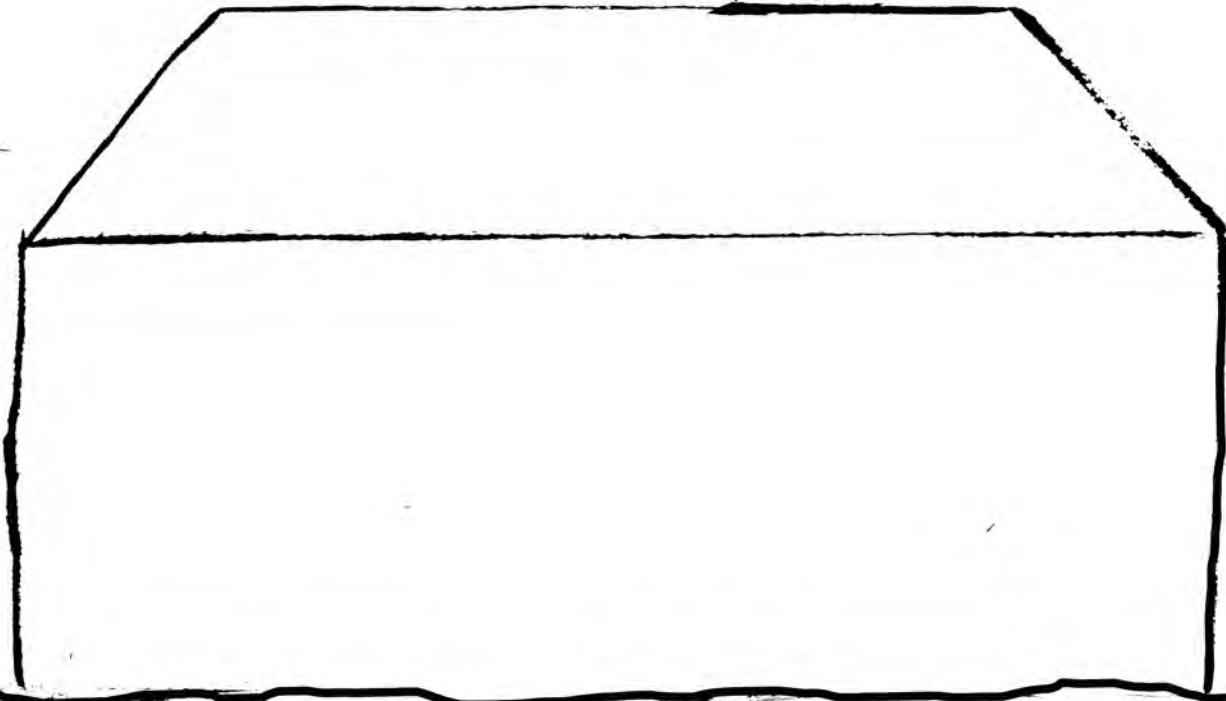
besprechen, ist ein politisches Problem. Es ist nicht das Problem der einzelnen Frau. Die soll sich immer bei uns melden und wir werden immer versuchen eine Lösung zu finden. Bei aller Problematisierung des Themas, darf auf keinen Fall die Botschaft überkommen, dass Frauen erst gar nicht anrufen, weil sie denken, wir haben keinen Platz und werden keine Finanzierung bekommen. Diese Botschaft soll an die Politik kommen, aber auf keinen Fall an die betroffenen Frauen.

Welche Strukturen habt ihr selbst um eine nicht-finanzierte Frau aufzunehmen?

Sehr unterschiedlich. Das eine ist die monetäre Sichtweise. Habe ich die Möglichkeit an Geld zu kommen außerhalb der staatlichen Strukturen? Bin ich ein Frauenhaus, das gut darin ist Anträge zu stellen, habe ich viele Spenden, habe ich eine Stiftung im Hintergrund, die mir ermöglicht nicht-finanzierte Frauen aufzunehmen, bin ich in einem strukturstarken Gebiet, wo ich einen Aufruf an meine

Spenderinnen stellen kann und da kommt sofort was zurück. Natürlich zeigt sich hier auch ein Stadt-Land-Gefälle. Dann sprichst du natürlich auch mit mir als Vertreterin von den Autonomen Frauenhäusern. Wenn ich mein Frauenhaus eher als Ort der Wohltätigkeit sehe, wo einzelnen Frauen mit ihren Kindern geholfen wird und ich in einer Sozialleistungslogik bin, wie ich es aus anderen Bereichen kenne, wie der Jugendhilfe, dann komme ich möglicherweise nicht auf so viele Ideen und Möglichkeiten wie jemand, der aus der politischen Frauenbewegung kommt. Aus

FRAUENHAUS



dieser Perspektive ist Gewaltschutz ein Recht in Deutschland, unabhängig von den individuellen Umständen der Frau oder des Täters. Es hat immer strukturelle Hintergründe und dieser Tatsache müssen wir uns bewusst sein. In Teamgesprächen, bei Diskussionen mit der Leitung oder wie bei uns in den Autonomen Frauenhäusern, wo wir alle in einer leitenden Funktion sind und hierarchiearm arbeiten, versuchen wir über typische Wege hinaus zu denken.

Kommt diese Haltung auch von der Entwicklung der Frauenhäuser aus einer aktivistischen und politischen Bewegung?

Ja, natürlich. Es geht nicht nur um die Perspektive der Frau allein, sondern vielmehr um den Geist, die Idee dahinter. Wir müssen so ausgerichtet und finanziert sein, dass jede Frau aufgenommen werden kann und unser Schutz barrierefrei zugänglich ist. Wir müssen unsere Netzwerke aufbauen und stärken, um jeder Frau Schutz und Unterstützung bieten zu können – das ist unsere Aufgabe. Dafür benötigen wir sowohl finanzielle Mittel als auch strukturelle Veränderungen in der politischen Landschaft. Es ist nicht die Frau, die sich ändern muss, sondern die Umgebung, die sich ändern muss.

Was fordert ihr von der Politik?

Wir als Autonome Frauenhäuser positionieren uns ganz klar für eine einzelfallunabhängige und pauschale Finanzierung der Frauenhäuser, sodass alle gewaltbetroffenen Frauen Schutz finden können, egal ob sie arbeiten, Bürgerinnengeld oder Asylbewer-

berinnenleistungen erhalten. Wir brauchen einen Gewaltschutz, der finanziert ist, unabhängig von der einzelnen Frau. Bund, Länder und Kommunen müssen für den Gewaltschutz aufkommen. Es ist keine Aufgabe, die eine Ebene alleine regeln kann. Wichtig ist für uns, dass das Geld aus einer Hand kommt. Die Frauenhausträger

Gewaltschutz muss auch dann greifen, wenn eine Frau Angst hat, dass sie Gewalt erleben könnte

sollten pro Monat und pro Jahr wissen, wie viel Geld ihnen zur Verfügung steht. Es braucht eine bundeseinheitliche Regelung. Ganz wichtig ist einfach der Zugang für alle und als einziges Aufnahmekriterium gilt die erlebte Gewalt. Es hilft natürlich, wenn die Frau den Täter und die Gewalt angezeigt hat. Eine Anzeige darf jedoch nicht verlangt werden, damit eine Frau Schutz und Zugang bekommt. Nicht jede Gewalt ist dokumentierbar, körperlich sichtbar oder strafrechtlich relevant. Gewaltschutz muss nicht nur bei akut ausgeführter Gewalt greifen, sondern auch dann, wenn eine Frau Angst hat, dass sie Gewalt erleben könnte oder Gewalt angedroht wird. Weiterhin fordern wir, dass die Frauenhausplätze barrierefrei zugänglich sein müssen, Zugang rund um die Uhr, auch an Wochenenden, Aufenthaltsstatus darf keine Rolle spielen. Im Übrigen nicht nur unter

finanzieller Sicht. Auch andere aufenthaltsrechtliche Beschränkungen dürfen keinen Schutz verhindern.

Wie viele Frauenhausplätze fehlen momentan?

In der *Istanbul Konvention* gibt es einen Anhang, indem beschrieben wird, dass es einen Familienplatz à 10.000 Einwohner*innen braucht. Ein Familienplatz bedeutet, ein Platz für eine Frau plus die durchschnittliche Kinderanzahl. Wir haben uns 2019 auf die Zahl mit 1,59 Kindern verständigt. Wir sagen also, dass es 2,59 Betten à 10.000 Einwohner*innen braucht. Und so kommen wir bundesweit auf einen Bedarf von 21.000 Betten und haben im Moment nur 6.800. Es fehlen also sehr

sehr sehr viele Betten. Einige Politiker*innen sagen, dass der Anhang der Konvention nicht gesetzlich bindend ist. Wir beziehen uns natürlich trotzdem auf diesen Anhang. Selbst wenn man das nicht so anerkennt, können wir aus 40 Jahren Praxis diesen großen Mangel an Frauenhausplätzen bestätigen. Die statistische Erfassung der Frauenhäuser zeigt, dass die überwältigende Mehrheit der Frauenhäuser mehr Frauen abweisen muss, als sie aufnehmen können.

Meistens sprechen wir von häuslicher Gewalt oder Partnerschaftsgewalt. Haben auch geflüchtete Frauen, die in Unterkünften leben müssen, Zugang, wenn sie durch andere Bewohner*innen oder Personal Gewaltübergriffe erleben?

Natürlich ist das eine Form von Gewalt gegen Frauen und FLINTA.

Außerdem ist die Unterkunft zumindest zu diesem Zeitpunkt das häusliche Umfeld. Natürlich sollen auch diese Betroffenen Zugang zu einem Frauenhausplatz haben. In den meisten Fällen ist es jedoch schwierig, das vor den Behörden und einzelnen Sachbearbeitenden durchzusetzen. Frauen erleben häufig, dass ihnen nicht geglaubt wird, dass sie nicht ernst genommen werden oder ihnen Übertreibung unterstellt wird, wenn sie von sexualisierter Belästigung, Bedrohung und Gewalt berichten. Für Frauen in der Unterkunft kommen viele weitere Diskriminierungsformen noch oben drauf. Sprachliche Probleme können dazu führen, dass nicht verstanden wird, was ihnen passiert ist. Und dann wird ihnen wahrscheinlich nicht mit einer wohlwollenden und empathischen Fragetechnik begegnet. Zudem wissen viele auch gar nicht über ihre Rechte Bescheid. Deshalb ist der intersektionale Feminismus so relevant. Wir müssen uns genau solcher Probleme immer wieder bewusstwerden und eine Lösung für alle finden. Die Frau in der Unterkunft benötigt möglicherweise eine Dolmetscherin. Dann muss ich mir überlegen, wo die Frau nach der Anzeige auf dem Revier hingehen kann. Geht sie dann wieder zurück in die Un-

terkunft oder wo kann sie hingehen? Wo sind ihre Kinder in dieser Zeit? Ich muss mir überlegen, was diese Frau jetzt braucht. Und das muss ich strukturell installieren, sodass es jeder Frau möglich ist über Gewalt zu sprechen und Unterstützung zu erhalten.

Welcher Aspekt ist noch wichtig?

Viele Frauen, die Gewalt erleben, haben Kinder. Mit ihnen suchen sie Zuflucht in Frauenhäusern. Die Kinder müssen wir auch im Blick haben und ihre Finanzierung sicherstellen. Jede abgewiesene Frau bedeutet potenziell, dass auch ein oder mehrere Kinder weiterhin der Gewalt ausgesetzt sind. Wenn Frauen nicht die Möglichkeit und das Empowerment bekommen, über ihre Erfahrungen zu sprechen und Grenzen zu setzen, betrifft das auch die Kinder, die das möglicherweise nicht lernen und weiter in dieser Spirale der Gewalt bleiben. Frauenhäuser fungieren somit auch als Schutzräume für Kinder. Jedes Kind hat das Recht, gemeinsam mit seiner Mutter der Gewalt zu entkommen, unabhängig davon, ob es hier geboren wurde, hier aufgewachsen ist oder neu in Deutschland ist.

Welche Informationen sind wichtig für Unterstützer*innen?

Es gibt zum Beispiel das bundesweite Hilfetelefon, die in über 20 Sprachen beraten. Sie sind 24 Stunden erreichbar, unter der 116016. Hier können sich Betroffene und Unterstützer*innen beraten lassen, sei es die Nachbarin, Freundinnen, Sozialarbeiter*innen. Auf unserer Website frauenhaus-suche.de wird bundesweit und tagesaktuell angezeigt, wo es freie Frauenhausplätze gibt. Mittlerweile sind hier 339 Frauenhäuser und Schutzwohnungen gelistet. Aus unserer Perspektive ist immer am allerwichtigsten, der Frau, die Gewalt erleben musste, zu glauben. Die Frau in ihrem Tempo und bei ihren Überlegungen unterstützen. Keine Fremdbestimmung der Frau, auch wenn sie aus besten Absichten passiert. Auszuhalten, dass die gewaltbetroffene Person möglicherweise nicht so handelt, wie ich es am besten finde, ist nicht immer einfach. Wenn man damit nicht so gut umgehen kann, ist es hilfreich und möglich eine Beratung in Anspruch zu nehmen.©

*Das Gespräch führte Simone Eiler,
Mitarbeiterin beim Bayerischen
Flüchtlingsrat*

*„Jedes Kind hat das
Recht, gemeinsam
mit seiner Mutter
der Gewalt zu
entkommen,
unabhängig davon,
ob es hier geboren
wurde,
hier aufgewachsen
ist oder neu in
Deutschland ist.“*

Sylvia Haller ist
Mitarbeiterin im
Autonomen
Frauenhaus
Heidelberg und
Vertretung der
Zentralen
Informationsstelle
autonomer
Frauenhäuser.





Fundis
statt
Fundis



Die Finanzierung der Fundis

Nie, nie, nie wieder Adelholzener!“, skandierten Feminist*innen 2023 beim Gegenprotest zum // „Münchner Marsch fürs Leben“. Dieser jährlich stattfindende Marsch ist eine der größten rechten, antifeministischen und queerfeindlichen Versammlungen in Bayern und zentrales Event der deutschsprachigen Anti-Choice-Szene. Die Anti-Choice-Bewegung definiert sich in erster Linie über das gemeinsame Ziel Schwangerschaftsabbrüche zu verbieten beziehungsweise zu verunmöglichen. Silja Fichtner, die Organisatorin des „Münchner Marsches“ 2023 und Vorsitzende des Vereins Stimme der Stillen e.V., gab in einem Interview gegenüber der rechten Online-Medienplattform Corrigenda bekannt, dass sie Adelholzener, einer der größten Getränkehersteller Deutschlands, in diesem Jahr für das Sponsoring von Wasserflaschen für die Teilnehmenden am Marsch gewinnen konnten. Auf Presseanfrage verneinte Adelholzener zwar Sponsor der rechten Veranstaltung gewesen zu sein, gab jedoch zu, dass es aus dem Umfeld des Gesellschafters diese Sachspende gab. Was die wenigsten wissen: Hundertprozentiger Gesellschafter des Unternehmens ist eine katholische Lebensgemeinschaft, die Kongregation der Barmherzigen Schwestern vom heiligen Vinzenz von Paul in München.

Woher kommt das Geld für die Organisation eines solchen Großevents gegen das Recht auf Schwangerschaftsabbruch? Fichtner äußert sich im oben genannten Interview auf diese Frage nur vage. Es handele

Um sich der Anti-Choice-Szene effektiv entgegenzustellen, ist es wichtig, die internationalen Netzwerke und ihre Finanzierungsstrategien zu verstehen. Aktivitäten radikaler Abtreibungsgegner*innen vor Ort sind eingebettet in eine weltweite antifeministische und LGBTIQ*-feindliche Kampagne, in der sich unterschiedliche Akteur*innen gegenseitig nicht nur finanziell unterstützen, sondern auch Wissen bezüglich Strategien, Herangehensweisen und Argumentationen austauschen.

Ein Blick auf die Finanzquellen und Strategien der Anti-Choice-Szene von ASAM München.

sich um Privatpersonen, kleine und größere Spenden, Menschen, denen es wichtig sei, dass der Marsch in München stattfindet.

Die Anti-Choice-Bewegung ist untereinander bestens vernetzt und darüber hinaus eingebettet in ein globales Netzwerk unterschiedlicher Anti-Gender-Akteur*innen. Ideologisch betrachtet geht es den radikalen Abtreibungsgegner*innen nämlich nicht nur um ein Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen. Ihre zentrale Forderung ist verknüpft mit einem extrem reaktionären, antifeministischen, rassistischen und antisemitischen Weltbild. Mit einer Rhetorik gegen Abtreibungen, Feminismus und vermeintlicher „Gender-Ideologie“ können gesellschaftliche Teilbereiche erreicht werden, die weit über das konservative bis rechte Spektrum hinaus gehen. Sie propagieren die heteronormative Kleinfamilie als vermeintlich einzig wahre Lebensform und versuchen mittels antifeministischer und LGBTIQ*-feindlicher Kampagnen politischen Einfluss zu nehmen. Um die ideologische und politische Verortung von Anti-Choice-Akteur*innen als antifeministische und rechte Akteur*innen zu verdeutlichen, kann angeführt werden, dass sowohl die AfD wie auch Gruppen aus der Pandemieleugner*innenszene für den „Münchner Marsch fürs Leben“ im Jahr 2024 mobilisiert haben. Von den Organisator*innen der antifeministischen Großveranstaltung gab es hiervon keine Distanzierung. Betrachtet man die Finanzierung einzelner Anti-Choice-Akteur*innen, wird die tiefgehende, globale Vernetzung und Zusammenarbeit

unterschiedlicher antifeministischer Akteur*innen und die daraus resultierenden Allianzen sichtbar.

Bisher gibt es wenig umfangreiche Recherchen und Hintergrundinformationen zur Finanzierung von Anti-Choice-Akteur*innen. Eine der wenigen zentralen Studien zum Thema wurde 2021 von Neil Datta, Sekretär des Europäischen Parlamentarischen Forums für sexuelle und reproduktive Rechte, herausgegeben. In der Studie „Tip of the Iceberg: Religious Extremist Funders against Human Rights for Sexuality & Reproductive Health in Europe“ wird anhand der Auswertung von Daten von über 50 Anti-Gender-Aktivist*innen deren Finanzierung untersucht. Im untersuchten Zeitraum von 2009 bis 2018 flossen dabei insgesamt 707,2 Millionen US-Dollar in die Anti-Gender-Mobilisierungen in Europa. Die Gelder stammten hauptsächlich aus den Regionen USA, Russland und Europa. Der Löwenanteil von 437,7 Millionen US-Dollar kam dabei aus Europa – wobei die Gelder hauptsächlich von 20 privaten Stiftungen kommen, die ihre Mittel wiederum von sozioökonomischen Eliten wie superreichen Einzelpersonen oder klerikal-aristokratischen Netzwerken beziehen.

Aber auch staatliche Finanzierungen sowie religiöse Netzwerke und Akteur*innen spielen eine zentrale Rolle. Exemplarisch kann hier auf das Budget aus dem Europaparlament verwiesen werden, was an faschistische oder Anti-Choice Parteien, konkret der Europäischen Christlichen Politischen Bewegung (ECPM) oder der Allianz der Europäischen nationalen Bewegungen (EANM), ausgeschüttet wird. Oder auch unterschiedliche Institutionen, die dem Vatikan zugeordnet werden können. Russische Organisationen, darunter Medienunternehmen, Stiftungen, Denkfabriken und NGOs, unterstützten die europäische Anti-Gender-Szene im untersuchten Zeitraum mit 188,2 Millionen US-Dollar. Einige dieser Organisationen stehen in enger Verbindung zu den russischen Oligarchen Vladimir Yakunin und Konstatin Malofeev, welche wiederum Verbindungen zu sogenannten russischen Waschsalons pflegten. Mittels dieser Waschsalons wurde in der Vergangenheit bereits Schwarzgeld an extrem rechte Parteien in Europa übermittelt. In der Rolle als selbsternannter Verteidiger orthodoxer Christen kann die russische Regierung eine Alternative bieten zum vermeintlich hegemonialen Westen, der seinem christlichen Erbe den Rücken zugewandt hätte. Zudem kann Russland über eine Anti-Gender-Agenda für sich geopolitische nützliche Allianzen mit Gleichgesinnten eingehen – von denen letztendlich Oligarchen am meisten profitieren.

Nicht zuletzt stammen auch 81,3 Millionen US-Dollar von insgesamt zehn NGOs und Denkfabriken der christlichen Rechten in den USA, welche ihrerseits über konservative Stiftungen durch US-amerikanische Milliardär*innen finanziert werden. Das Ziel eines gemeinsamen, globalen Kulturkampfes wird vor allem in Aussagen von Matt Britton, Vorstandsmitglied der christlich-fundamentalistischen Anti-Choice-Initiative 40 days for life aus den USA, in seiner Rede auf dem „Münchener Marsch fürs Leben“ 2023 deutlich. So sei die USA das leuchtende Vorbild im gemeinsamen Kampf gegen Schwangerschaftsabbrüche, an dem sich auch die europäische Bewegung orientieren solle. Die US-amerikanische Anti-Choice-Bewegung dient seit Beginn der deutschen Anti-Choice-Szene als Vorbild und liefert seitdem argumentative und strategische Impulse. Durch die ihre finanzielle Unterstützung versuchen sie den postulierten gemeinsamen Kulturkampf voranzutreiben und zu beeinflussen.

Bei diesem globalen Netzwerk geht es jedoch nicht alleine um die Finanzierung unterschiedlicher Vorhaben, sondern auch um Wissenstransfer darüber, wie eigene Spendensammlungen, politische Einflussnahme und Basisorganisationen aufgebaut werden können. Vor allem die US-amerikanische christliche Rechte versucht hier mittels Wissensvermittlung Einfluss auf europäische Gesellschaften zu nehmen. Eine der präsentesten Organisationen ist dabei die Alliance Defending Freedom International (ADF International), welche maßgeblich die rechtliche Infrastruktur für die christliche Rechte in Europa mit aufgebaut haben. Die ADF wurde aufgrund ihrer LGBTIQ*-feindlichen Positionen in den USA als „hate group“ eingestuft und steht damit in der öffentlichen Bewertung auf einer Stufe mit etwa dem rassistischen Ku-Klux-Klan. ADF International betreibt fünf Büros in Europa mit mindestens fünfzehn Anwält*innen, die unterschiedliche antifeministische Organisationen bei juristischen Klagen unterstützen. So unterstützten sie beispielsweise im Auftrag der Organisation Aktion Lebensrecht für Alle (Alfa e.V.), welche ebenfalls jedes Jahr beim „Münchener Marsch“ mit einem Infostand vor Ort ist, den bekannten deutschen Anti-Choice-Aktivisten Klaus Günter Annen bei einer Klage gegen den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Annen hatte Abtreibungen mit Mord und dem Holocaust gleichgesetzt und war dafür vor deutschen Gerichten verurteilt worden. Der Europäische Gerichtshof bestätigte das Urteil.

Direktorin für strategische Beziehungen und Training bei ADF International ist Sophia Kuby, Tochter der deutschen, antifeministischen Publizistin Gabriele

Kuby, die 2022 auch beim „Münchner Marsch fürs Leben“ mit einer Rede auftrat. Sophia Kuby ist zudem Mitglied beim deutschen Anti-Choice-Verein „Christdemokraten für das Leben“ (CDL), eine der Unionssparteien nahestehende Initiative, die sich selbst als Teil der sogenannten Lebensschutzbewegung sieht. CDL veranstaltet seit 2022 am Vormittag des „Münchner Marsch“ einen Frühschoppen. Ein Stelldichein von Konservativen und der extremen Rechten. 2023 etwa posierten dort fünf junge Burschenschaftler für ein Foto mit dem White-Power-Handzeichen, ein extrem rechtes und rassistisches Hasssymbol.

Beispielhaft für die Professionalisierung und internationale Vernetzung der Anti-Choice-Szene und Etablierung als rechte Mobilisierungsplattform weit über das Thema Schwangerschaftsabbrüche hinaus ist die Entwicklung der rechtskonservativen Online-Plattform CitizenGO. In München war CitizenGO etwa 2023 mit einer Online-Petition gegen den von der Bayerischen Landesregierung geplanten Aktionsplan QUEER aktiv. Zudem stellten sich Mitglieder der Organisation mit Transparenten unter anderem vor dem Bayerischen Kultusministerium auf. Auf diesen war Söder – er hatte dem Aktionsplan zugestimmt – als Marionette zu sehen, der von einer schwarzen, in ein Regenbogen-Hemd gekleideten Figur mithilfe von Fäden gesteuert wird – ein ebenso LGBTIQ*-feindliches wie antisemitisches Bild.

Ein Hacker-Leak im Jahr 2021 deckte die Spendenquellen von CitizenGO auf. In Deutschland stammen Spenden vor allem aus dem westdeutschen katholischen Bürgertum, darunter etwa ein katholischer Pfarrer, der für die AfD im Kreisvorstand sitzt. Besonders brisant bei dem Leak war jedoch, dass die persönlichen Daten der Spender*innen gespeichert waren, was gegen die Datenschutzverordnung verstößt. Diese Daten werden nicht nur für die eigene Mobilisierung abgespeichert, sondern mit weiteren Anti-Gender Initiativen ausgetauscht. Hat man also etwa einmal eine Petition gegen Abtreibungen unterschrieben, wird man überschüttet mit Aufrufen gegen die Ehe für Alle oder gegen die Gleichstellung von Homosexuellen. CitizenGO versucht so durch aufgebauschte Mitgliederzahlen und Unterschriften zu suggerieren, dass es sich um eine Massenbewegung handelt, um Druck auf politische Entscheidungsträger*innen aufbauen zu können. Dieses Vorgehen wird als Astroturfing bezeichnet und ist eine gängige Strategie von Anti-Choice-Lobbyorganisationen. Persönliche Daten gelten schon lange als digitales Gold.

Auch wenn über die Finanzierung des Vereins Stimme der Stillen e.V., welcher den Marsch in München organisiert, oder etwa die 1000plus-Profemina gGmbH, eine der zentralen Unterstützer*innen des Münchner Marsch, keine umfangreichen Informationen vorliegen, ist davon auszugehen, dass sich deren Finanzierung ähnlich zusammensetzt wie die anderer wichtiger Anti-Choice-Organisationen. Zudem fallen bei einem Blick auf die Webseiten der Organisationen einige zweifelhafte Aspekte auf. So ist auf der Homepage des sogenannten „Münchner Marsch fürs Leben“ beispielsweise zu lesen, dass keine Spenden via PayPal entgegengenommen werden. Als Grund hierfür wird angegeben, dass PayPal angeblich angekündigt hätte, seinen Mitarbeiter*innen Reisekosten zu Schwangerschaftsabbrüchen zu erstatten. Recherchen hierzu liefern keine belastbaren Quelle, dass dies der Wahrheit entspricht. Vielmehr könnte es sich hier um einen Hinweis darauf handeln, dass der Verein Stimme der Stillen die Richtlinien des Finanzdienstleisters PayPal aufgrund seiner politischen Agenda nicht erfüllt.

Die 1000plus-Profemina gGmbH wiederum schreibt auf ihrer Website, dass sie kein Spendensiegel des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) beantragt hat. Das Siegel wird an seriöse Spendenorganisationen in Deutschland vergeben, wenn Kriterien wie beispielsweise eine wirksame und sparsame Mittelverwendung, eine geprüfte Transparenz oder eine faire und ethische Spendenwerbung, die Angesprochene nicht unter Druck setzt, erfüllt sind. Auch ohne entsprechendes Siegel wirbt das gemeinnützige Unternehmen auf seiner Website für Spenden. 2023 erst machte der Geschäftsführer Kristijan Aufiero aus der Anti-Choice-Fake-Beratungsstelle „pro femina“ und aus dem Projekt 1000plus dieses Unternehmen. Mit dieser Umwandlung des Vereins in eine gGmbH ging auch ein Strategiewechsel einher. Statt sich wie bisher auf die persönliche Fake-Beratung von Schwangeren zu fokussieren, verlagerte Aufiero sein Business ins Digitale. Der Fokus liegt nun vor allem auf Spendengenerierung sowie Petitionen und wird dadurch zu einer weiteren wichtigen Finanzierungsquelle antifeministischer Vorhaben. Auf der Website wird auf unterschiedlichste Weisen um Spenden geworben: angefangen bei einmaligen oder monatlichen Kleinstspenden, über die Finanzierung einzelner Fake-Beratungen bis zur Möglichkeit, dem Unternehmen das eigene Erbe zu hinterlassen.

Wie die „1000plus-Profemina gGmbH“ für Spenden wirbt, steht sinnbildlich für die Art und Weise der Spendengenerierung der Anti-Choice-Szene. So wird

versucht, einzelne Personen vor allem auf der emotionalen Ebene anzusprechen: Mitglieder werden persönlich adressiert, ihren Beitrag gegen einen vermeintlichen Ausnahmezustand und für den Kampf gegen den angeblich drohenden Untergang zu leisten. Wie im folgenden Beispiel wird mittels einer stark emotionalisierten Sprache versucht, Menschen zum Spenden zu überzeugen: „Bitte helfen Sie mit einer SONDERSPENDE mit, den Ansturm verzweifelter schwangerer Frauen auf die Beratung und Hilfe zu bewältigen“. Mit einer ähnlichen Rhetorik werden Menschen dazu angehalten, ihr Erbe zu spenden um „über ihren Tod hinaus ungeborenes Leben zu retten“ und auch nach dem Tod dazu beizutragen, eine sogenannte „Kultur des Lebens“ aufzubauen. Auf diese Weise konnte 1000plus-Profemina im Jahr 2021 nach eigenen Angaben über 5 Millionen Euro durch Spenden, Erbschaften und Nachlässe sammeln.

Die Finanzierung der Anti-Choice-Szene ist also ein komplexes Zusammenspiel aus globalen und lokalen Kräften. Mit der Unterstützung durch russisch-orthodoxe Oligarchen, der amerikanischen christlichen Rechten, europäischen Anti-Gender-Stiftungen und

staatlichen Strukturen erhalten Anti-Choice-Organisationen die finanziellen Mittel, um ihre Agenda voranzutreiben. So ist anzunehmen, dass auch Münchner Vereine und Initiativen bei ihren Vorhaben von unterschiedlichen deutschen und globalen Akteur*innen direkt oder indirekt unterstützt werden.

Es ist absolut notwendig, sich dieser Mechanismen bewusst zu werden und ihnen aktiv entgegenzutreten, um das Recht auf sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung voranzutreiben. Um sich der Anti-Choice-Szene effektiv entgegenzustellen, ist es wichtig, die internationalen Netzwerke und ihre Finanzierungsstrategien zu verstehen, um sich nicht nur an einzelnen Akteur*innen abzarbeiten, sondern Anti-Choice-Aktivitäten als Teil einer internationalen, antifeministischen und LGBTIQ*-feindlichen Kampagne zu verstehen, in der sich unterschiedliche Akteur*innen gegenseitig nicht nur finanziell unterstützen, sondern auch Wissen bzgl. Strategien, Herangehensweisen und Argumentationen austauschen.©

ASAM

*Die Antisexistische Aktion München – ASAM ist eine feministische, linksradikale Gruppe in München, die sich hauptsächlich mit Themen rund um Pro Choice und Antifeminismus beschäftigt.
Für mehr Infos: asam.noblogs.org*



Foto: Pro Choice Bündnis München

Eine Frage der Unzumutbarkeit

Jährlich fließen laut der #DefundAssad-Kampagne durch die Passbeschaffungspflicht bis zu 100 Millionen Euro Gebühren von syrischen Geflüchteten in Deutschland an den syrischen Staat. Marisa Raiser von *Adopt a Revolution* ist Mitbegründerin der Kampagne und erklärt, was das mit den Betroffenen macht, welche rechtlichen Schritte eingeleitet wurden und wie einfach eine Lösung für die Betroffenen umzusetzen wäre.

Die #DefundAssad-Kampagne fordert „kein Geld für den syrischen Folterstaat“. Was genau steckt hinter dieser Forderung?

Es geht darum, dass ein Großteil der syrischen Geflüchteten, die in Deutschland leben, regelmäßig aufgefordert wird, zur syrischen Botschaft zu gehen, um dort die Pässe verlängern zu lassen. Das ist deswegen so problematisch, weil die meisten syrischen Geflüchteten vor diesem Staat geflohen sind.

Die syrische Botschaft ist der verlängerte Arm des Geheimdienstes, d.h. sie ist kein unproblematischer Akteur, ganz im Gegenteil. Viele Betroffene weigern sich daher, zur Botschaft zu gehen. Aber die deutschen Behörden sind in den letzten Jahren sehr strikt gewesen und halten an der Passbeschaffungspflicht fest. Das ist gefährlich und auch unglaublich teuer. Gefährlich, weil der Geheimdienst so an persönliche Daten kommt und dadurch Angehörige in Syrien gefährdet werden. Dadurch kommen viele Verwandte der in

Deutschland lebenden Syrer*innen in Syrien ins Radar der Behörden.

Und das Ganze ist auch unglaublich teuer. Ein syrischer Pass kostet zwischen 300 und Angaben einer Bundestagsabgeordneten zufolge 1000 Euro. Auf der offiziellen Seite der syrischen Botschaft findet man die Angabe, ein Pass koste zwischen 300 und 750 Euro. Wir haben viele Fälle dokumentiert, in denen Leute neben den Gebühren zusätzliche Kosten bezahlen mussten, die der Korruption geschuldet sind. Wenn man sich jetzt überlegt, dass der syrische Staat international sanktioniert wird und keine Gelder bekommen darf, ist es natürlich mehr als problematisch, dass durch diese Passgebühren unglaublich viel Geld fließt. Derzeit leben mehr als 800.000 syrische Geflüchtete in Deutschland, davon sind unserer Schätzung nach aktuell ca. 450.000 von der Passbeschaffungspflicht betroffen. Wir gehen davon aus, dass so pro Jahr allein durch die Passbeschaffung Gelder im höheren zwei- bis dreistelligen

Millionenbereich an den syrischen Staat fließen.

Das ist in der Summe unglaublich viel Geld.

Ja, und für die Leute eine große finanzielle Belastung. Gehen wir mal von einer durchschnittlich großen Familie von vier Personen aus, die alle Pässe beantragen müssen. Wenn wir mit einem konservativ geschätzten Betrag von 300 Euro pro Pass rechnen, dann sind wir am Schluss bei 1.200 Euro für die ganze Familie. Wenn wir das mit der wirtschaftlichen Lage in Syrien vergleichen, ist das ein Jahreseinkommen einer Kleinfamilie in Syrien. Und es ist eine enorme finanzielle Belastung für die Familien hier in Deutschland und ziemlich frustrierend, weil die Familien damit lieber ihre Familien in Syrien unterstützen wollen. Sie können das Geld nicht selbst oder für ihre Angehörigen nutzen, sondern müssen es an den Verfolgerstaat überweisen.

Wen betrifft die Passbeschaffungspflicht konkret?

Es sind zum Beispiel alle Personen betroffen, die mit einem Visum zum Familiennachzug oder über ein Aufnahmeprogramm nach Deutschland eingereist sind.

Daneben gibt es die große Gruppe der subsidiär Schutzberechtigten. Das macht knapp 200.000 Menschen in Deutschland aus. Diese Gruppe wird oft bei der Aufenthaltsverlängerung oder beim Beantragen des unbefristeten Aufenthalts zur Passbeschaffung aufgefordert. Und es betrifft so gut wie alle Menschen, die sich einbürgern lassen wollen. Auch wenn die Identität der Betroffenen bereits im Asylverfahren durch die Ausländerbehörde geprüft wurde, will die Einbürgerungsbehörde ebenfalls einen Identitätsnachweis. Das bedeutet, dass die Leute dann nochmal zur syrischen Botschaft geschickt werden und ihre Identität mit einem nicht abgelaufenen syrischen Reisepass bestätigen müssen. Dazu kommt, dass bei Männern der syrische Pass wegen der Wehrpflicht meist nur zwei Jahre gültig ist, bei Frauen bis zu fünf Jahre. Eine große Gruppe muss also alle zwei Jahre einen Pass verlängern lassen, weil die Aufenthaltsgenehmigung auch immer an den Pass gebunden ist.

Und ein Identitätsnachweis ist nur über den Pass möglich?

Das ist natürlich nicht korrekt. Beziehungsweise wird es nicht korrekt von den Behörden interpretiert. Ein abgelaufener Reisepass ist ein Identitätsnachweis. Oder ein Führerschein oder andere Dokumente. Die Behörden bestehen aber in den allermeisten Fällen darauf, dass es ein Reisepass sein muss. Die Zahl der 450.000 Betroffenen, von denen wir ausgehen, sind Schätzungen. Wir

haben keine offiziellen Zahlen. Wir haben über Die Linke im Bundestag dazu eine Anfrage gestellt. Die Bundesregierung selbst gibt aber zu ganz vielen Fällen keine Zahlen heraus, zum Beispiel dazu, wieviel Menschen gerade kurz vor der Einbürgerung stehen.

Neben den hohen Geldsummen, die die Menschen bezahlen müssen: Welche Folgen hat die Passbeschaffung für die Betroffenen noch?

Alle syrischen Aktivist*innen, die von ihren Erfahrungen in der syrischen Botschaft berichtet haben, nannten eine hohe psychische Belastung, die durch den Botschaftsbesuch verursacht wurde. Daran waren auch existenzielle Ängste gebunden. Eine syrische Journalistin, die in Deutschland lebt und zur Botschaft gezwungen wurde, weil sie für ihre Heirat den Pass besorgen musste,

hat beschrieben, dass sie wochenlang vor dem Botschaftstermin Albträume hatte und nicht schlafen konnte. Sie hat direkt vor dem Termin die Polizei angerufen und gesagt: „Ich möchte, dass ihr wisst, wo ich hingehere, damit ihr wisst wo ich bin, wenn mir etwas passiert.“

Die andere Dimension ist die tatsächliche Gefahr für Leib und Leben der Angehörigen in Syrien. In mehreren Fällen haben wir dokumentiert, dass Angehörige in Syrien nach den Interviews in der syrischen Botschaft unter Druck gesetzt oder zu den Behörden bestellt wurden. Der Einfluss, den die Botschaft hat, sollte nicht unterschätzt werden.

In Deutschland laufen derzeit mehrere Prozesse gegen Menschen, die für den syrischen Folterstaat und Geheimdienst gearbeitet haben. Bei einem dieser Prozesse haben Mitarbeiter der

Marisa Raiser
ist Politik- und Islamwissenschaftlerin. Sie ist seit Anfang 2022 Referentin in der Öffentlichkeitsabteilung von Adopt a Revolution und Koordinatorin der #DefundAssad-Kampagne.

„Es ist eine politische Interpretationsfrage, wie die Unzumutbarkeit ausgelegt wird.“



syrischen Botschaft wohl Kontakt mit dem Angeklagten aufgenommen und angeboten, ihm ein Ticket zu bezahlen und ihn außer Landes zu bringen bevor der Prozess startet. Die Botschaft ist auf jeden Fall kein neutraler Ort.

Welche Sanktionen müssen syrische Geflüchtete befürchten, wenn sie sich gegen die Passbeschaffung stellen?

Ich hatte vor kurzem Kontakt mit einer Familie in Brandenburg, die sich geweigert hatte, zur Botschaft zu gehen. Die hat den Aufenthalt nicht verlängert bekommen und ist in die Duldung gerutscht. Das ist rechtlich total angreifbar.

Es gibt aber auch andere Dimensionen neben der Aufenthaltsfrage: Personen können zum Beispiel ohne gültigen Pass die Vaterschaft nicht anerkennen lassen. Oder eine Person hat ihre Bafög-Förderung verloren, weil sie keine gültige Aufenthaltserlaubnis mehr hatte und in die Fiktionsbescheinigung gerutscht ist. Es gibt ganz viele Dinge, die an der Identitätsklärung hängen und wieder andere Probleme verursachen.

Wie wird von Seiten der Politik oder der Behörden gerechtfertigt, dass Syrien einerseits sanktioniert wird und andererseits aber so viel Geld durch die Passbeschaffung fließt?

Wir haben mit mehreren Personen aus dem Innenausschuss des Bundestages gesprochen. Von den Grünen und der SPD vor allem war die Argumentation meistens, dass Deutschland nicht an dieser Praxis festhalten will. Das Problem sei aber, dass die Entscheidungshoheit hierüber beim Bundesinnenministerium und damit auch bei Nancy Faeser liege. Das politische Klima hat sich durch sie in den letzten zwei Jahren weiter verschlechtert,

wenn es um Geflüchtetenrechte geht. Das Hauptargument, welches das Bundesinnenministerium anführt, ist, dass wenn Deutschland beispielsweise bei syrischen Geflüchteten einen Reiseausweis für Ausländer ausstellen würde, das ein Eingriff in die Hoheit des syrischen Staates wäre. Wir haben mit *Pro Asyl* ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, das erst kürzlich veröffentlicht wurde. Das argumentiert, dass bei in solchen Abwägungsfragen – hier die Interessen der Geflüchteten versus die des Staates – die Interessen der Geflüchteten bei der Entscheidung miteinfließen müssen. Es gibt laut diesen Mitgliedern des Bundesinnenausschusses kein politisches Interesse, den syrischen Staat zu finanzieren. Das Bundesinnenministerium zieht sich auf eine bürokratische Argumentationsebene zurück und sagt: Die Identität muss zweifelsfrei festgestellt werden und das geht am besten über die Pässe.

2021 gab es ein Gerichtsurteil vom Verwaltungsgericht Leipzig. Das argumentiert: Zwischen dem Interesse der antragstellenden Person und dem Interesse des Staates müsse abgewogen werden. Das Gericht hat geurteilt, dass es möglich sein muss, andere Identitätsnachweise zu berücksichtigen. Es gäbe also mittlerweile auch rechtlich bestätigte Alternativen.

Plant ihr hier weitere rechtliche Schritte?

Wir haben in den letzten anderthalb Jahren einige Fälle zur Beratung und Begleitung an *Pro Asyl* weitergeleitet, die aber noch nicht entschieden sind. Es ist gut, wenn Klagen positiv entschieden werden. Wir haben aber in Deutschland kein Präzedenzfallrecht. Selbst wenn ein Fall positiv

entschieden wird, gilt diese Rechtsprechung nicht automatisch für alle. Mehr positive Entscheidungen helfen aber, damit diese bei anderen Fällen als Argumentationshilfe angeführt werden können.

Was plant ihr neben dem Rechtsweg?

Wir versuchen mit Öffentlichkeitsarbeit mehr Aufmerksamkeit für das Thema herzustellen. Das Thema hing vor der Gründung der Kampagne seit Jahren in der Luft, niemand hat sich wirklich damit beschäftigt. Wir versuchen Beratungsangebote zu schaffen und haben mit *Pro Asyl* ein FAQ zur Passbeschaffung erarbeitet, in dem sich Betroffene einen ersten Überblick schaffen können: Wo finde ich Hilfe? Welche Möglichkeiten habe ich? Wie kann ich einen Widerspruch argumentieren?

Und wir versuchen auch, weiter Lobbyarbeit zu machen. Wir haben im letzten Jahr mehrere Lobbygespräche geführt und versuchen, näher ans Bundesinnenministerium zu kommen und an die Menschen, die tatsächlich Entscheidungen treffen können. Dafür brauchen wir aber politischen Druck und der wird durch Öffentlichkeitsarbeit aufgebaut.

Wie können Menschen eure Kampagne unterstützen?

Es gibt die Möglichkeit, öffentliche Aktionen zu organisieren. Wir helfen gerne bei Ideen und mit Materialien, die wir zuschicken. Wir haben beispielsweise kleine Aktionsboxen vorbereitet. Es gibt die Möglichkeit, sich über unsere Website an einer Mailingaktion an die Innenminister*innen der Länder und die Bundesinnenministerin zu beteiligen. Es gibt auch die Möglichkeit, unsere Petition zu

unterzeichnen. Wir freuen uns, wenn unser Content auf social media geteilt wird. Und wer ganz viel Energie und Interesse hat, kann gerne in die Aktionsgruppe kommen.

Welche Chancen siehst du hier, dass sich etwas zu Gunsten der Betroffenen verändert?

Die Passbeschaffungspflicht abzuschaffen ist eigentlich nicht schwer. Es geht lediglich um die Interpretation eines Begriffes, der bereits im Gesetz steht: Die Unzumutbarkeit. Das bedeutet, wenn es für eine Person unzumutbar ist, zur syrischen Botschaft zu gehen, dann muss der deutsche Staat entweder einen Reiseausweis für Ausländer ausstellen oder,

wenn es um die Identitätsklärung geht, eine andere Möglichkeit finden. Die Lösung steht also schon im Gesetz. Uns geht es bei #DefundAssad nicht darum, Gesetzesänderungen zu fordern. Es ist eine politische Interpretationsfrage, wie die Unzumutbarkeit ausgelegt wird. Und bis 2018, als Horst Seehofer das Bundesinnenministerium übernommen hatte, wurde die Unzumutbarkeit positiver für Syrer*innen ausgelegt. Erst mit ihm wurde das geändert. Das ist also eine politische Entscheidung, die wieder zurückgenommen werden kann. Bei Eritrea und Afghanistan wird die Unzumutbarkeit bereits zu Gunsten der Geflüchteten ausgelegt.

Es ist also nicht kompliziert: Es geht um keine Gesetzesänderung, die durch den Bundestag gehen muss, wir fordern eine Änderung der Praxis!☺

*Das Gespräch führte
Agnes Andrae*




#Defund Assad

*Die Kampagne #DefundAssad wurde im Oktober 2022 veröffentlicht. Sie hat mit einer Umfrage, an der sich nahezu 1.000 syrische Geflüchtete beteiligt haben, gestartet. Die Umfrage beinhaltete Fragen zum Thema Behördenwillkür und Auswirkungen auf Betroffene. Die Kampagne wird von einem kleinen Bündnis von Organisationen wie Pro Asyl, dem Berliner Flüchtlingsrat und Adopt a Revolution sowie vielen syrischen Aktivist*innen getragen.*

Informationen zur Kampagne und Unterstützungsmöglichkeiten findet ihr unter <https://defundassad.de>.

Und folgen könnt ihr der Kampagne auf Instagram hier: @defund_assad_campaign





Weil es nicht nur für den Bauch reichen muss ...

Eintritt frei!

KulturRaum München e.V.
vermittelt Kultur für alle
Menschen, unabhängig von
Alter, Geschlecht, Behinderung
und finanzieller Ausstattung.
Sabine Ruchlinski erklärt der
Hinterland, warum das von so
großer Bedeutung für unsere
Demokratie ist.

Sabine, was ist die Geschichte von KulturRaum? Wie lange gibt es Euch schon und was will KulturRaum erreichen?

KulturRaum München e.V. und vergleichbare Initiativen in ganz Deutschland wurden vor 13 Jahren gegründet, als Antwort auf die Erkenntnis, dass viele Menschen aufgrund finanzieller Hürden vom kulturellen Leben ausgeschlossen sind. Unser Ziel ist es, kulturelle Teilhabe für alle zu ermöglichen und soziale Integration zu fördern. Dabei können neben finanziellen Barrieren auch physische und psychische Einschränkungen, mangelnde Information, mangelnde Sprachkenntnisse oder Vorurteile Menschen daran hindern, am kulturellen Leben teilzunehmen. Aber auch, da das kulturelle Angebot selbst ein Problem sein kann.

Was bietet Ihr an?

Wir bieten kostenlose Tickets für kulturelle Veranstaltungen wie Konzerte, Theateraufführungen, Ausstellungen und Workshops an. Das Besondere ist die persönliche Vermittlung am Telefon oder vor Ort an Ausgabestellen der Tafeln oder bei kirchlichen Mittagstischen. Diese Aufgabe übernehmen etwa 60 ehrenamtliche Kolleginnen und Kollegen. Darüber hinaus bieten

wir sozialen Einrichtungen die Möglichkeit, sich für unsere Gruppenkartenvermittlung anzumelden.

Neben der Kartenvermittlung organisieren wir monatlich ein Gästecafe und ein Gästekino. Es gibt zwei Lesekreise und einen Chor. Für Kulturgäste, die ihre Wohnung nur schwer verlassen können, gibt es einen Digitalen Kultursalon und Kulturpost.

Wie funktioniert das, wenn man Euer Angebot in Anspruch nehmen möchte?

Interessierte können sich online, per Post, im Büro oder über unsere Sozialpartner:innen bei uns anmelden und ihre Interessen angeben. Bei einer direkten Anmeldung benötigen wir einen Nachweis. Am besten eignet sich der München Pass. Diesen empfehlen wir allen Menschen, die wenig Einkommen haben, zu beantragen. Wir akzeptieren aber auch Bürgergeld- und Jobcenterbescheide, Wohngeld oder Grundsicherung im Alter.

Wie viele Menschen nehmen das Angebot von KulturRaum in Anspruch?

Im letzten Jahr haben über 14.000 Menschen unser Angebot genutzt.

Das sind vor allem Alleinerziehende und Familien mit vielen Kindern, ältere Menschen, Personen mit psychischen und physischen Behinderungen, Geflüchtete, junge Erwachsene und viele Menschen, die im Niedriglohnssektor beschäftigt sind.

Wie viele Kulturpartner habt Ihr und welche Institutionen unterstützen Euch?

Wir arbeiten mit über 200 Kulturpartnern zusammen, darunter Theater, Konzerthäuser, Museen und Kulturhäuser. Unser Angebot ist vielfältig und umfasst verschiedene Genres, von Klassik, Theater, Lesungen und Musical bis zu Heavy Metal.

Und wer finanziert das Ganze?

KulturRaum wird durch öffentliche Fördermittel der Stadt und des Landkreises München, Stiftungen, Spenden und Partnerschaften mit Unternehmen finanziert.

Wo will KulturRaum hin?

Die Bedeutung von KulturRaum hat sich im Laufe der Zeit weiterentwickelt. Wir haben nicht nur dazu beigetragen, dass mehr Menschen Zugang zur Kultur haben, sondern auch zur sozialen Integration und zum Abbau von

Mebr Infos zu KulturRaum e.V. gibt es auf der Webseite www.kulturraum-muenchen.de und man kann KulturRaum auf Instagram folgen.

KulturRaum verfügt außerdem über einen Kalender mit kostenfreien Veranstaltungen: www.eintritt-frei.de und für Menschen mit Behinderungen: www.kultur-barrierefrei-

Vorurteilen beigetragen. Gerade in schwierigen Zeiten leistet kulturelle Teilhabe einen maßgeblichen Anteil für gesellschaftlichen Zusammenhalt, regt zum Austausch und zum Mitmachen an. Daher leistet Kultur auch einen wertvollen Beitrag zur Demokratieförderung.

Und wie kann man Euch unterstützen?

Man kann uns durch Spenden unterstützen, als Kulturpartner auftreten, unser Angebot bekannter machen oder sich als Freiwillige* engagieren. Jede Form der

Unterstützung ist willkommen und trägt dazu bei, unsere Mission zu verwirklichen.☺

Das Gespräch führte Laura Pöbler

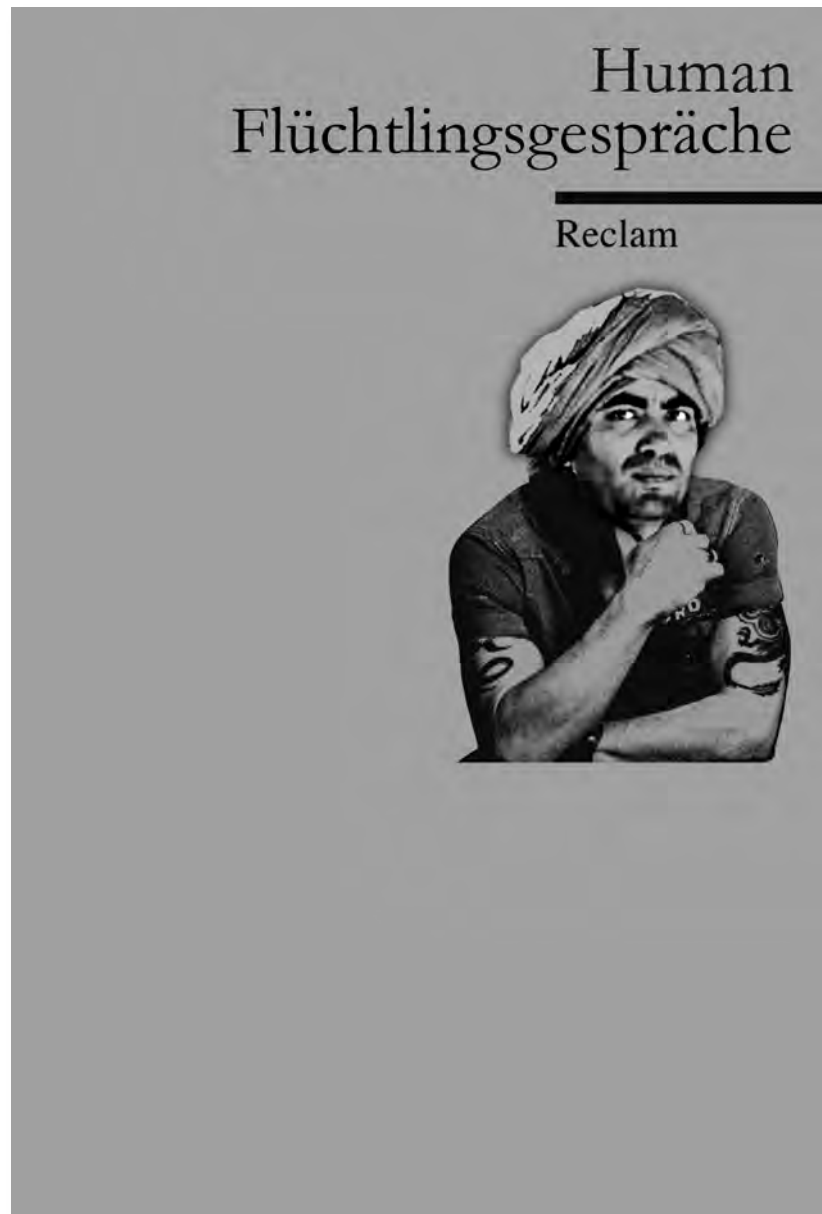


„Gerade in schwierigen Zeiten leistet kulturelle Teilhabe einen maßgeblichen Anteil für gesellschaftlichen Zusammenhalt“

Flüchtlingsgespräche

Staffel 2, Folge 3: Fluchtweg Autobahn
Von Human

Das geschah bisher: Die beiden Flüchtlinge waren auf der Autobahn unterwegs und sind es weiterhin.



*Human ist
assimilierter
Ausländer und lebt
an der deutsch-
afghanischen
Grenze*

DER UNTERSETZTE: Deutsche, die Anpassungsstörungen haben, hat die Welt zu Genüge gesehen und möchte keine weitere haben. Die sind gefährlich, tödlich gefährlich. Sie strahlen Todesgefahr für sich und andere aus. Sie haben Todessehnsucht und beten für das Ende der Welt. Dein Reich soll komme. Dein viertes Reich.

DER GROSSE: Rufen dich auch permanent Leute aus Afghanistan an und möchten was von dir haben?

DER UNTERSETZTE: Ja, meistens Geld.

DER GROSSE: Oh ja, Geld. Hätte ich auch gerne. Jetzt kann ich mit meiner Bazahlkarte ein wenig Sinn für die Deutschen kaufen.

DER UNTERSETZTE: Sie sehen kein Sinn in ihre Leben und erkennen auch ihr Land nicht mehr.

DER GROSSE: Du meinst, es ist, als würde niemand mehr Deutschland als Land betrachten. Ich weiß nicht, ob sie das je getan haben - jetzt tun sie es jedenfalls nicht mehr. Es gibt Leute, die sagen es liegt daran, dass sie akzeptieren müssen, dass wir dazugehören. Wir haben es ihnen versaut. Alles war gut, als wir noch ihre Kartoffel geerntet haben, aber jetzt ist es so, dass sie vielleicht auch mal unsere Datteln pflücken müssen, und da sagen sie: „Scheiß drauf - das ist nicht mehr mein Land. Ich ändere die Regeln, ich nehme, was ich kriegen kann, verstecke mich hinter einer hohen Mauer und scheiße auf den Rest.“

DER UNTERSETZTE: Nur hinter den Mauern ist es nicht schön, wenn ihr euch irgendwann zuscheißt, liebe Deutsche.

DER GROSSE: Willst du denen das so sagen?

DER UNTERSETZTE: Ja, mach ich. Wenn ich sie wieder sehe.

DER GROSSE: Kann man mit der Bazahlkarte auch Cannabis kaufen?

DER UNTERSETZTE: Es kommt darauf an, ob Cannabis auf der White-Liste steht.

DER GROSSE: Sicher nicht, weil bisher haben wir das Geld für Drogen und Huren ausgegeben. Ab jetzt ist das mit der Bazahlkarte nicht mehr möglich.

DER UNTERSETZTE: Lass mal raus fahren. Ich muss pissen.

Sie steigen aus, pissen, steigen wieder ein und fahren weiter.

DER GROSSE: Jetzt fährt wieder diese LKW mit den Flüchtlingen vor. Lass mal lauschen, was sie uns weiter berichten.

Der LKW wird langsamer, fährt in Zeitlupe an ihrem Auto vorbei. Die Plane wird durchsichtig und einer der Flüchtlinge spricht zu ihnen:

Als wir an Bord gingen, waren wir uns alle fremd, jetzt kannten wir uns inniger als Liebende - da wir uns in den eigenen Exkrementen wälzten, die Gesichter grün, die Haut voller Blasen vom Salz und zu gleicher Farbe verbrannt von der Sonne. Die meisten von uns hatten ihr Vaterland verlassen, weil die herrschenden Islamisten uns als Marionetten, Pseudopazifisten oder bürgerliche Nationalisten, dekadente Reaktionäre oder Intellektuelle mit dem falschen Bewusstsein abstem-pelten – oder wir Verwandte von solchen waren. Es gab auch einen Wahrsager, einen Geomantiker, einen Mönch, den Priester und mindestens eine Prostituierte, deren afghanischer Nebenmann sie anspuckte.

Warum ist diese Hure bei uns?

Sogar unter den nicht Gewollten gab es nicht Gewollte. Darüber konnten einige von uns nur lachen.

Die Prostituierte schaute uns finster an. Was wollt ihr eigentlich?

Wir, die nicht Gewollten, wollten so viel. Wir wollten Essen, Wasser und Sonnenschirme - obwohl, Regenschirme wären auch okay. Wir wollten saubere Sachen zum Anziehen, eine Badewanne und eine Toilette, und wenn auch nur die zum Hin-hocken. An Land war Hin-hocken sicherer und weniger peinlich, als sich an der Reling eines schlingernden Boots festzuklammern und sein Hinterteil über das Wasser zu halten.

Wir wollten Regen, Wolken und Delfine. Wir wollten es an den heißen Tagen kühler und in den eiskalten Nächten wärmer. Wir wollten die ungefähre Ankunftszeit. Wir wollten bei der Ankunft nicht tot sein. Wir wollten erlöst werden von der unbarmherzigen Sonne, die uns grillte.

Wir wollten Fernsehen, Filme, Musik, alles, womit man sich die Zeit vertreiben konnte. Wir wollten Liebe, Frieden und Gerechtigkeit, außer für unsere Feinde, die sollten in der Hölle schmoren, vorzugsweise bis in

alle Ewigkeit. Wir wollten Unabhängigkeit und Freiheit, außer für die Islamisten, die sollten in Umerziehungslager gesteckt werden, vorzugsweise lebenslang.

DER GROSSE: Was wollen die Leute von dir noch, wenn sie dich aus Afghanistan anrufen?

DER UNTERSETZTE: Sie sagen mir immer solche Sachen wie – ich bin ihre Hoffnung und so ein Bull-Shit. Manchmal frage ich mich wirklich, warum sie mich anrufen. Und dann fragen sie auch, wie es mir geht. Was der Hund macht. Und was ich den ganzen Tag treibe. Obwohl ich kein Hund habe, antworte ich dann, ich warte bis der Hund stirbt, damit ich mich erschießen kann.

DER GROSSE: Dann sagen sie sicher, dafür hättest du nicht dein Leben aufs Spiel setzen müssen. Du hättest auch in Afghanistan bleiben können. Da hättest du den Tod schneller gefunden oder der Tod dich.

DER UNTERSETZTE: Haha. Lustig. Apropos Suizid: Ein Freund sagte, ich müsste in Interviews eine schwere Kindheit vorzuweisen haben, um dauerhaft als ernstzunehmender Flüchtling wahrgenommen zu werden.

DER GROSSE: Meint er das?

DER UNTERSETZTE: Ja, mein Mutter ist Hausfrau und mein Vater hat mich nicht ein einziges Mal geschlagen. Diese provinziellen Plebejer haben meine Karriere als Flüchtling zerstört, bevor sie begonnen hat.

DER GROSSE: Bitte sag ihnen das auch so.

DER UNTERSETZTE: Habe ich. Aber dann hat mein Mutter wieder geheult und meinte, ich würde ihr immer das Gefühl geben, alles falsch zu machen.

Ich sei so ein liebes Kind gewesen, aber seitdem ich in Deutschland bin, sei ich unausstehlich und arrogant und würde mich nur noch um mich selbst kümmern.

Dabei ist das vollkommen gelogen! Ich war ein total widerwärtiges Kind. Bärbeißig ohne Ende. Immer diese Verklärung des unwiederbringlich Vergangenen. Furchtbar.

DER GROSSE: Ach, es ist einfach nur frustrierend. Egal, wohin man als Flüchtling geht, überall ist man unverstanden.

DER UNTERSETZTE: Das Leben ist kaum lang genug, um in einer Sache gut zu werden. Sei also vorsichtig, was du kannst, musst du denen sagen.

DER GROSSE: Mach ich, wenn ich sie wieder sehe.

Jetzt taucht der LKW von vorhin wieder auf. Überholt sie rechts. Ein Polizei-Auto fährt auf der linken Spur an ihnen vorbei.

Der LKW wird langsamer, fährt in Zeitlupe an ihrem Auto vorbei. Die Plane wird durchsichtig und einer der Flüchtlinge spricht zu ihnen:

Was wir auf jeden Fall nicht wollten, war ein Sturm, aber genau den bekamen wir am siebten Tag. Die Gläubigen riefen einmal mehr, Großer Gott, steh uns bei! Die Ungläubigen riefen, Großer Gott, du Schweinehund! Gläubige hin, Ungläubige her, vor dem Sturm gab es kein Entrinnen. Er verdunkelte den Horizont, schwoh an und kam immer näher. Der bis zur Raserei aufgepeitschte Wind türmte die Wellen auf, unsere Arche stieg immer schneller immer höher. Blitze erleuchteten die dunklen Furchen der Gewitterwolken. Donner verschluckte unser kollektives Stöhnen. Eine Regenflut ergoss sich über uns, und die Wellen hoben unser Schiff in immer größere Höhen.

Die Gläubigen beteten, und die Ungläubigen fluchten, aber alle weinten. Dann erreichte unsere Arche ihren Gipfelpunkt und verharrte einen ewig währenden Augenblick auf dem schneegekrönten Wellenkamm über einem steilen Abhang aus Wasser.

Wir schauten hinunter in das tiefe, weinfarbene Tal und waren uns zweier Dinge sicher. Erstens, dass wir mit absoluter Sicherheit sterben würden. Und zweitens, dass wir fast sicher leben würden. Ja, dessen waren wir uns sicher. Wir – werden – leben! Und dann stürzten wir schreiend in den Abgrund.

Der LKW wird auf dem Standstreifen eskortiert. Es fahren noch drei Polizei-Autos und bleiben hinter dem LKW stehen.

DER UNTERSETZTE: Wenn ich mir diese Aktion wieder anschau, denke ich immer die Leute in Deutschland wissen nicht, dass es die Welt da draußen überhaupt gibt. Die könnten genauso auf den Scheiß-Mond leben.

DER GROSSE: Es gibt alle mögliche Gettos auf der Welt.

DER UNTERSETZTE: Es ist ein einziges Getto. Eine riesige Gosse, irgendwo im Weltall.

DER GROSSE: Das war für mich die kaputteste Sache, die ich schon seit Längerem wieder gesehen habe.

DER UNTERSETZTE: Du bist assimiliert, Brudi. So was schockt dich. Ich verstehe mich selbst als Realisten, aber philosophisch gesehen bin ich ein Pessimist.

DER GROSSE: Okay, was heißt das?

DER UNTERSETZTE: Das heißt: Ich bin nicht so der Partyhengst.

DER GROSSE: Ich sage dir mal was: Du bist auch Abseits der Partys nicht der Heuler.

DER UNTERSETZTE: Ich denke, das menschliche Bewusstsein ist ein tragischer Fehltritt der Evolution. Wir sind uns selbst zu sehr bewusst. Die Natur hat ein Teil geschaffen, der von ihr getrennt ist. Wir sind Kreaturen, die es laut Naturgesetzen nach gar nicht geben dürfte.

DER GROSSE: Ich weiß nicht, das klingt verflucht grausam. Einfach nur grauenhaft, Brudi.

DER UNTERSETZTE: Wir sind Dinge, die sich mit der Illusion plagen und abmühen ein Ich zu besetzen. Diese Glorifizierung von sinnlichen Erfahrungen und Gefühlen. Programmiert mit der vollkommenen Gewissheit, dass wir alle jemand sind. Während jedermann ein niemand ist.

DER GROSSE: Ich bin ein jemand, ich habe jetzt die Bazahlkarte. Ich kann mir alles leisten.

Okay, nur das, was auf der White-Liste steht. Aber unabhängig davon würde ich den Scheiß, den du von dir eben gegeben hast, nicht herumerzählen. Die Leute in dieser Gegend sind nicht dieser Meinung. Ich auch nicht. Und die Redaktion umso weniger. Die Lesenden sowieso nicht.

DER UNTERSETZTE: Der einzige Ausweg für unsere Spezies wäre: Die Programmierung zu verweigern. Und sich nicht mehr fortzupflanzen, um den Untergang zu entgehen. Hand in Hand dem Aussterben zuzusehen. Der letzte Mitternacht. Die Brüder und Schwestern verabschieden sich aus einem faulen Deal.

DER GROSSE: Gehen wir nicht alle unter? Die Kinder sind doch nicht an unsere Untergang schuld. Du weigerst dich die Vorgaben aus Afghanistan. Rufen sie dich nicht permanent an und fragen dich, ob du die eine oder andere heiraten möchtest? Du bist schließlich bald vierzig. VIERZIG! Mach den Geschäft deines Lebens. Organisiere ein Hochzeit und bezahl den ganzen Mist mit dein White-Card. Wirecard. Bazahlkarte.

Wozu stehst morgens noch auf?

DER UNTERSETZTE: Ich bilde mir ein, dass ich Zeugnis ablegen soll. Aber in Wirklichkeit liegt es an meine Programmierung. Und ich habe nicht die Veranlagung für den Freitod.

DER GROSSE: Siehst du, sie wussten beim BAMF mit wem sie es zu tun haben. Mit ein Lügner. Dort hast du behauptet, du bist ein kaputter Flüchtling. Und sie sollen davon ausgehen, dass du mit ein Strick im Rucksack rumläufst.

DER UNTERSETZTE: Achtung. Kaputt sind wir alle, weil ein Fehltritt der Evolution. Ich kriege ganz schlechten Geschmack im Mund von der Luft. Aluminium, Asche. So als könnte man die Psychosphäre riechen.

DER GROSSE: Ich hätte da ein Idee: Wir machen ab sofort das Auto zu ein Ort des Schweigens und der Einkehr.☺

Fortsetzung folgt ...



Rezension von Pezi Novi

Stellen wir uns nur vor, wir müssten keine Angst mehr haben, dass wir uns unser Leben nicht mehr leisten könnten. Oder stellen wir uns vor, alle könnten sich frei bewegen, weil der öffentliche Nahverkehr und die Bahn nichts mehr kosten. Oder es gäbe einen öffentlichen Raum, aus dem sich niemand ausgeschlossen fühlte, weil es keine permanenten polizeilichen Kontrollen mehr gäbe. Genau das fordert *Öffentlicher Luxus*: Einen bedingungslosen Zugang zu den Gütern, die unser Leben möglich und schön machen. Wie könnte das aussehen, welche Aspekte müssten dabei mitgedacht werden?

Das Buch *Öffentlicher Luxus* von *communia & BUNDjugend* (Hrsg.) diskutiert Gedankenexperimente, theoretische Auseinandersetzungen und konkrete Lösungsvorschläge anhand von Beispielen (wie etwa die Sorgenden Städte in Barcelona). Sämtliche Themen, darunter Klimagerechtigkeit, Rassismus, Ernährung, direkte Daseinsvorsorge und Vergesellschaftung, werden in dem Sammelband von Expert*innen in den jeweiligen Bereichen besprochen. Genau das macht auch die Stärke des Buches aus, das nicht nur grundlegende Kritik an den gegebenen Verhältnissen übt, sondern vor allem Ideen und bereits umgesetzte Lösungen beschreibt: Es geht weniger um den Verzicht, zu dem ein Teil der Gesellschaft dauernd aufgefordert wird (weniger fliegen, weniger Autofahren, weniger konsumieren etcetera). Vielmehr geht es in dem Band um einen Luxus der Vielen, einen Öffentlichen Luxus, der allen zugutekommt. Demgegenüber steht der Luxus von Wenigen, den nur wenige nutzen können und der bewusste Ausschluss anderer Menschen ist und unser aller Lebensgrundlagen zerstört.

In einigen Beiträgen wird darüber hinaus auch unser kapitalismusgeprägtes Denken hinterfragt, darunter

unsere Ideen von Erbe, Wohlstand und Eigentum. Nicht nur eine Obergrenze an Löhnen wird da gefordert (weil mehr Geld immer auch mehr Konsum mit allen Konsequenzen bedeutet), sondern auch der Sinn des Eigentums an sich wird angezweifelt. Denn nach der Autorin Eva von Redecker ist der liberale Freiheitsbegriff einen Pakt mit dem Eigentum eingegangen und beraubt uns der Freiheit mehr als dass er uns frei macht.

Einige im Sammelband vorgebrachten Argumente mögen für manche nicht ganz neu sein. Dennoch ist es ein wirklich lesenswertes Buch und sehr zu empfehlen: Zum einen sind die Beiträge eher kurz gehalten und konzentrieren sich auf das Notwendigste ohne abzuschweifen. Zum anderen predigt der Band keinen Verzicht, sondern entwickelt eine realistische Utopie, die umzusetzen jede*r aufgefordert ist, indem das eigene Begehren, Denken und Verhalten hinterfragt wird. Ebenso wird nicht alles radikal in Frage gestellt (wie das etwa in der Kommunen-Bewegung der 68er-Jahre teilweise der Fall war) und beispielsweise privater Raum und Rückzugsmöglichkeiten für den Einzelnen als essentiell anerkannt. Es geht um ein „Genug“ im Sinne der privaten Suffizienz: Das, was wir tatsächlich brauchen, um ein schönes und angenehmes Leben führen zu können, sollte aufs Nötigste beschränkt sein. Das „Mehr“ wiederum sollte allen zugutekommen.

Mit Beiträgen von Fatim Selina Diaby, Barbara Fried und Alex Wischnewski, Simin Jawabreh, Anne Klingenstein und Gesine Langlotz, George Monbiot, Astrid Schöggel sowie Lemon Banhierl, Justus Henze, Vincent Janz, Lukas Warning und Max Wilken. Mit einem Vorwort von Nancy Fraser und einem Nachwort von Eva von Redecker.©

Hinterland



Das Magazin
für kein ruhiges.

Hinterland #56
Sommer 2024

IMPRESSUM

Titel: Matthias Weinzierl 2008

Herausgeber:

Bayerischer Flüchtlingsrat
Westendstraße 19, Rgb
80339 München

Verantwortlich für diese Ausgabe:

Agnes Andrae & Matthias Weinzierl

Redaktion: Agnes Andrae, Gülcan Durak,
Simon Fiedler, Pit Kühnöhl, Caroline Mulert,
Pezi Novi, Başak Özdemir, Laura Pöhler,
Marianne Walther, Matthias Weinzierl,
Christine Wolfrum

(Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben.)

Kontakt: redaktion@hinterland-magazin.de
Gestaltung: Agnes Andrae, Matthias Weinzierl
Druck: deVega Medien GmbH, Eitzenberger,
Media Druck Logistik, Eisele Druck
Anwaltinger Straße 10, 86165 Augsburg
Auflage: 1.500 Stück
Website: Anton Kaun, Jonas Langreuter
Anzeigen: anzeigen@hinterland-magazin.de
Jahresabo: 21,00 Euro
Abo-Bestellung: abo@hinterland-magazin.de

www.hinterland-magazin.de

Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitschrift ist solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung in Form eines rechtsmittelfähigen Bescheides zurückzusenden.

geschenkt...



Unsere Regale sind
proppenvoll mit
Hinterland Magazinen

Wir brauchen Platz,
aber unsere Hefte
sind einfach zu schade
fürs Altpapier!

Wollt Ihr sie geschenkt?

Schreibt uns bis zum 30.9.24 an
abo@hinterland-magazin.de welche
Hinterland Ausgaben (#01-#54) wir
Euch schenken dürfen. Wir packen Euch
dann Euer Wunschpaket und das kostet
Euch Nichts, außer Versandkosten.

Fotomodell und Plakatkünstlerin: Krista Burger, Völklingen 2024

Solidarité sans frontières

Solidarité sans frontières
verteidigt mit einer
kritischen Haltung gegen-
über dem aktuellen
Migrationsregime die
Grundrechte aller
Menschen in der Schweiz.

**Unabhängig und
bissig!**

Im neuen Sosf-Bulletin:
Nach dem NoFrontex-
Referendum ist vor dem
NoGEAS-Referendum!
Kritische Analysen zum
EU-Asylpakt aus der
Schweiz, dem einzigen
Schengenmitglied, das
noch über die GEAS-
Reform abstimmen
kann.

Jetzt online
lesen auf
sosf.ch

Bulletin
Nr. 2, Juni 2024



Solidarité
sans frontières

SEITE 3
EU-Asylpolitik
Der lange Weg
zur GEAS-Re-
form

SEITE 6
**An den Aus-
sengrenzen**
Screening,
Grenzverfahren,
Ausschaffung

SEITEN 7-11
**Dossier: Das
GEAS und die
Schweiz**
Protest gegen
den EU-Ab-
schottungspakt

Sonder-
ausgabe zum
EU-Asylpakt



Solidarité sans frontières

